

109-5/23

144 listai

144 listai

18.8.2009 Junt

1

A b s c h r i f t .

E r l a ß

Über die Stellung des Protektorats Böhmen und Mähren  
im internationalen Kongreßwesen.

1. Die Vertretung des Protektorats auf internationalen Kongressen im Ausland, zu denen eine amtliche Regierungseinladung ergangen ist, obliegt der Deutschen Reichsregierung. Dies gilt auch für die Fälle, in denen die tschechische Staatsregierung unmittelbar eingeladen sein sollte.
2. An internationalen Kongressen im Ausland können Staatsangehörige des Protektorats als Mitglieder der deutschen Delegation bezw. Abordnung teilnehmen. Sie bilden im Rahmen der deutschen Teilnehmergruppe eine Sektion mit eigener kultureller Ausrichtung, sind jedoch wie alle anderen deutschen Kongreßteilnehmer den Anordnungen des deutschen Delegationsführers unterworfen.
3. Die tschechische Sektion übt bei Länderabstimmungen kein eigenes Stimmrecht aus.
4. Kongreßsprache für die Staatsangehörigen des Protektorats ist deutsch. Ausnahme von dieser Regel bedürfen der vorherigen Zustimmung des deutschen Delegationsführers.
5. Staatsangehörige des Protektorats, die an internationalen Kongressen im Ausland teilnehmen möchten, richten ihre Anträge an die für sie zuständige Dienststelle, die sie rechtzeitig vor jedem Kongreß gesammelt mit ihrem Gutachten an mich weiterleitet.
6. Die Entscheidung über Größe und Zusammensetzung der Sektion des Protektorats innerhalb der deutschen Teilnehmergruppe ergeht durch mich, unter Berücksichtigung der Vorschläge und Wünsche der zuständigen Dienststelle des Protektorats, im Einvernehmen mit dem jeweils fachlich zuständigen Reichsministerium.
7. Nach erfolgter Genehmigung der Kongreßteilnahme durch mich erfolgt die Devisenzuteilung nach den für das Protektorat geltenden Devisenbestimmungen.
8. Die Annahme der Wahl von Staatsangehörigen des Protektorats zu Präsidenten, Vizepräsidenten usw. von internationalen Kongressen oder Verbänden sowie jegliche sonstige Ausübung besonderer Funktionen innerhalb internationaler Gremien bedürfen meiner Zustimmung.

gwa 4.17. VE

96.9.V-F/40

Auszug aus einem Berichte der SD-Zentralstelle, PRAG,  
vom 24.6.1939.

Betrifft: Sonnwendfeier.

In Profnitz wurde den Angehörigen der Luftwaffe die Teilnahme an der Feier verboten. Die Gründe hierzu sind nicht bekannt. Ein Leutnant, der zur Teilnahme persönlich aufgefordert wurde, erklärte: als Wehrmachtangehöriger kann ich nicht teilnehmen, aber als Deutscher komme ich selbstverständlich.

*Pr 29/9*

*zu 14. 10. 47.*

VE

Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

Berlin, den 15. Februar 1940

IV/A 1 b - Nr. 5889/38g

Der höhere ...- und Polizeiführer in Böhmen und Mähren.			
R3-796.Nr. 40/40 gef.			
Eingang am: 21. II. 1940		Anlg.: 2	
Führer	Stabsf.	Abt.	Bearb.

Gehob

An die

Gauleiter der NSDAP

Höheren ... und Polizeiführer

Befehlshaber der Sicherheitspolizei  
und des SD in Prag und Krakau

Inspektore der Sicherheitspolizei  
und des SD

Grenzinspektore I, II und III

Amtschefs II, III und VI des  
Reichssicherheitshauptamtes

- oder Vertreter im Amt -

Uy  
s. a. d.  
4/3.40

Betrifft: Marxistische Stimmungs- und Wirtschaftsberichte  
über Deutschland.

Anlage: 2 geheftete Fotokopien.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Sopade) hat seit Kriegsbeginn 2 Ausgaben ihrer Informationsschrift "Deutschlandberichte" herausgebracht und wie bisher in einer beschränkten Anzahl von Exemplaren an Spitzenfunktionäre der Emigration, an exponierte Kreise der internationalen marxistischen Bewegung sowie an gewisse Korrespondenten des Auslands versandt. Für eine Verbreitung im Reich ist dieses Propagandamaterial weder bestimmt, noch ist eine solche bisher festgestellt worden.

Anliegend übersende ich mit der Bitte um Kenntnisnahme einen Auszug aus den vertraulich erlangten Schriften, der sich mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen im Reich befasst. Wenn auch der Umfang und die Zahl der darin enthaltenen Einzelberichte infolge der Kriegslage und der damit zusammenhängenden Umstellung des illegalen Berichterstattungsapparates wesentlich kleiner sind gegenüber der Vorkriegszeit, so vermitteln doch die Ausführungen zum Teil einen interessanten Einblick, wie die Marxisten im Reich die innere Front beurteilen.

gez. H e y d r i c h.

V E

Geheime Staatspolizei  
Beauftragter  
Kanzleiangestellte

# Teil A : Nachrichten und Berichte

(Abgeschlossen am 24. Oktober 1939)

## I. DER KRIEG

### 1) Zum Ueberfall auf Polen

Die nachstehenden Berichte bestätigen zwei an sich bereits bekannte Tatsachen: 1. Die unvorstellbare Grausamkeit des deutschen Vorgehens und 2. die Tatsache, dass das Vorgehen gegen Polen -im Gegensatz zu einem Kriege gegen England und Frankreich- in weiten Kreisen des deutschen Volkes gutgeheissen worden ist. (Wir haben auf diese Tatsache bereits in den letzten Monaten vor Kriegsausbruch wiederholt hingewiesen; vgl. dazu Heft 6/1939, Seite A 13, und 7/1939, Seite A 7.)

**Danzig:** Mit dem Ausbruch des Krieges ist die antipolnische Stimmung in Danzig gewachsen. Wir erklären uns das damit, dass die Leute den Krieg nicht wollten und die Polen dafür verantwortlich machten, dass er doch ausbrach. Man konnte scharfe antipolnische Aeusserungen auch von Leuten hören, die beileibe nicht Nazis sind und sonst auch durchaus vernünftig zu urteilen pflegten.

Die Danziger Bevölkerung stand in den ersten Kriegstagen ganz unter dem Eindruck der militärischen Aktionen, die gegen die polnischen staatlichen Einrichtungen auf Danziger Boden unternommen wurden. Als erstes ist *die Eroberung des Hauptverwaltungsgebäudes der polnischen Hafen-Post* zu nennen. Die polnischen Postbeamten, die sich in dem Gebäude befanden, wurden telefonisch aufgefordert das Gebäude zu räumen. Der Direktor der polnischen Post lehnte ab. Kein Beamter verliess das Gebäude. Darauf zog deutsches Militär und sogenannte Danziger Heimwehr mit Maschinengewehren und Flammenwerfern vor das Gebäude und begann die Beschiessung. Das ganze Viertel, das um das Gebäude der Post gelegen ist -es handelt sich um einen Teil der Altstadt, ein Arbeiterviertel-, musste von den Einwohnern geräumt werden. Das Militär nahm auf dem der Post gegenüber gelegenen Ufer der Radaune Aufstellung und schoss ununterbrochen. Aus dem Gebäude wurde das Feuer durch die Postbeamten erwidert. Die Postbeamten, deren Zahl ich nicht

4  
IE

genau kenne -es dürften etwa 150 Mann gewesen sein- waren mit Gewehren und Revolvern bewaffnet. Die Belagerung bzw. der Angriff auf die polnische Post, dauerte vier Tage. Das deutsche und polnische Feuer war ununterbrochen. Nach vier Tagen ergab sich der Rest der polnischen Postbeamten. Es waren von ihnen noch 35 am Leben, zum Teil bereits schwer verwundet. Das Militär drang nun in das Gebäude ein und verhaftete die noch lebenden Beamten. Man schaffte ausserdem weit über 100 Tote aus dem Gebäude. Darunter befanden sich auch Zivilisten, Danziger Staatsbürger polnischer Nationalität, die sich kurz vor Ausbruch des Krieges in das Gebäude geflüchtet hatten. Die überlebenden 35 Beamten wurden in den Hof der Wierbenkaserne geschafft und dort von SS-Mannschaften unverzüglich erschossen.

Das Gebäude des *Hauptbahnhofes*, das sich bekanntlich auch in polnischer Verwaltung befand, wurde bereits am ersten Tage nach Kriegsausbruch von den deutschen Truppen gestürmt. Auch hier wehrten sich die polnischen Beamten. Das Gebäude ist aber sehr schwer zu verteidigen und konnte von ihnen nicht gehalten werden. Von den überlebenden Beamten soll niemand erschossen worden sein. Auch auf einigen kleineren Bahnhöfen ist es zu militärischen Aktionen gekommen. Doch können wir darüber nichts Genaues berichten. Das Gebäude des Generalkommissars der Republik Polen in Danzig ist ebenfalls von einigen Beamten verteidigt worden. Die diplomatischen Beamten wurden nach ihrer Gefangennahme über Ostpreussen nach Litauen geschickt.

Schlimm ist es den Mitgliedern der Organisationen der *polnischen Minderheit* in Danzig ergangen. Sie wurden in der ersten Nacht verhaftet und in die Kasernen und Polizeiwachen geschleppt, fast ausschliesslich Männer, aber auch einige Frauen. Auf den Wachen sind sie von den SS-Mannschaften unmenschlich misshandelt worden. Es soll auch zahlreiche Tote gegeben haben. Ich bin Zeuge gewesen, wie eine Gruppe von Polen von der Polizeiwache in der Töpfergasse in Danzig nach dem Polizeipräsidium, dem Hauptquartier des SS, gebracht wurde. Die Polen wurden sämtlich die Treppe, die von der Wachtstube zur Strasse führt, heruntergeworfen und auf der Strasse von SS-Leuten mit Gummiknüppeln empfangen und geprügelt. Sie waren bereits in der Wachtstube aufs schwerste misshandelt worden, denn sie hatten blutunterlaufene Gesichter und vollkommen zerrissene Kleider. Viele von ihnen mussten in das Transportauto gehoben -oder besser gesagt- geworfen werden. Als alle im Auto waren, stiegen SS-Mannschaften dazu und begannen sofort von neuem, auf die Polen mit Gummiknüppeln

einzuschlagen. Ich bemerkte das noch während der Fahrt. Den entsetzlichen Szenen wohnte eine grosse Zuschauer-menge bei. Die meisten verhielten sich still. Es gab aber auch eine Anzahl von Leuten, die mehrfach „Bravo“ riefen.

Das schwedische Konsulat war in diesen Tagen von den Angehörigen der verhafteten Polen belagert. Schweden nahm bekanntlich die Interessen Polens in Deutschland wahr. Sehr viele Polen wurden von ihren Angehörigen als vermisst gemeldet.

Die von den Polen verlassenen Wohnungen wurden von der SS und nicht zuletzt auch vom Publikum ausgeraubt. Ich selbst kenne Leute, die auf diese Weise zu Silbersachen gekommen sind.

Gleich nach der Verkündigung des „Anschlusses“ bildeten sich an allen Geschäften Schlangen von Käufern, die noch die letzten Reste der Warenvorräte hamstern wollten. Es war eine eigenartige Begleitmusik zu der „Anschluss-Freude“. Ein besonderer Sturm setzte auch auf die Textilwarengeschäfte ein, wo man noch schnell polnische Waren erstehen wollte.

**Südwestdeutschland:** Ich habe schon früher wiederholt berichtet, dass der Krieg gegen Polen im Grossen genommen, absolut populär im deutschen Volke ist. Das Vorgehen gegen Polen hat denn auch nicht etwa zur Verschlechterung der Stimmung im Volke geführt. Erst nachdem es sich trotz aller Radiosperrn immer deutlicher herausstellte, dass damit auch der Krieg im Westen begonnen hat, entstand eine etwas gedrücktere Stimmung. Man muss aber bei Feststellungen dieser Art immer beachten, dass die Stimmung heute in den einzelnen Kreisen derart unterschiedlich ist, dass man eine allgemeine Aussage darüber kaum abgeben kann.

**Mitteldeutschland:** In den letzten Wochen vor Kriegsausbruch wurden in der Gegend von Genthin, Tangermünde und Havelberg antipolnische Flugblätter verteilt, in denen behauptet wurde, dass die Polen auch dieses Gebiet erobern wollten. Nun werde wohl auch der letzte Meckerer einsehen, dass die Haltung des Führers gegen Polen vollkommen berechtigt sei. Diese Flugblätter blieben nicht ohne Eindruck auf die Bevölkerung, die sich leicht davon überzeugen liess, dass sie die Heimat gegen die polnische Bedrohung verteidigen müsse. Die Flugblattaktion wurde übrigens gleich mit einer Sammelaktion für die SA-Wehrmannschaften verbunden, eine neue Form der Bettelei, die noch dazu in einer Zeit durchgeführt wird, für die ausdrücklich Sammelruhe angeordnet worden war.

Eine andere Einstellung der Bevölkerung lässt der

nachstehende Bericht aus der Provinz Brandenburg erkennen:

In den Kalkwerken bei X. sind seit Mitte September polnische Kriegsgefangene untergebracht. Die Einwohner der Umgebung haben sich sehr für die Gefangenen interessiert und ihnen gegeben, was sie nur konnten. Daraufhin haben die Nazis eingegriffen und zwar nicht verboten, für die Gefangenen direkt etwas abzugeben, aber unterbunden, dass die Liebesgaben direkt, übergeben werden. Die Sachen müssen vielmehr bei der Wache abgegeben werden, die sie angeblich den Gefangenen zuleitet. In Wirklichkeit werden alle Sachen zur NS-Volkswohlfahrt geschafft.

Schliesslich liegt noch der folgende Bericht aus Berlin vor:

Die offiziellen Angaben über die bisherige *Zahl der Verwundeten* werden stark angezweifelt. Eine Gesamtübersicht lässt sich vorläufig noch nicht gewinnen. Aus Berlin konnten wir bisher erfahren, dass Kriegsverletzte an folgenden Stellen untergebracht sind:

etwa 150 im Siechenhaus Danziger Strasse,  
über 200 im Hufelandspital,  
rund 400 im Krankenhaus Moabit (zweite Septemberhälfte),  
etwa 250 im Virchowkrankenhaus, wo weitere 200 erwartet wurden.

Das jüdische Waisenhaus musste gleichfalls für Kriegsverletzte geräumt werden. Die Berliner Krankenhäuser stehen Zivilpersonen nur noch in sehr schweren Fällen offen, vor allem für Operationen.

Beim Berliner Magistrat war bereits bis zum 20. September eine Zahl von 1.738 gefallenen Berlinern bekannt. Dazu kommen aber noch Hunderte von Toten bei der Polizei, die mit den Säuberungsaktionen beauftragt ist. Die Polizei hat ihre Toten noch nicht nach Berlin gemeldet. Die Berliner Polizei ist im Gebiet Tucheler Heide und in der Gegend von Bromberg, Thorn und Posen tätig.

In Berlin sagt man sich, dass die Zahl der Verletzten hoch sein muss, wenn so viele Verwundete nach Berlin geschafft werden, obgleich die Unterbringungsmöglichkeiten in der Provinz weit günstiger wären.

Aus der Gegend Küstrin-Frankfurt-Fürstenwalde wird berichtet, dass sie mit Verletzten geradezu überfüllt sei und täglich neue Nachschübe kommen. Die Transportfähigen werden so schnell wie möglich nach Bayern und Sachsen weiterbefördert, obwohl den Leuten zunächst gesagt worden war, dass sie in der Fürstenwalder Gegend bis zur Genesung bleiben könnten.

In Berliner Nazikreisen wird von mindestens 55-60.000 Toten und 120.000 Verletzten im Osten gesprochen. Aber auch die Zahl der Toten im Westen soll bereits 2.000 übersteigen.

## 2) Die letzten Vorbereitungen

Die letzten Berichte, die kurz vor Kriegsausbruch eingegangen sind, sind auch heute noch von Interesse, weil sie zeigen, dass bereits Anfang August alle Vorbereitungen zum Losschlagen getroffen waren.

**Mecklenburg-Luebeck:** Anfang August wurde das ganze Gebiet in der Richtung nach Heiligenhafen, Timmendorfer Strand und Neustadt in Holstein mit Marinereservetruppen belegt, und zwar in einer Masse, wie es niemals während des Weltkrieges der Fall gewesen ist. Für die einquartierten Marinetruppen herrscht fast völliges Gasthausverbot.

Anfang Juli war den Einberufenen versprochen worden, dass sie Ende Juli Urlaub erhalten sollten, und dass in der Zwischenzeit auch ihre Angehörigen zu Besuch kommen dürften. Tatsächlich waren jedoch Urlaube und Besuche die ganze Zeit über gesperrt.

In der *U-Boot-Schule* in Neustadt wimmelt es jetzt von Italienern und Spaniern, deren Zahl auf insgesamt 700 geschätzt wird. Die deutschen U-Boot-Schüler stehen meist im Alter von 22 bis 25 Jahren, haben schon zwei Jahre Marinedienst hinter sich und waren vorher in der Regel drei Jahre aktiv in der HJ-Marine. Es handelt sich fast durchweg um fanatische Anhänger der NSDAP. In dieser U-Boot-Schule wird neuerdings behauptet, dass Deutschland über 300 U-Boote verfüge. 60 davon seien ständig in der Nähe der englischen und französischen Küsten oder Seewege und im Mittelmeer, damit sie zum Einsatz bereit seien, falls der Krieg einmal binnen Stunden ausbrechen würde.

Unter der Lehrerschaft der Schule gab es früher viele Anhänger des Pfarrers Niemöller. Das war noch vor einem Jahr beobachtet worden. Jetzt ist davon nichts mehr zu bemerken.

Die HEINKEL-WERKE in Mecklenburg haben umfangreiche Vorbereitungen für den Kriegsfall getroffen. Man wird das Hauptwerk bei Rostock nicht voll in Betrieb halten, sondern vorwiegend die auf die kleinen Städte und Dörfer verteilten Werksanlagen benutzen. Solche Zweigbetriebe sind errichtet worden in Bad Kleinen für eine Belegschaft von 1.000 Mann pro Schicht, in Hornsdorf bei Wismar für 700 Mann pro Schicht, in Karow bei Waren für 900 Mann und in Waren

9

selbst, wo man die stillgelegte Maschinenfabrik dafür eingerichtet hat, für 1.800 Mann pro Schicht. Weitere Zweigbetriebe sind für Parchim, Suckow und Putlitz vorgesehen. Zur Zeit ist schon ein Drittel der Gesamtproduktion in das Gebiet von Oranienburg verlegt.

In den Werken Marienehe und Oranienburg sind bereits im Juni und Juli alle Urlaube gewährt worden. Es wird uns versichert, dass dies geschehen ist, weil die Arbeitsleistung erschreckend abgenommen hat.

**Hamburg:** Bereits Anfang August waren in Hamburg umfangreiche Vorarbeiten für eine Umsiedlung der Bewohner im Kriegsfall im Gange. Man sprach insbesondere davon, dass im Kriegsfall viele Hamburger Familien nach der Gegend von Büchen-Lüneburg und Staade-Aurich gebracht würden. In diesen Gegenden sind auch Fabriken im Bau begriffen, die im Kriegsfall an die Stelle von Hamburger Fabriken treten sollen, wenn in Hamburg eine geordnete Produktion nicht mehr möglich sein sollte. Von vornherein ist in Hamburg damit gerechnet worden, dass die Handelsschifffahrt über den Hamburger Hafen fast gänzlich unterbunden würde.

Auch in der Gegend von Husum, Rendsburg und Kronsburg sind Vorbereitungen zur Aufnahme evakuierter Hamburger getroffen worden.

Die Blockwarte in Hamburg haben Untersuchungen darüber angestellt, welche Küchen dafür in Frage kommen, dass in ihnen für mehrere Familien gekocht wird.

**Bayern:** 1. Bericht: Die Gewährung von Urlaub hat bei der Wehrmacht schon seit Mitte Juli aufgehört. Es werden neue Untersuchungen darüber durchgeführt, in welchem Masse in den Krankenhäusern noch Notbetten aufgestellt werden können. Im Landwehrlager Hersbruck, wo 43- und 45-jährige ausgebildet werden, wird die Ausbildung sehr forciert. Es erfolgen umfangreiche Abtransporte, die damit begründet werden, dass man für den Parteitag die Kasernen räumen müsse. Es fällt aber auf, dass die Abtransporte völlig kriegsmässig vor sich gehen. Auch die Divisions- und Korpsstäbe sind von Nürnberg nach Schlesien verlegt worden.

2. BERICHT: Bei uns sind Ende August Leute bis zu 60 Jahren mobilisiert worden. Die Organisation scheint noch sehr mangelhaft gewesen zu sein. Es kam vor, dass die Leute aus verschiedenen Dörfern in dem nächstgelegenen Städtchen zusammenkamen und stundenlang warten mussten, ehe sie eingeteilt werden konnten. Teilweise war eine Einteilung überhaupt nicht möglich. Das hatte zur Folge, dass ein Teil der Leute einfach wieder nach Hause ging. Manche Leute

waren dem Mobilisationsbefehl überhaupt nicht gefolgt. Das kam teils daher, dass man bis zum Sonntag den 27. 8. in diesen bayrischen Dörfern so gut wie nichts wusste und das Ganze wieder einmal für propagandistisches Theater hielt. Anderenteils wollte man einfach nicht von den Erntefeldern weg und erklärte, dass man endlich seine Ruhe haben wolle.

**Südwestdeutschland:** Das Getreide wurde bei uns in diesem Jahr nicht in die Scheuer gefahren und dann gedroschen, sondern der Drusch erfolgte gleich auf dem Felde und das Korn wurde sofort ins Hinterland abtransportiert, so dass der Bauer sein Getreide nur beim Ernten und beim Dreschen zu sehen bekam. Zweifellos handelt es sich bei diesem Verfahren um eine Massnahme der Kriegsvorsorge.

**Mitteldeutschland:** Im Magdeburger Bezirk ist man offenbar mit den Stammrollen für die Ersatzarbeiter, die an Stelle der Eingezogenen treten sollen, schon Ende Juli völlig fertig gewesen. Seit dem 15. Juli durften die Leute nur nach vorheriger Abmeldung bei dem Blockwart länger als zwei Tage von zu Hause fortbleiben. Möglichst sollten solche Reisen eine Woche vorher angemeldet werden. Ein Teil der Arbeiter ist zu Wehrmachtsbauten in der Letzlinger Heide zwischen Magdeburg und Gardelegen herangezogen worden.

**Schlesien, 1. Bericht:** Im Kreise Rosenberg wurden schon in der zweiten Julihälfte *Flüchtlingslager* eingerichtet. Mitglieder der NS-Frauenschaft Breslau, die sich zur Erntehilfe gemeldet hatten, liess man nicht aufs Land gehen, weil man sie bald in der polnischen Grenzgegend brauchen würde. Am 24. Juli wurden je ein Lager in Guttentag und Breitenmarkt, am 4. August je ein grosses Lager in Wallhof und Rosenberg eingerichtet. Im zentralen Lager Wallhof wurden schon Anfang August genaue Angaben über die Zahl der erwarteten Flüchtlinge gemacht. Auch weiter südlich in der Gegend von Andreashütte sprach man von 5 bis 6.000 Flüchtlingen, die erwartet würden.

Es kann heute kein Zweifel mehr darüber bestehen, dass die meisten Deutschen aus Polen direkt herübergeholt worden sind, indem sie von den Funktionären der dortigen nationalsozialistischen Organisation unter Druck gesetzt worden sind. Leute, die am 6. und 8. August nach Sandowitz kamen, berichteten, dass man ihnen in Tarnowitz sogar gedruckte Wegweiser gegeben hätte, auf denen der Weg entlang der Malapane eingezeichnet gewesen sei. Es waren ihnen auch genaue Zeiten angegeben, zu denen sie die polnische Grenze überschreiten sollten. In Horneck wurde am 5. August davon gesprochen, dass mit 4.000 Flüchtlingen zu rechnen sei. In die Lager kamen in der Hauptsache nur Kinder und

Frauen. Die Männer wurden dagegen sofort ärztlich untersucht und abtransportiert. Der Bergbau hatte für Mitte August 6.800 Flüchtlinge aus Polen angefordert. Von Breslau sind ausserdem 13 Extrazüge mit männlichen Flüchtlingen nach Pommern zu dringenden Strassenbauten abtransportiert worden. Die Frauen und Kinder werden meist nach einiger Zeit zu Bauern in der Lausitz gebracht, die von dieser Hilfe nicht sehr begeistert sind.

Die *militärische Belegung* des ganzen schlesischen Gebietes hat schon Anfang August begonnen. Sie ist zur Zeit noch im Gange. Dagegen ist die Konzentration der SS schon abgeschlossen. Orte, in denen sonst nur etwas über 20 Polizeibeamte und einige Gendarmen in Dienst waren, sind jetzt mit ganzen Hundertschaften SS und mit Gendarmerietrupps von 15 Mann belegt. Die polnische Bevölkerung der Gegend muss, unter Aufsicht der SS-Standarte Gleiwitz, die eine besonders berüchtigte Kolonne ist, nahe der polnischen Grenze Zwangsarbeit leisten.

Da man bestimmt mit dem Krieg rechnet, versucht man allgemein, noch *Lebensmittel einzuhamstern*. Die Feldgendarmerie passt jedoch scharf auf. In Hohenwalde wurde ein besonderes Lager für solche Hamsterer eingerichtet. Der Arrest für Hamsterei dauert in diesem Lager meistens 14 Tage. Werden Arbeiter, die Fettzulagen erhalten, beim Hamstern erwischt, so wird ihnen die Fettzulage entzogen. Sogar Kinder werden eingesperrt, da viele Familien ihre Kinder zum Hamstern ausschicken.

Evakuierungen sind im Grenzgebiet merkwürdigerweise nicht geplant. Nazis, die deswegen gefragt werden, sagen, das sei nicht nötig, da es den Polen schon vergehen würde, auf deutsches Gebiet zu schiessen. Zwei Stunden nach Kriegsbeginn würden die Deutschen Kattowitz besetzt haben.

2. *Bericht*: Sämtliche Krankenhäuser im Industriegebiet sind bereits im August geräumt worden, um sie für militärischen Bedarf bereit zu halten.

Gleichzeitig ist für die Garnison Gleiwitz und Kosel, wo die 84. Infanterie liegt, wegen angeblich weiteren Abtransports Urlaubssperre eingeführt worden.

**Rheinland**: In Aachen waren Anfang August alle Vorarbeiten beendet, um die Stadt gegen Luftangriffe verteidigen zu können. Allein an der kurzen Bahnstrecke zwischen Hauptbahnhof und Bahnhof West sind an 8 Stellen Flak-Geschütze aufgestellt. Auch das neue Hochhaus das unter dem Namen Grenzwachthaus bekannt ist, hat auf seinem Dachboden eine ständige Luftwache und Luftabwehreinrichtung. Im Kriegsfall rechnen selbst die Nazi mit starken Zerstörun-

gen der Steinkohlenbergwerke des Aachener Reviers. Es wird daher jetzt tüchtig angetrieben, um noch soviel Kohle aus dem Revier zu holen wie möglich. Wer will, kann ausser den normalen 6 Schichten noch 4 Mehrschichten pro Woche leisten! Die Löhne, mit denen die Kumpels dort wöchentlich heimgehen, betragen jetzt bis zu 105 Mark. Doch sagen die Arbeiter selbst, dass sie das nicht lange aushalten können. Die Krankmeldungen sind sehr zahlreich, in einem Schacht waren es im Juni 138 Fälle, im Juli aber schon 219. Von einer bewussten Sabotage kann aber nicht gesprochen werden. Dazu ist auch die Kontrolle viel zu scharf. Jedem Arbeiter ist ausserdem eine Belohnung von 50 Mark versprochen worden, wenn er Sabotage-Akte beweiskräftig meldet. Ausserdem wird zugesichert, dass der Denunziant nicht genannt wird.

**Nordwestdeutschland:** Seit Anfang August rechnete man in Emden jeden Tag mit dem Ausbrechen des Krieges. Das hatte sein Ursache in der fieberhaften Arbeit an den letzten noch unfertigen militärischen Arbeiten im Hafen und an der Küstenbefestigung in der Emsmündung. Schulen wurden in Lazarette umgewandelt. Frauen erhielten die Mitteilung, dass sie sich für Fabrikdienst bereithalten müssten. Ihre Kinder kommen in einen Gemeinschaftshort.

### 3) Die Situation im Westen

Trotz dieser frühzeitig durchgeführten Massnahmen waren die Vorbereitungen vor allem hinsichtlich der Zivilbevölkerung im Westen keineswegs abgeschlossen, als der Krieg ausbrach. Insbesondere ist die *Evakuierung* der Zivilbevölkerung im Rheinland reichlich spät und offenbar wenig planmässig erfolgt. Seit dem 6. Oktober werden allabendlich, seit dem 10. Oktober auch morgens und mittags über den Berliner Sender „Suchberichte“ ausgegeben, in denen bestimmte Personen aus den evakuierten Gegenden um Angabe ihrer jetzigen Adresse ersucht werden. Ausser beinahe allen Plätzen des Saargebietes sind am 10. Oktober auch Menschen gesucht worden, die zuletzt in Pirmasens wohnten. Selbst ein ganzer Betrieb, der jetzt seinen Sitz in einem Frankfurter Hotel hat, liess auf diesem Wege seine Arbeiter benachrichtigen, dass sie sich dort melden könnten. Die Verteilung der Menschen über

13

In den Bestimmungsorten wurden die Leute verteilt und in Privathäusern untergebracht, vielfach auch bei Bauern.

Die Einwohner von Weil a/Rhein kamen z. B. nach Singen, von da wurden sie auf die ganze Gegend von Pfullendorf und Messkirch verteilt. Bei diesem Transport hat es noch weniger geklappt, als bei dem von Kehl. Die Leute mussten trotz der kurzen Fahrstrecke zweimal in Säckingen und Waldshut auf Stroh übernachten. Auch Familien mit kleinen Kindern waren nicht besser untergebracht.

Diejenigen, die in Städten und Dörfern in Privathäusern beherbergt werden, erhalten Verpflegung aus Feldküchen und Gemeinschaftsküchen. Das Essen wird im allgemeinen als gut bezeichnet, doch ist den meisten das dauernde Eintopfgericht, das sie jeden Tag erhalten, bereits arg verleidet. Besonders die älteren Leute können sich nicht an die Sache gewöhnen und es vergeht kein Tag, dass nicht Leute auf den Bahnhof gehen und einfach wieder nach Hause fahren. Diese Leute erklären, kein Mensch bringe sie ein zweites Mal fort.

Auch sonst hat die Stimmung unter den Flüchtlingen bereits arg umgeschlagen. Sie glauben jetzt, dass die Räumung eine übereilte Massnahme war und denken nun an Garten und Feld, wo alles unnötigerweise verkomme. Teilweise hört man sogar recht bittere Wort über Hitler, der sich von Göring und den Militärs in diesen Krieg habe treiben lassen.

In X. haben sich vier gutsituierte Leute, ein Rechtsanwalt, ein Optiker, ein Krankenhausarzt und ein Sparkassenbeamter geweigert, Flüchtlinge aufzunehmen. Sie wurden daraufhin von der SA verhaftet und auf einem Wagen durch die Strassen gefahren, wobei sie in einem fort rufen mussten: „Wir wollen keine Flüchtlinge“. Voraus fuhr ein Lautsprecherwagen der Polizei, der immer wieder mit dem Rufe: „Hallo, Hallo!“ die Leute auf das Schauspiel aufmerksam machte. Nach dem Umzug mussten die vier 8 Tage auf Stroh schlafen und die Gefängniskost essen.

In Y. und Z. wurden aus den Reihen der Flüchtlinge 70 junge Mädchen im Alter von 18 bis 25 Jahren zur Arbeit in die Pulverfabrik Rottweil abtransportiert.

## II. DIE LAGE IM INNERN

### 1) Die allgemeine Stimmung

Die bisher vorliegenden Berichte erlauben noch nicht, ein zuverlässiges Urteil über die jetzige Stimmung des deutschen Volkes abzugeben. Was schon früher wiederholt festgestellt werden musste, gilt unter dem Kriegszu-

stand in erhöhtem Masse: in einem Lande, in dem die freie öffentliche Meinung mit allen Mitteln unterdrückt wird, kann sie noch viel weniger einheitlich sein als in einem freien Lande.

Mit diesem Vorbehalt müssen auch die beiden nachstehenden *Berichte neutraler Reisender* aufgenommen werden, die die Stimmung in Westdeutschland wiedergeben.

1. *Bericht*: Schon im Zuge kam ich ins Gespräch mit SS-Leuten, die sehr wichtig taten und die sich in Prahlereien ergingen. Polen sei erledigt und niemand, weder England noch Frankreich werden es wieder zu neuem staatlichen Leben erwecken können. Besonders England nicht, das in diesem Kriege, wenn er wirklich weiter andauern sollte, vernichtet werde.

Der *Ueberfall* auf Polen hat überhaupt manchen, den ich früher als ruhigen und gegenüber dem System sehr zurückhaltenden Menschen gekannt habe, ganz verrückt gemacht. Auch die Frauen. Ich traf eine Frau, die mich immer sehr nett behandelt hatte. Jetzt war sie ganz aufgeregt und überfiel mich sofort mit Vorwürfen. Wir — d. h. meine Landsleute und ich —, so meinte die Frau, hätten schuld daran, dass alles so gekommen sei. Auf meine erstaunte Frage, wie wir, die wir doch neutral seien, schuld haben könnten, erwiderte diese Frau: Ja, das kenne man, man täte nur so. Sie kenne diese scheinheilige Methode, die nur deswegen angewendet werde, um schön aus dem Kriege herauszubleiben. In Wirklichkeit gebe es keine Neutralität. Alles sei Lug und Trug. Die Engländer, diese Krämer, hetzten die ganze Welt gegen Deutschland, nur weil sie von ihrem Reichtum nichts abgeben wollten. Und sie liessen auch andere für sich kämpfen. Warum lässt England uns, Deutschland, nicht unsere Dinge mit Polen allein regeln? Weil man Angst habe, dass Deutschland zu stark werden könne. Aber England werde in diesem Kriege sehen, was es davon habe. Diesmal würde Schluss gemacht mit der englischen Vorherrschaft.

Noch verrückter als früher sind *die Nazis* geworden. Jawohl, so sagen sie, wir wissen, dass Hitler diesen Krieg gegen Polen gewollt hat. Jawohl, man billige das gemeinsame Vorgehen Hitlers und Stalins. Hitler habe England reingelegt, er sei den Engländern zuvorgekommen. Mit Russland werde man schon fertig werden. Hitler werde den Russen schon zu einem geeigneten Zeitpunkt Einhalt gebieten. „Es wird Zeit, dass endlich mal den Engländern gezeigt wird, dass sie nicht ewig die Welt beherrschen können“. Nur darauf sei die Taktik des Führers zurückzuführen.

Im übrigen sei noch gar nicht raus, ob der Krieg wirklich fortgesetzt werden müsse. Die Franzosen würden sich sehr bedanken, diesmal wieder für England zu kämpfen. England scheue sich ja, deutsche Städte anzugreifen. Es werfe nur Flugblätter ab. Es wisse, warum es nicht Bomben abwürfe. Täte es das, so würden die deutschen Flieger bald London in Schutt und Asche legen.

Auch der Spiesser billigt im allgemeinen die Haltung Hitlers. England sei der Schuldige. Es werde seine Strafe erhalten und bitter büssen müssen. Hitler habe ganz richtig gehandelt, als er den Pakt mit Russland abgeschlossen habe.

Eine katholische Frau war sehr widerspruchsvoll in ihren Anschauungen. Gerade darum aber ist ihre seelische Verfassung, die deutlich bei der Unterhaltung zum Ausdruck kam, besonders charakteristisch für das Durcheinander im deutschen Volke. Diese Frau war bisher immer sehr freundlich zu mir gewesen. Sie sah mich diesmal böse an und weinte sofort, als ich bei ihr eintrat. Ein Sohn von ihr ist Soldat. Sie jammerte darüber, und erklärte dann, dass sie aber jetzt zeigen wollte, dass sie eine tapfere deutsche Frau sei. Gleich darauf aber sagte sie, dass, wenn der im Felde stehende Sohn fallen sollte, sie mit dem anderen, der ja wohl auch Soldat werden müsse, ins Wasser gehen werde.

Ein anderer Katholik ist durch den polnischen Krieg und durch die Erfolge des deutschen Heers ganz aus dem Häuschen geraten. Das sei eine ganz grossartige Sache. Und dieser Geniestreich des Führers mit Stalin. Da habe er den Westmächten mal gezeigt, wie man Politik mache. Auf meinen Einwand, dass es mich sehr wundere, wie er als Katholik die Verbrüderung mit dem Bolschewismus gutheissen könne, erwiderte der Mann: „Ach, das ist ja alles nicht so schlimm. Wissen Sie denn nicht, dass in Russland neue Kirchen gebaut werden? Das ist hier bei uns in Deutschland längst bekannt. Russland ist ja gar nicht mehr so bolschewistisch. Im übrigen wird uns der liebe Gott schon helfen.“

Nur eine Frau, die eben aus der Tschechoslowakei gekommen war, war sehr kritisch. Diese Frau ist *Sudetendeutsche*, sie war Henlein-Anhängerin vor der Besetzung des Sudetengebietes und hatte, wie viele andere, den Anschluss des Sudetengebietes begrüsst. Es ist die Frau des Besitzers einer grossen Fabrik. Diese Frau jammerte: „Was soll das bloss werden? Wir waren früher so glücklich gegen heute. Wir hatten es gut und auch das Volk hatte zu essen. Jetzt ist Mangel an allem. Hätten wir das gewusst!“

Natürlich sind nicht alle verrückt. Aber es muss zugegeben werden, dass die Zahl derer, die wirklich versuchen, sich klar zu werden, die verhältnismässig objektiv denken, recht klein ist. Nicht dass bei der Mehrheit Begeisterung herrschte

und dass nur *die Minderheit* ruhiger ist. O nein, Begeisterung gibt es überhaupt nirgends. Bei der Mehrheit ist es mehr Wut und Hass, der zu lauten Entladungen führt. Frieden wollen alle, nur meinen die Anhänger des Regimes, dass die Engländer den Frieden stören, und die Gegner, dass es Hitlers Schuld sei, wenn jetzt der Krieg über Europa kommen wird.

Die Minderheit besteht aus politischen Menschen aus dem Bürgertum und aus den älteren Arbeitern. Diese Schichten haben grosse Sorgen. Sie sind allerdings noch unsicher in der Beurteilung der Kriegschancen für Deutschland. Hitler habe bis jetzt immer Erfolge gehabt und man könne nicht wissen, wie die Sache diesmal ausgehen werde. Vielleicht hätten sich die Engländer und Franzosen doch verrechnet.

Aber alle klagen über die täglichen Sorgen und Nöte. Und es herrscht — auch bei den Anhängern Hitlers — grosse Angst vor den Folgen der Blockade. Ein Unterschied besteht nur insofern, als die Nazis und viele Spiesser meinen, der Krieg werde nicht lange dauern, weil England bald niedergeworfen sein werde. Die anderen dagegen rechnen mit einem langen Krieg und dann sei die Niederlage unausbleiblich.

Die Misstimmung kommt auch bei verschiedenen Gelegenheiten zum Ausdruck, die sich infolge des Kriegszustandes ergeben. So erzählte mir z. B. *eine Funktionärin im Luftschutz*, die, ausgerüstet mit Polizeivollmacht, Hauskontrolle machen muss: „Es ist schon ein Elend. Wohin man auch kommt, überall mürrische Gesichter. Als ich neulich an einer Haustür klingelte, rief ein Mann aus dem Fenster: „Was wollen Sie denn schon wieder? Sammeln? Ich habs nun bald satt!“ — Schliesslich kam er doch herunter und sofort entschuldigte er sich wegen seiner Heftigkeit. Er sei jetzt, wie so viele Menschen, nervös und überreizt. Ich solle nichts daraus machen; was ich ihm auch versprach, denn ich denke genau so wie er. Wenn ich zu diesem Amt nicht gezwungen wäre, so würde ich es nicht ausüben.“

Alle Leute kaufen, was noch nicht rationiert ist. Die Leute können ja mit ihrem Geld nichts anfangen. Und die Nazis können infolge der Rationierung genau kontrollieren, wieviel Geld übrig ist. Dieses muss auf die Sparkasse gebracht werden. Besonders die Beamten und Angestellten werden ständig zum Sparen angehalten, oft mit sanftem Druck. Viele kaufen Pelze und andere Luxusartikel, nur um das Geld in Werten anzulegen. Die Pelzläden sind fast völlig ausverkauft.

Gewisse Nahrungsmittel sind frei, auch Obst. Aber man bekommt nichts, weil entweder nichts da ist, oder weil es festgehalten wird. Obst z. B., soweit es gelagert werden kann, wird zurückgehalten. Ich wollte Geflügel kaufen, und fragte

meine Freundin, ob ich ein Huhn kaufen könne. Sie bejahte und ich ging in ein Geflügelgeschäft. Ich bekam aber nichts, weil nämlich nichts da war. Als ich darauf meiner Freundin sagte, dass ja nichts zu kaufen sei, da meinte sie belustigt, sie habe ja auch nicht gesagt, dass Geflügel da sei, sie habe nur gemeint, es sei kartenfremd. So etwas passiere oft.

Im allgemeinen: Nirgends wirkliche Begeisterung. Jedoch viel Nervosität, Prahlerei und lautes Getue, besonders bei den Nazis. Bei den alten Genossen eine gewisse Zuversicht. Von Kommunisten ist nichts mehr zu finden. Die meisten ehemaligen Kommunisten sind entweder Nazis geworden, und zwar nicht erst nach dem Hitler-Stalin-Pakt, oder sie sind in völlige Interesselosigkeit verfallen. In der Arbeiterschaft gibt es übrigens nirgends Verteidiger dieses Bündnisses.

2. Bericht: Meine alten Bekannten in X. und später in Y. bestürmten mich mit tausend Fragen. Sie waren über die politische und militärische Lage besser informiert, als ich angenommen hatte. Es gab kaum einen einzigen, der die ausländischen Rundfunksendungen in deutscher Sprache nicht regelmässig hörte.

Aber es fiel mir auf, dass man in allen Kreisen der Bevölkerung viel mehr von *Ernährungsfragen* spricht als von der Politik. Jeder ist von der Sorge gehetzt, wie komme ich zu meiner Ration? Wie kann ich mir etwas darüber hinaus beschaffen? Am Sonntag vormittag sah ich am Bahnhof in X. Schlangen von Menschen vor den Billetschaltern mit Rucksäcken und mit Handtaschen. Sie sprachen ganz offen davon, dass sie auf die Dörfer gingen zu Freunden und zu Bekannten, um sich zu versorgen. Halbe Kinder in der Uniform der Hitlerjugend waren mit dabei. In den Restaurants entschuldigt sich jeder Kellner, dass dies und das auf der Speisekarte nicht mehr zu haben sei, obwohl sie schon „einfach“ genug ist. Meine Wirtin beklagte sich bitter über die Händler, die trotz der Strafandrohung Waren hinten herum zu erhöhten Preisen abgaben. Vor meiner Abreise bat sie mich, ihr meine Seife dazulassen.

Offene Ausbrüche der Unzufriedenheit habe ich meist nur bei den Frauen gehört, die in einem wahrhaft aufreibenden Kampf um die tägliche Beschaffung des Lebensnotwendigsten stehen. Jeder wird beneidet, der sich noch rechtzeitig Wäsche, Kleider und vor allem Schuhe erhamstern konnte, wobei man allerdings fürchtet, dass der liebe Nachbar denunziert und die Gestapo haussuchen kommt. Und alle bangen sich, dass es wohl noch schlimmer kommen würde.

Die *verzweifelte und hoffnungslose Stimmung*, die von dieser Mangellage herrührt, ist nach meinen Beobachtungen der entscheidende Faktor bei allen Äußerungen über den Krieg.

Es wird zwar überall auf England und seine Blockade geschimpft, aber fast noch grösser ist der Zorn auf die hohen Würdenträger der SA und der SS, die sich unter brutaler Ausnützung ihrer Macht aufs beste versorgen. „Das ist eben die Volksgemeinschaft“, sagte mir bitter ein Bankbeamter. In Köln ist besonders der Gauleiter Grohé verhasst. An der schwarzen Tafel eines Kölner Grossbetriebes, klebte Anfang Oktober ein aus dem „Westdeutschen Beobachter“ ausgeschnittenes Bild des Gauleiters, unter dem die folgenden Zeilen standen:

„Ein Volk, ein Führer und ein Reich,  
vor dem Gesetz ist jeder gleich.  
Es hungert Grohé unverdrossen  
Als Vorbild für die Volksgenossen.“

Bereits am Nachmittag erschienen vier Gestapobeamte, aber ihre Versuche, den Schuldigen zu ermitteln, sind, wie man mir sagte, ergebnislos geblieben. Solche Sprüche gehen von Mund zu Mund. Der eben erwähnte Freund hatte auch ein von englischen Fliegern abgeworfenes Blatt gesehen, das alle Einzelheiten über die ungeheuerlichen Auslandsguthaben der obersten Führergarnitur enthielt. Trotz seiner grossen Zurückhaltung hatte ich den Eindruck, dass man dem amerikanischen Journalisten mehr Glauben schenkt als den Ablebnungsversuchen des deutschen Propagandadienstes.

Die Zeitungen veröffentlichen Todesanzeigen über die Gefallenen. Man schneidet sie aus, spricht im eng vertrauten Kreise darüber, und jeder bangt um das Schicksal von Angehörigen, die im Felde stehen. X. und Y. sind in den Abendstunden vollkommen verdunkelt. Man lebt in der Furcht, dass das Kriegsgespensst näherrücken könnte. Die an mich gerichteten Fragen zeigten, wie diskreditiert der amtliche Nachrichtendienst ist. Viel Neues konnte ich den Fragern allerdings nicht berichten. In einem grossen Lokal in X. hörte ich mir die Uebertragung eines Berichtes des U-Bootkommandanten an, der das englische Flugzeugmutter Schiff „Courageous“ versenkt hat. Ich war erstaunt über die geringe Wirkung auf das Publikum. Man hörte bitterernst und beinahe gedrückt zu; von der Begeisterung, die der Rundfunkansager immer wieder herausforderte, keine Spur. Ich hatte den Eindruck, dass die Walze der Kriegspropaganda und Stimmungsmache bereits abgelaufen ist, ehe sie noch richtig eingesetzt hat. Von dem „Sieg“ über Polen sprach in der ersten Oktoberhälfte kaum noch ein Mensch.

Diese acht Tage in Westdeutschland haben mir einen Gesamteindruck verschafft, freilich im negativen Sinne. Ich fand gar keine Kriegsbegeisterung, nicht viel Vertrauen zu den Lenkern des Dritten Reiches, umso mehr Sorge, Beengt-

heit, Angst vor der Zukunft und vielseitigen unterirdischen Groll. Es war nicht die Stille vor dem Sturm, aber eine atmosphärische Schwüle voller Spannungen um das Ungewisse. Die Basis dieses Regimes ist im tiefsten erschüttert und es bedarf vielleicht nur einiger heftiger Stöße, erster militärischer Niederlagen und verzweifelter Hungerrevolten, um dieses Kartenhaus der Macht und des Scheins zu stürzen.

## 2) Keine Kriegsbegeisterung

Wir haben auf Grund unserer Berichte bis in die letzte Zeit hinein immer wieder feststellen können, dass das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit keinen Krieg wollte. Wenn es schliesslich doch den Nazis gelungen war, für den Krieg gegen Polen in weiten Kreisen Stimmung zu machen, so nur deshalb, weil dieser Krieg nicht ernst genommen wurde und die meisten Menschen angesichts der Erfahrungen mit der Tschechoslowakei nicht daran glauben wollten, dass das Vorgehen gegen Polen zwangsläufig die Auseinandersetzung mit den Westmächten zur Folge haben würde. Deshalb auch die weitverbreitete naive Vorstellung, dass es nach dem polnischen Feldzug schnell wieder Frieden geben könnte. (Hitlers „Friedensoffensive“ war mit Rücksicht auf diese Vorstellung weitgehend innenpolitisch motiviert.)

Die nachstehenden Berichte lassen übereinstimmend diese Kriegsmüdigkeit erkennen.

**Bayern:** Ein wesentlicher Teil der Bevölkerung hofft noch immer, dass die Franzosen doch nicht mitmachen werden und die Sache deshalb bald zu Ende gehe. Allerdings sind es meist die Kritiklosen, die noch immer blindlings alles glauben, was in der Zeitung steht oder ihnen von einem Nazi-redner vorgeschwätzt wird. Die politisch Denkenden rechnen dagegen vielmehr damit, dass England und Frankreich Deutschland niederringen werden, selbst wenn noch Russland an der Seite Deutschlands in den Krieg eingreifen würde.

**Südwestdeutschland, 1. Bericht:** Von den Nazikreisen, insbesondere von der SS und SA werden ganz systematisch und offenbar auf Anweisung der Parteileitung immer wieder Gerüchte darüber verbreitet, dass die Franzosen angeblich

20  
nicht kämpfen wollen. Deshalb lasse auch die französische Regierung am Westwall nicht richtig angreifen. Bei Weil a./Rhein hätten die Franzosen ein grosses Transparent aufgestellt, auf dem stände: „Deutsche Brüder schiesst nicht, wir schiessen auch nicht für England“. Oder ein anderes Märchen: Es kämen Franzosen bis in die Mitte des Rheines geschwommen. Dort unterhielten sie sich dann mit den badenden deutschen Soldaten und sagten ihnen, sie würden eher auf die Engländer schiessen als auf die Deutschen. Die französische Regierung sei gezwungen gewesen, die französischen Truppen vom Rhein zurückzuziehen, und jetzt wären dort nur noch Schwarze aufgestellt.

2. *Bericht*: Die ständig angeordnete Verdunkelung macht sehr böses Blut, da sie als Schikane angesehen wird. Früher lasen die Leute in den Zeitungen, dass ankommende Flieger so frühzeitig gehört würden, dass genügend Zeit für den Alarm übrig bleibt, und nun müssen sie Abend für Abend verdunkeln. Dabei wird streng kontrolliert und in jedem Polizeibericht kann man eine oder mehrere Anzeigen wegen nicht genügend durchgeführter Verdunkelung lesen. Am Sonntag, den 24. September wurde das erste Mal bei uns *Fliegeralarm* gegeben, als französische Flieger Friedrichshafen angriffen. Dabei herrschte in der Kreisstadt X. ein ganz fürchterliches Durcheinander. Das gleiche wird übrigens auch aus den anderen Orten gemeldet. Viele Einwohner weigerten sich, in die Keller zu gehen, und die Polizei und Hilfspolizei raste förmlich in der Stadt herum, manchmal wie wahnsinnig, um die Leute in den Keller zu zwingen. Die Leute sagten, es fällt uns gar nicht ein, dieses Affentheater dauernd mitzumachen. Sogar Beamte weigerten sich, in die Keller zu gehen. Die Dümmeren und die Folgsamsten waren natürlich wieder die Proleten. Die befolgen alles treuherzig. Viele legten sich einfach ins Bett, so dass in verschiedenen Häusern die Blockwarte mit der Anzeige bei der Polizei drohen mussten. Am aufgeregtesten waren die sogenannten Hilfspolizisten, von denen es eine Unmenge gibt. Es sind meistens ältere Geschäftsleute, die gedient haben. Man steckt sie in die alten grünen Gendarmerie-Uniformen und gibt ihnen eine gelbe Armbinde.

Am 26. September gingen die wildesten Gerüchte über die Bombardierung von Friedrichshafen um. In X. wollte man sowohl das Schiessen als auch den Einschlag von Bomben gehört haben. Am Tage darauf wurde dann die ganze Sache in der Zeitung dementiert und den „blöden“ Schwätzern mit Einsperren gedroht.

**Mitteldeutschland:** Nachdem nun der Krieg in Polen durch das Eingreifen von Russland schneller beendet wor-

den ist, als man allgemein angenommen hat, blieb immer noch die Hauptfrage, wie wird sich England und Frankreich dazu stellen. Die Nazis und ihre Mitschreier sind natürlich der Ansicht, dass es jetzt mit dem Weltreich England vorbei wäre, da man ja doch in Frankreich keine Lust habe, sich für England zu schlagen. Natürlich ist dabei der Wunsch der Vater des Gedankens.

Überall wird unter der Bevölkerung davon gesprochen, dass diejenigen, die bislang am meisten in einer Uniform herumgelaufen sind, jetzt hübsch daheim in Zivil herumlaufen, während die früheren Zivilisten beim Militär sind.

Die Briefe, die die *Eingezogenen* nach Hause senden, tragen auch nicht zur Hebung der Stimmung bei, ob sie nun aus einer Garnison, einem Bunker an der Westfront oder aus dem Osten kommen. Die älteren Jahrgänge, etwa von 30 — 35 Jahren, die zur Ausbildung eingezogen worden sind, beklagen sich bitter über den Schliff und die schikanöse Behandlung durch ganz junges Ausbildungspersonal. Es muss da noch schlimmer sein, wie im letzten Kriege. Erst gestern sagte mir ein Bauer, der gerade auf Urlaub ist, dass die Behandlung genau so ist, wie er es in dem Film „Im Westen nichts Neues“ seinerzeit mit dem Feldwebel Himmelstoss gesehen habe. Auch bei ihnen mussten schon Leute unter den Tisch kriechen. Er allerdings habe sich in einem Falle geweigert und erklärt, er werde sich beschweren. Die Behandlung durch die Offiziere wird im allgemeinen als erträglicher empfunden als die durch die Unteroffiziere und Feldwebel. Dagegen wird das Essen überall gelobt. Die meisten erklären, dass die Soldaten besseres Essen hätten, als es sich die arbeitende Bevölkerung erlauben könne. Jedenfalls haben die Soldaten mehr, als was die Zivilbevölkerung auf Karten erhält.

In den *Bevölkerungskreisen*, in denen etwas *politische Schulung* vorhanden ist und die die Dinge etwas nüchterner betrachten, glaubt man nicht an ein baldiges Ende des Krieges. Ebenso glaubt man in diesen Kreisen nicht daran, dass Russland eine so gute Stütze sein werde, wie es in den offiziellen Auslassungen immer dargestellt wird. Ich höre immer wieder sagen: entweder sind wir 6 Jahre lang über Russland angelogen worden oder wir werden jetzt angelogen. So schnell könne sich doch ein so verwaarloster Staat, wie Russland uns immer geschildert worden ist, unmöglich umgestellt haben. Viele meinen, dass das Friedensangebot Hitlers schon so ausfallen werde, dass die Westmächte es unmöglich annehmen können und es sei ja auch nur der Zweck des ganzen Friedensgetues, der Bevölkerung vorzumachen, dass die Engländer an allem Schuld wären.

**Westdeutschland:** Das einzige, was vielleicht ganz objektiv stimmungsmässig festgehalten werden kann, ist *das Ver-*

halten der Soldaten. erinnert man sich der Ausbrüche im Jahre 1914 und vergleicht sie mit den heutigen ersten Kriegstagen und auch den Waffentaten in Polen, dann kommt man unwillkürlich zu der Schlussfolgerung, dass es bei den Soldaten mit der Stimmung sehr flau aussieht. Begeisterung ist da wirklich nicht vorhanden. Wie sich das in den Kämpfen im Westen auswirken wird, wo man ja keine Polen vor sich hat, das muss abgewartet werden. Sonst ist es so, dass die Volksmassen sehr viel das Wort gebrauchen, dass dieser Krieg nicht solange dauern werde wie der letzte, denn man habe ja jetzt schon nichts mehr zu fressen. In Nazikreisen und in den Reihen der mit ihnen Sympathisierenden ist man überzeugt, dass der Krieg gewonnen wird.

Zum Schluss aber nochmals: es ist jetzt ganz unmöglich, ein Bild von der wahren Stimmung in der Mehrheit des Volkes zu geben. Alles ist noch im Fluss. Ohne einen kräftigen Aderlass im Westen werden die Massen auch kaum zum Nachdenken gebracht werden können.

Diese weitverbreitete Kriegsmüdigkeit darf aber nicht zu dem Trugschluss verleiten, dass sie sehr bald zu einer ernsthaften Erschütterung des Regimes führen werde. Die beiden nachstehenden Berichte lassen keinen Zweifel darüber, dass mit einer solchen Erschütterung erst im Gefolge noch ganz anderer Entbehrungen und vor allem einer empfindlichen militärischen Niederlage gerechnet werden kann.

**Südwestdeutschland, 1. Bericht:** Die Ansicht aller verständig und real denkenden Menschen stimmt zur Zeit darin überein, dass auf eine Revolution oder selbst auf die Anfänge einer Umwälzung fürs erste nicht gerechnet werden kann. Trotz allem Mangel sind die Voraussetzungen dafür noch nicht vorhanden. Erst wenn der Hunger noch mehr anklopft und die Nerven zermürbt hat und vor allen Dingen, wenn es den Westmächten gelingen würde, im Westen Erfolge zu erzielen und deutschen Boden in grösserem Umfange zu besetzen, dürfte die Zeit zu einem Umsturz heranreifen.

**2. Bericht:** Gewiss ist die Unzufriedenheit in weiten Kreisen gross. Aber dass schon in kurzer Zeit eine Revolution ausbrechen könnte, ist jetzt noch völlig ausgeschlossen. Ich selbst glaube und hoffe, dass sie kommt. Aber es wird wohl bis dahin noch viel Wasser den Rhein hinunterfliessen und es wird sehr viel Blut dafür bezahlt werden müssen.

## 5) Die Haltung der Arbeiter

Einige Berichterstatter äussern sich über die Einstellung der Arbeiter. Ihren Berichten muss man entnehmen, dass von einem Erstarren des Widerstandes in den Betrieben noch keine Rede sein kann, nicht zuletzt, weil die Militarisierung und das Terrorregiment in den Betrieben einen früher unvorstellbaren Grad erreicht hat.

**Westdeutschland, 1. Bericht:** Ich bin Antifaschist, immer gewerkschaftlich organisiert gewesen und habe nie einer politischen Partei angehört. Bei den Wahlen vor Hitler habe ich teils kommunistisch, teils sozialdemokratisch gewählt. Heute bin ich Zwangsmittglied der DAF. Bei meiner Firma arbeite ich seit 12 Jahren. In meiner 37-jährigen Berufszeit habe ich eine solche Zeit wie die heutige noch nicht mitgemacht. Alle Rechte sind verloren. Man steht ständig unter Aufsicht, darf sich nicht beschweren, nichts sagen, muss alles schlucken, wenn man nicht verhaftet werden will. Bei uns regiert das Militär. Es wird Tag und Nacht gearbeitet und das alles zum selben Lohn. Ich möchte aus meinem Beruf heraus, aber Göring hat den Berufswechsel ebenso verboten wie den Wechsel des Arbeitsplatzes.

In unserem Beruf herrscht allgemein Unzufriedenheit wegen des Lohnes, wegen der sozialen Zustände überhaupt, und wegen der unzähligen Polizeischikanen.

Was nach Hitler kommt, weiss ich nicht, wahrscheinlich die Demokratie wie früher. Den Kommunismus lehne ich ab; obwohl ich früher mehrere Male kommunistisch gewählt habe. Heute sehe ich klar, dass Kommunismus dasselbe ist wie Hitler. Hitler aber wird an Moskau selbst mit kaputtgehen. England und Frankreich werden bestimmen, was nach dem Kriege kommt.

2. Bericht: (Niederschrift über ein Gespräch mit einem ...Arbeiter).

*Frage:* „Wie sind die Arbeitsverhältnisse?“

*Antwort:* „Sie gleichen denen im letzten Weltkrieg, mit der Ausnahme, dass die Militarisierung in unserem Beruf jetzt vollständig ist. Von Tarifen, Ueberstundenbezahlung ist keine Rede mehr. Der Unternehmer beherrscht in allem die Situation. Man ist ihm völlig ausgeliefert.“

*Frage:* „Wie denkt die Arbeiterschaft über den Krieg?“

*Antwort:* „Dass der Krieg kommen würde, war den meisten seit langem klar. Es herrschte bereits im Vorjahre anlässlich der tschechoslowak'schen Sache die Meinung, dass

24

Hitler entweder den Krieg machen müsste, oder dass er scheitern würde. Die Arbeiterschaft verurteilt mit geringen Ausnahmen Hitler und diejenigen, die für diesen Krieg verantwortlich sind. Sie wartet auf die Niederlage der Nazis; von Begeisterung ist keine Spur in Deutschland zu finden. Die Niederlage wird den Sturz Hitlers bedeuten. Darüber sind sich alle einig."

*Frage:* „Welche Strömungen machen sich innerhalb der Opposition bemerkbar?“

*Antwort:* „In der... merkt man wenig von einer Opposition. Der Kommunismus wird mit dem Nazismus in einen Topf geworfen. Niemand verteidigt die Moskauer, ausser den Nazis, die früher in der KPD und im „Roten Frontkämpferbund“ waren.“

*Frage:* „Was ist die Meinung der Arbeiter über den Pakt mit der Sowjetunion?“

*Antwort:* „Die Arbeiter verstehen das ganze überhaupt nicht. Einige Meinungen gehen dahin, dass sich Hitler durch den Pakt eine Galgenfrist erkaufte hat, dass er aber nicht mehr aus der Schlinge herauskommen wird. Ohne Moskau wäre die Sache nur schneller erledigt gewesen. Vielleicht wäre sogar der Krieg überhaupt vermieden worden.“

*Frage:* „Wie steht es mit der Lebensmittel- und Kleidungsfrage?“

*Antwort:* „Alles geht nach Karte, soweit der Vorrat reicht. Viele Lebensmittel sind trotz Karten nicht zu haben. Die Qualität der Waren lässt nach. Kleidung ist nicht immer zu erhalten. Sie soll angeblich in erster Linie für den Winter aufgespart werden. Es herrscht Oelmangel für Maschinen aller Art. Die Kohlenversorgung für Süddeutschland und Oesterreich ist stark gefährdet.“

*Frage:* „Wie ist die Allgemeinstimmung?“

*Antwort:* „Der Bürger ersehnt den Frieden, weil er nie an einen grossen Krieg geglaubt hat. Man hat das Volk falsch unterrichtet. Die Gesamtstimmung ist ängstlich und deprimiert. Englische Flugblätter sind über dem Ruhrgebiet abgeworfen und von der Bevölkerung aufgenommen worden. Die Äusserungen darüber sind sehr zurückhaltend. Schulkinder müssen die Flugblätter aufsammeln und in der Schule abliefern.“

*Frage:* „Wie denkst Du über den Ausgang des Krieges?“

*Antwort:* „Ich hasse den Krieg, aber er musste kommen, weil die Nazis keinen anderen Ausweg hatten. Hitler wird diesen Krieg verlieren und die Nazis werden gestürzt werden. Es ist nur ein Jammer, dass die Arbeiterschaft wieder die meisten Opfer bringen muss.“

*Frage:* „Welches Bild machst Du Dir über das neue Deutschland?“

*Antwort:* „Ich weiss mir kein genaues Bild zu machen. Ich denke, das frühere System wäre gut.“

**Berlin:** Die Vermutung, dass sich mit Kriegsausbruch die Arbeiter stärker gegen den Lohnabbau wehren würden, stellt sich bisher als irrig heraus. Jeder ist vielmehr froh, wenn er erreicht, als unabhkömmlich klassifiziert zu werden. Ausserdem hat er als Rüstungsarbeiter immer noch bessere Ernährung als die anderen Arbeiter. Zur Zeit gibt es nur die eine Parole: „Bloss nicht an die Westfront!“ Davor hat jeder Angst. Es mehren sich sogar schon die Fälle, wo sich Arbeiter freiwillig zu den Landeschützen melden, weil sie hoffen, dann den Krieg als Feldpolizei in Polen verbringen zu können.

## 6) Der Propagandakrieg

Gleich zu Beginn des Krieges wurde das Abhören ausländischer Sender unter Strafe gestellt. (Zuchthaus-, in leichteren Fällen Gefängnisstrafen). Die Weiterverbreitung so empfangener Nachrichten wurde mit Zuchtausstrafe, in schweren Fällen mit Todesstrafe bedroht. Trotzdem werden die ausländischen Sendungen abgehört. Darüber wird uns berichtet:

**Südwestdeutschland, 1. Bericht:** Das strenge Verbot, ausländische Sender abzuhören, wird nur in den wenigsten Fällen beachtet. So wurde einwandfrei beobachtet, dass führende Nazis Mittags jeweils die Schweizer Sender abhören. Ich komme zu vielen Leuten, die mir auf Grund unserer jahrelangen Bekanntschaft Vertrauen schenken. Diese erzählen mir dann oft, dass sie aus bestimmter Quelle dies und jenes gehört hätten und da ich ja auch zu den Hörern gehöre, kann ich immer feststellen, dass diese Neuigkeiten der Leute „aus bestimmter Quelle“ immer von den Auslandssendern stammen. Ich nehme natürlich diese Mitteilungen als wirkliche Neuigkeiten entgegen und hüte mich, erkennen zu lassen, dass ich ihre Quelle kenne.

Mit dem Abhören der Auslandssender muss man allerdings ungeheuer vorsichtig sein, denn es gibt Nachbarn, die einen gern reinlegen möchten. Wir haben auch einen solchen Lumpen in der Nachbarschaft, von dem die Bevölkerung sagt, dass er von der Polizei angestellt sei. Letzte Woche lungerte der Bursche wieder mal in einem Nachbarhofe herum und da passierte es ihm, dass er unvermutet den Inhalt eines Nachtopfes auf den Kopf bekam. Der Bursche verschwand

26

dann, ohne auch nur einen Ton von sich zu geben. Nun ist dieser Lump seit ein paar Tagen zum Blockwart des Luftschutzes ernannt worden. Er hat jetzt also das Recht, jederzeit in den Höfen der Mietshäuser herumschnüffeln zu dürfen, um nachzusehen, ob auch die Verdunkelung klappt.

Von grosser Wichtigkeit ist, dass die ausländischen Sender sich immer genau an die Wahrheit halten. Der Strassburger Sender hat z. B. am 25. September bei der Bekanntgabe der Warenmengen, die auf Lebensmittelkarten abzugeben sind, genau nach der Wahrheit berichtet. Dann aber brachte er starke Uebertreibungen. So teilte er mit, dass man pro Person nur noch fünfzig Gramm Fett in der Woche erhalte und dieses Fett rieche nach Petroleum und es seien schon ganze Familien davon krank geworden. Da ja nun sehr viele Leute die Strassburger Nachrichten hören und diese Leute alles mit dem Fett, das angeblich nach Petroleum rieche, kochen und braten müssen, wirkt es abtossend, wenn sie solche Uebertreibungen hören müssen. Es entsteht dadurch die Gefahr, dass sie auch die wahren Nachrichten schliesslich nicht mehr glauben.

Ferner dürften einzelne Sprecher am Strassburger Sender bei den deutschen Nachrichten etwas langsamer und betonter reden. Manche Sprecher machen geradezu Galopparbeit. Darunter leidet ungemein der Abhörer.

2. *Bericht:* Dass der Tod von Otto Wels überall bei uns bekannt geworden ist, ist zugleich ein Beweis für die Tatsache, dass trotz aller Verbote doch grössere Teile des Volkes die ausländischen Sender einstellen. Denn in den deutschen Zeitungen stand kein Wort davon.

Der Londoner Sender wird seit einiger Zeit stark gestört, so dass man ihn kaum noch versteht. Kann nicht stärker gesandt werden?

Gestern wurde ich von einem Intellektuellen darauf aufmerksam gemacht, ich solle mal abends die deutschen Sendungen im Radio hören und nachher gleich die deutschen Sendungen in französischer Sprache und ich würde dann sicher staunen, welche Unterschiede zwischen den beiden deutschen Mitteilungen bestehen würden. Den Franzosen könne man anscheinend doch nicht alles erzählen, was man dem deutschen Volke vormache.

**Rheinland-Westfalen:** Der Strassburger und auch der Londoner Sender tragen sehr dazu bei, dass die Arbeiter etwas klar sehen können. Trotz der Gefährlichkeit des Abhörens hören viele die Sender. Man kann das aus den Unterhaltungen entnehmen.

**Berlin:** In Berlin weiss man vom Tode Otto Wels' durch den englischen Sender. Die deutschsprachigen Berichte wer-

den noch immer und mit grösstem Interesse abgehört. Den Nachruf auf General von Fritsch fand man besonders geschickt, weil niemand daran glaubt, dass Fritsch wirklich an der Front gefallen ist. Ebenso anerkennend spricht man sich über eine bereits mehrmals wiederholte Textzusammenstellung und Kommentierung von Hitlerreden aus, die unter dem Titel: „Hitler theoretisch und praktisch“ ausgesendet wurde.

Es wird auch schon über die ersten Verhaftungen wegen Abhörens ausländischer Sendungen berichtet:

**Süddeutschland:** Wegen Abhörens eines ausländischen Senders wurde vorige Woche in X. ein Einwohner festgenommen. Nachbarn hatten bemerkt, dass der Festgenommene wiederholt englische Sender eingestellt hatte, und dies dann zur Anzeige gebracht. Der Festgenommene wurde dem Schnellrichter zugeführt und der schuftige Denunziant bekommt für die Anzeige die üblichen fünf Mark Belohnung.

Die Radiohändler müssen übrigens jeden Verkauf eines Apparates notieren und ganz genau Namen, Strasse und Hausnummer des Käufers aufnehmen. Diese Käuferadressen haben sie von Zeit zu Zeit der Polizeiverwaltung mitzuteilen.

**Westdeutschland:** In A. ist es mit der Radioüberwachung besonders schlimm. Ein Beamter und seine Frau sind vor 14 Tagen verhaftet worden, weil sie angeblich französische Sender abgehört haben.

Ueber den *Abwurf von Flugblättern durch englische Flieger* liegen bisher nur zwei Berichte vor:

**Süddeutschland:** Die Flugblätter der englischen Flugzeuge wurden bis jetzt nur in Norddeutschland abgeworfen. Im Volke erzählt man, dass diese Flugblätter in grossem Umfange von Hand zu Hand gehen.

In X. sind vor 14 Tagen auch Flugblätter abgeworfen worden. Die Luftschutzwarte mussten dann von Haus zu Haus nachfragen, ob solche Flugblätter aufgefunden worden wären. Die Leute wurden unter Androhung schwerster Strafen angehalten, etwaige Flugblätter abzuliefern.

**Rheinland:** In Köln sind zweimal Flugblätter durch englische Flugzeuge abgeworfen und auch von vielen gelesen worden. Die Flugblätter haben gewirkt.

Das Regime hält auch bereits *Gegenaktionen* für notwendig, die die Wirkung der ausländischen Propaganda paralysieren sollen. So wird berichtet:

**Süddeutschland, 1. Bericht:** Den von Flugzeugen abgeworfenen Flugblättern der Engländer setzen jetzt die Nazis eine

Gegenaktion entgegn. Zur Zeit werden jede Woche frische Plakate angeschlagen. In diesen Plakaten wird nur von der beabsichtigten Zerstückelung Deutschlands, von der Welt-herrschaft der Engländer usw. gesprochen. Danach sollen die Westmächte folgende Kriegsziele haben:

1. Wiederherstellung von Polen, wobei Danzig, Ostpreussen und das restliche Oberschlesien an Polen fallen sollen.
2. Wiederherstellung der Tschechoslowakei mit Ein-schluss des Sudetenlandes und eines Teiles von Sachsen und Schlesien.
3. Wiederherstellung von Oesterreich unter Otto von Habsburg.
4. Die katholischen Staaten Bayern, Pfalz und Rhein-land kommen zu Oesterreich.
5. Schaffung eines französischen Protektorats, das Ba-den, Württemberg und Hessen umfasst.

Auf diese Art werden alle Register der deutschen Propa-ganda gezogen. Es gibt natürlich immer wieder Leute, die auch das alles glauben und darum mit einer Verteidigung bis zum äussersten einverstanden sind.

2. *Bericht:* In den Strassen der Städte sieht man nun wie-der die bekannten Transparente meist quer über die Strasse gespannt mit den Inschriften: „Der Führer hat immer recht!“ Oder: „Führer befehl, wir folgen!“ Oder „Ein Reich, ein Volk, ein Führer!“

Die Geschäftsleute wurden angewiesen, ihre Schaufenster mit dem Bildnis Hitlers zu schmücken und entsprechende Inschriften anzubringen. Manche haben darüber nur ein Schmunzeln und sagen, es muss verdammt schlecht stehen, wenn eine solche Auflackierung notwendig ist. Aber die meisten befolgen die Anweisung, weil sie sich nicht trauen, abseits zu stehen.

**Rheinland:** Zur Zeit geht eine Versammlungswelle über die Städte und Dörfer. Sie wendet sich an die Frauen, die ihrer Unzufriedenheit mit den Zuständen sehr deutlich Ausdruck geben. Ich glaube aber, dass das alles nichts nützen wird. Hitler wird an dieser Geschichte kaputt gehen. Allerdings wird es lange dauern. Man soll sich durch die allgemeine Unzufriedenheit und die Abneigung gegen die Nazis und gegen den von ihnen heraufbeschworenen Krieg nicht in der Beurteilung der Situation beirren lassen.

# Teil A.: Nachrichten und Berichte

(Abgeschlossen am 2. Dezember 1939)

## I. DIE ALLGEMEINE SITUATION IN DEUTSCHLAND

### 1) Nach dem Münchner Attentat

Die allgemeine Stimmung in Deutschland wurde in den letzten Wochen naturgemäss von dem Attentat im Münchener Bürgerbräukeller beherrscht. Es ist nicht Aufgabe dieser Berichte, sich an dem Rätselraten darüber zu beteiligen, ob dieses Attentat von der Gestapo inszeniert oder von Gegnern Hitlers in seiner eigenen Partei versucht worden ist. Wir müssen uns darauf beschränken, die Stimmungen wiederzugeben, die das Attentat im Volke ausgelöst hat. Es sind darüber folgende Berichte eingegangen:

**Berlin:** 1. Bericht: Das Attentat war eine grössere Ueberraschung als der Russenpakt. Die Aufregung war geradezu ungeheuer. Die wildesten Gerüchte kursierten. Hitler sei selbst getötet worden, es sei gar nicht wahr, dass er bereits wieder in Berlin sei. Hess sei auch tot. Göring sei verschont geblieben, weil er nicht in München gewesen sei. Er habe sicher vorher gewusst, dass etwas losgehen sollte. Das Attentat sei von der Göringelique angestiftet worden. Es sei von den Militärs gemacht worden und viele andere Dinge mehr. Es gab fast keinen Menschen, der nicht irgendwie von der Sache aufs Tiefste aufgewühlt worden wäre. Wesentlich haben dazu die ausländischen Sender beigetragen, die vor allem in diesen Tagen sehr viel gehört wurden, insbesondere die englischen Sender.

Schliesslich setzte sich aber auch in diesem Falle die amtliche Propaganda wieder durch. Einige Tage nach dem Attentat war die Meinung ziemlich weit verbreitet, dass das Attentat tatsächlich von den Engländern gemacht worden sei. Die amtliche deutsche Propaganda hatte dabei umso leichteres Spiel, als sonst niemand imstande war, eine auch nur annähernd plausible Erklärung für das Attentat zu finden. Ich machte dann eine Reise nach dem Ruhrgebiet. In dem ausserordentlich stark besetzten Zug wurde, soweit überhaupt, eigentlich nur von diesem Attentat gesprochen. Es muss ganz objektiv gesagt werden, dass es keinen Menschen gab, der auch nur einen gewissen

ZE

Zweifel daran hatte, dass es die Engländer gewesen seien. Ich unterhielt mich mit zwei Herren, davon einer ein uniformierter Nazi. Der Nazi war geradezu fanatisch aufgeregt und er prophezeite England, dass es jetzt erfahren werde, was deutsche Flugzeuge fertigbringen könnten. Jetzt solle man einmal sehen, was der deutsche Soldat könne.

Ich selber kann mir kein Bild machen. Ich habe selbst auch keine Erklärung für das Attentat. Nur soviel kann ich sagen: Es wird nicht lange dauern und diese Sache wird ihre Folgen zeitigen. Wer es auch gewesen sein kann, das deutsche Volk fragt sich: welche Kräfte stehen hinter diesem Attentat und welche Kräfte haben es fertiggebracht, Himmlers Gestapo zu täuschen bzw. ihr zu verheimlichen, dass die Sache losgehen würde? Ich kann mich ferner nicht zu der Auffassung bekennen, dass das Attentat so etwas wie ein zweiter Reichstagsbrand gewesen sein könnte. Immerhin möchte ich noch auf einen Gesichtspunkt aufmerksam machen: Hitler wurde schon oft zu einer Entscheidung gezwungen durch irgendwelche Gewaltakte. Ob nicht das unter Umständen eine Erklärung auch für dieses Attentat bieten könnte?

Das deutsche Volk ist mehr denn jemals im Ungewissen über die Zukunft. Es ist gegen den Krieg. Es wünscht, dass er im Westen nicht in voller Stärke entbrennen möge. Es ist aber absolut hilflos und hat keinen Einfluss auf die Entwicklung. Erst wenn ganz grosse Ereignisse in diesem Krieg eintreten, wird das Volk sich rühren. Vorläufig wartet es in dumpfer Ergebenheit ab.

2. Bericht: Als die Kunde vom Münchener Attentat kam, war es für den kleinen Mann nicht ganz einfach, sich zurechtzufinden. Es hagelte ein Regen von Gerüchten, Mutmassungen, Verdächtigungen auf ihn herab, an die er bisher nicht im entferntesten gedacht hatte. Secret Service, Staatsfeinde, ja, gab es denn so etwas überhaupt noch im Dritten Reich? Und wenn der Engländer hier Bomben wirft, wie kommt er durch die Ketten der übermächtigen deutschen politischen Polizei? Was sind Staatsfeinde im geeinten Reich? Die deutsche Propaganda hat den kleinen Mann mit ihren schweren Geschützen schnell der Notwendigkeit der Beantwortung all dieser komplizierten Fragen enthoben. Dass sie sich so schnell durchsetzen konnte, lag vor allem an einem Umstand. Die Vorstellung von dem Boot, in dem alle sitzen, ist zu verbreitet und die Glaubwürdigkeit in die schon einmal erteilten Versprechen der Kriegsgegner ist zu nachhaltig erschüttert, als dass der besagte „kleine Mann“ ein Verlangen danach haben könnte, die Bombe hätte ihre Wirkung tun sollen. Andererseits sagt man sich: Ein solcher Anschlag kann doch nie alle „Führer“ auf einmal treffen und schon deshalb ist er sinnlos. Er hätte im günstigsten Falle als Folge le-

diglich eine innere Verwirrung und der Nutzniesser wäre der Feind, der Krieg wäre verloren und das Elend wäre noch viel grösser als nach Versailles; alle Anstrengungen seit 1933 wären nutzlos gewesen.

So kann man nur mit Staunen feststellen, ganz gleich wer die Bombe warf, den Erfolg ernten die Nazis. Die Hinweise der englischen Sender auf einen zweiten „Reichstagsbrand“ sind nicht durchgedrungen. Es hat sowieso nur informatorisches Interesse, wer der Täter ist. Die politische Konsequenz des Bombenwurfes ist nach unseren allgemeinen Beobachtungen eine Stärkung der Entschlossenheit und wir erkennen dadurch einmal mehr, dass es nur eine Möglichkeit gibt, diese Sachlage zu ändern: die überzeugende militärische Niederlage des Reiches.

**Rheinland-Westfalen, 1. Bericht:** Das Attentat in München hat die Bevölkerung sehr aufgewühlt. Niemand ist noch davon überzeugt, dass die Engländer die Urheber sind. Nur ist man sich nicht klar, ob die Sache von den Nazis selber angezettelt wurde, oder ob es ein „echtes“ Attentat ist. Diese Unklarheit und Unsicherheit gibt zu den wildesten Gerüchten Anlass. Mehr und mehr nimmt die Meinung zu, dass tatsächlich ein Attentat auf Hitler geplant war und dass es nur einem Zufall zu verdanken ist, wenn er mit dem Leben davon kam. Natürlich glauben tatsächlich viele an die „Vorsehung“, die Hitler das Leben gerettet habe. Aber trotzdem werden alle von einem Gefühl beherrscht: Es ist was im Werden, das Kriegsabenteuer wird zu neuen Ueberraschungen auf innerpolitischem Gebiet führen.

Die Unruhe, die durch das Attentat ausgelöst wurde, ist verstärkt durch verschiedene Verhaftungen in allen Orten und unter allen ehemals führenden politischen Kreisen. Man spricht sogar davon, dass verschiedene SA-Leute verhaftet seien. Schliesslich hat man erneut Rundfunkgeräte beschlagnahmt und oft werden die Besitzer solcher Geräte verhaftet. Dann wirft man ihnen meist vor, sie hätten ausländische Nachrichten im Gemeinschaftsempfang abgehört und weiterverbreitet.

**2. Bericht:** In der Bevölkerung, die in X. zurückgeblieben ist, hat das Attentat in München den stärksten Eindruck gemacht. Nur kann sich kaum jemand ein klares Bild von der Sache machen. Je länger das Geraune geht, umso weniger Licht kommt für das Volk in diese Angelegenheit. Nur wenige glauben wirklich an die Ergebnisse der amtlichen Untersuchung. Manche sagen sogar: „Zwanzig Minuten zu spät“. Aber natürlich nur im allervertrautesten Kreise.

Man sucht das Volk von den eigentlichen Ursachen des Anschlags dadurch abzulenken, dass man die „Kriegshetzerclique“ in Frankreich und England dafür verantwortlich macht. England habe immer mit dem Meuchelmord gearbeitet. Der Buren-

32

general de la Rey, der französische Arbeitervertreter Jean Jaurès, König Feissal von Irak, Alexander von Jugoslawien, der irakische Generalstabschef Bekr Sedky, Calinescu, der irische Patriot Casement und wer weiss wer, seien alle von englischen Agenten ermordet worden. England habe die — Vernichtung Deutschlands zu seinem Ziele gemacht und da es wisse, dass es das nicht erreichen könne, solange Hitler lebe, so habe es jetzt seine Agenten beauftragt, ihn durch ein Attentat zu beseitigen.

Diese propagandistische Ausschlichtung des Attentats macht leider einen gewissen Eindruck auf die grosse Masse. Jedoch fragen sich viele bereits, wie es möglich sein konnte, dass englische Agenten bis in den Bürgerbräukeller vordringen konnten, ohne dass sie von der Gestapo gefasst wurden. Dann müsse die Gestapo doch wohl nicht so stark sein. So geht das Rätselraten im Volke um und schafft mehr und mehr eine Atmosphäre, bei der man jede Stunde auf neue Ueberraschungen gefasst ist.

3. *Bericht:* (Aus einem Bergbaubetrieb). Das Münchener Attentat hat ungeheuere Aufregung verursacht. In den ersten Tagen gab es eine wahre Sturmflut von Gerüchten und es wurde heftig debattiert. Viele wollten in dem Attentat den Anfang von Hitlers Ende sehen und alle wurden schon recht frech und offen. Da erfolgten, zwei Tage nach dem Anschlag, viele Verhaftungen, zunächst von Juden, dann von politischen Gegnern des Systems. Sofort wurde es wieder stiller und die Leute wurden ängstlich.

## 2) Die Wirkung der Propaganda

Die Reaktion der Bevölkerung auf das Münchener Attentat, die aus den vorstehenden Berichten hervorgeht, lässt sich nur verstehen, wenn man die Wirkungen der umfassenden amtlichen Propaganda illusionslos in Rechnung stellt. Diese Propagandawirkung hat bis jetzt durch den Krieg keine Abschwächung, sondern eher eine Steigerung erfahren. Der unpolitische Mensch, vor allem der unpolitische disziplingewohnte Deutsche sagt sich: Jetzt ist Krieg, jetzt müssen wir unserer Regierung mehr glauben als den Feinden. Deshalb haben auch die ausländischen Sendungen in deutscher Sprache und die von englischen Fliegern abgeworfenen Flugblätter bisher keine grössere Wirkung zu erzielen vermocht.

Wie stark die Wirkungen der amtlichen Propaganda heute noch sind, lassen vor allem die beiden nachstehenden Berichte aus **Berlin** erkennen:

1. *Bericht:* Das Eingehen der Bevölkerung auf die Anordnungen und Wünsche der heutigen Machthaber wurde wieder einmal anlässlich der Sammlungen für die Flüchtlinge bewiesen. Obwohl bereits die scharfe Textilrationierung durchgeführt war, musste man beobachten; dass die Kleidersammlung zum Teil ausgesprochen umfangreiche Mengen an Kleidung, Wäsche, ja sogar an Schuhwerk erbrachte. Wir haben diese Beobachtungen in zwei verschiedenen Stadtgebieten, und zwar in Arbeitervierteln gemacht! Aehnliche Erfahrungen konnte man am ersten Opfersonntag des Kriegs-Winterhilfswerkes, dem 15. Oktober machen. In den Betrieben kann sich niemand dem Druck der DAF, ein Abzeichen zu kaufen, entziehen. Anders aber könnte es auf der Strasse sein. Tatsächlich jedoch war an diesem Tage in der Stadt ein Heidenbetrieb. Dieser Betrieb kam vor allem durch die in diesem Jahr in geradezu unwahrscheinlichem Umfange dargebotenen Attraktionen zustande. Die Schau polnischer Kriegsbeute Unter den Linden, die Abgabe von Autogrammen durch Schauspieler, die öffentlichen Gastspiele der Variétébühnen auf den Strassen usw., alles jeweils gegen Kauf eines Abzeichens zu besichtigen, fanden einen immensen Zulauf.

Wenn man dies immer wieder beobachtet und damit manche kritische Stimme z. B. über die durch die Kriegssteuer verursachte Lohnkürzung vergleicht, dann ist es durchaus nicht einfach, etwas Allgemeingültiges über die Stimmung zu sagen. Wir haben viele Meinungen zu erforschen versucht, aber fast immer sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass zwar ein ewiges Schwanken zwischen Zustimmung und Kritik zu beobachten ist, dass aber schliesslich doch immer wieder die Zustimmung die Oberhand behält. Die Leute erliegen immer wieder, der amtlichen Propaganda, weil sie keine Vorstellung von dem haben, was nach dem jetzigen Regime kommen könnte. Sie lassen sich sichtlich treiben und der Verkehr in den Tanzlokalen und Vergnügungsstätten zeigt, dass das Volk längst wieder zu seinen Amusements zurückgekehrt ist. Die Leute sehen, dass die Verbindungsbahn zwischen den Berliner Fernbahnhöfen termingemäss in Betrieb genommen worden ist. Sie sehen, dass das erste grosse Bauwerk am neuen Runden Platz, das Haus des Fremdenverkehrs, trotz allem seiner Vollendung entgegengeht. Und daraus leiten sie die Folgerung ab, dass es auch auf den anderen Gebieten vorwärtsgeht. Den kritischen Stimmen, die gewiss nicht fehlen, mangelt es noch immer an politischer Kraft.

2. *Bericht:* (Aus einem Brief) Du schreibst mir von Deiner

Einstellung und Ueberzeugung. Vergleiche dies nicht mit dem, was jetzt hier ist. Wenn Menschen systematisch jahrelang für einen Weg gedrillt werden, können sie ihn auswendig und gehen ihn und lassen dann alle anderen Wege, die ihnen einmal verständlich und geläufig waren. So ist es mit unseren Menschen. Wenn Du getarnt einmal unter ihnen weilen könntest, Du würdest staunen über ihre Denkweise. Jetzt hat es scheinbar den X. gefasst. Er denkt, wie jeder Durchschnitt jetzt denkt. Seine Umgebung im Büro bearbeitet ihn und er lässt sich bearbeiten... Dies ist schrecklich, aber unabänderlich. Sechs Jahre Diktatur waren von Erfolg in jeder Beziehung und ich kann Dir nur sagen, der Deutsche kann im Grunde genommen nur so. Du siehst von dort die Dinge von der hohen Warte, wie sie nicht mehr sind.

Gestern und heute war der erste Winterhilfssonntag. Früher hätte jemand kommen sollen und fordern, dass Du oder jeder andere sich an einer Strassensammlung beteiligen sollte, es wäre abgelehnt worden. Heute reissen sie sich darum, ob es nun der Polizeipräsident oder ein bedeutender Künstler ist. Die Tatsache ist auf jeden Fall da, dass jeder, ob nun gefordert oder nicht, auf die Strasse oder sonstwohin geht, wohin Du ihn haben willst. An dieser Tatsache lässt sich nichts abstreiten. Und in der augenblicklichen Situation heisst es allgemein: Der Engländer hat den Krieg begonnen, der Engländer führt den Krieg weiter, der Engländer hat keinen Grund, Krieg zu führen. Aber aus Irrsinn und Kapitalsucht führt er den Krieg weiter und darunter haben nun Mütter und Kinder in der ganzen Welt zu leiden und zu hungern.

Die Allmacht der Propaganda ist noch ungebrochen. Sie bestimmt mehr denn je die Einstellung des Volkes zum Kriege, zu den Gegnern, zu den Bundesgenossen.

#### *a) Die Einstellung zum Krieg*

Die Nazi-Propaganda hämmert dem Volke ein, dass Deutschland unüberwindlich sei und die schnelle Niederwerfung Polens scheint ihr recht zu geben. Sie stand in den letzten Wochen vor der schwierigen Aufgabe, dem Volke klar zu machen, dass der Krieg gegen England und Frankreich bitterer Ernst ist, aber auch das scheint ihr ohne Schädigung des Ansehens der Machthaber gelungen zu sein.

**Rheinland:** In den ersten Wochen nach der Ueberwindung Polens war man in weiten Kreisen des Volkes überzeugt, dass der Krieg bald zu Ende sein würde. Es sei, so meinten viele, in Polen bewiesen worden, dass die deutsche Armee ungeheuer stark sei. Man zweifelte nicht daran, dass Frankreich sich mit der Entscheidung im Osten abfinden und England schliesslich überzeugen würde, dass eine weitere Fortsetzung des Krieges Opfer für eine Sache erfordern würde, die bereits entschieden ist.

Hitler hatte und hat sogar noch heute ungeheueres Ansehen im Volke. Das deutsche Volk hat sich, mehr als oft angenommen wird, daran gewöhnt, dass Hitler es schon machen werde. Er hatte bis jetzt immer Recht behalten und die anderen waren immer zurückgewichen. Polen war in einer Schnelligkeit überwunden worden, dass Frankreich und England doch sehen müssten, hier gebe es einfach keine Aussicht auf Widerstand. Da im allgemeinen das Volk auch den Krieg nicht will, klammerte es sich an die Hoffnung, die anderen würden doch nachgeben.

Nun geht der Krieg weiter. Die Unsicherheit in der Beurteilung der Lage wächst. Der Durchschnittsmensch erkennt immer langsamer als die kleine Schicht denkender Menschen, wie die Entwicklung gehen könnte. Die grosse Masse denkt meist so, wie die amtliche Propaganda es bestimmt, oft ohne sich dessen bewusst zu sein. Das gilt besonders jetzt, wo viele sich in einem schweren inneren Konflikt befinden, nachdem alle Hoffnungen, der Krieg würde mit der Ueberwindung Polens zu Ende sein, schwinden. Die Lösung aus diesem inneren Konflikt, aus den Zweifeln ist: Wir haben einen Schuldigen! Dieser Schuldige ist England und besonders sein Propagandaminister Churchill. Noch wollen viele daran glauben, dass England kein Recht hat, sich um Dinge im Osten Europas zu kümmern. England ginge Polen gar nichts an. Danzig und der Korridor seien Fragen gewesen, die nur Deutschland etwas angingen. Die Engländer hätten kein Recht, sich einzumischen.

Nach und nach schwindet die Hoffnung, dass es im Westen trotz allem nicht zu schweren Kämpfen kommen werde. Die Zweifel wachsen. Das wissen die Nazis ganz genau. Deshalb reden und schreiben sie täglich, diesen Krieg werde Deutschland gewinnen. England und Frankreich hätten das Angebot des Führers abgelehnt, nun würden sie sehen, was sie davon hätten. Bis jetzt hätten ja noch keine Kämpfe im Westen stattgefunden. Wenn aber die Westmächte erst einmal die Ueberlegenheit der deutschen Waffen kennenlernen würden, dann würden ihre Völker wohl anders denken.

Diese Ueberlegenheit der deutschen Waffen ist überhaupt eine wichtige Angelegenheit für das gesamte Volk. Im allgemeinen ist man sehr stolz auf die deutschen Waffen, beson-

ders auf die deutsche Artillerie und die Luftwaffe. Wunderdinge werden über die Ueberlegenheit der deutschen Waffen erzählt, und damit hat der Durchschnittsbürger wieder etwas, woran er sich klammern kann.

**Berlin:** Die grosse Masse hält Deutschlands politische Situation durchaus für günstig. Dass Italien nicht in den Krieg ging, dass die früher in Aussicht genommenen deutsch-russischen „Konsultationen“ bisher keine greifbaren Ergebnisse gehabt haben, wird dahin gedeutet, dass es ja im allgemeinen Interesse liege, eine Ausbreitung des Krieges zu verhindern. Im übrigen ist die deutsche Politik für den kleinen Mann eben erfolgreich, Punkt. Die Aussichten der deutschen Wirtschaft sieht er gerade mit Rücksicht auf die wohlwollende Neutralität Italiens und Russlands als gesichert an, seine Vorstellung entspricht dem, was durch die Presse und den Rundfunk publiziert wurde. Danach kann das Reich also in der gegenwärtigen Lage mit 23 Ländern Handel treiben, die früher 43,7 % der deutschen Einfuhr stellten und 55,8 % des deutschen Exports aufnahmen. Es fehlen dann an Rohstoffen nur Gummi, Kaffee, Kakao und Jute. Kaffee und Kakao sind nicht lebenswichtig und für Gummi und Jute müssen eben synthetische Produkte geschaffen werden. Danach bleibt der deutschen Wirtschaft nur die Aufgabe, die Transportmöglichkeiten zu organisieren und die Gegenwerte zu produzieren. Und damit ergibt sich für den Mann auf der Strasse auch die Antwort auf die englische Blockade.

Man fragt sich, wie lange wird dieser Krieg nun eigentlich gehen, der doch fast gar kein Krieg ist, denn wir merken nur eine Verschärfung der Einsparungen auf allen Lebensgebieten, die uns im Prinzip doch schon seit langem bekannt sind.

#### *b) England als Hauptfeind*

Die Aufgabe, dem Volke den Krieg gegen die Westmächte plausibel zu machen, mit dem die Machthaber selbst nicht gerechnet hatten, löst die Propaganda dadurch, dass sie England die Schuld für den Ausbruch und die Fortsetzung des Krieges zuschiebt. Auch hier bewährt sich die Methode, dieselbe Behauptung immer und immer von neuem zu wiederholen. Grosse Teile des deutschen Volkes glauben heute tatsächlich daran, dass England an allem Schuld sei.

**Berlin:** Die Argumente der Nazi-Propaganda gegen England sind allgemein aufgenommen worden und Gross-Britannien

ist heute wirklich *der* Kriegsgegner geworden. Von Frankreich glaubt man, dass es nur mit wenig Ueberzeugung ins Feld gegangen sei. Die Verluste der englischen Flotte werden, so meint man, die Vereinigten Staaten und andere Mächte davon abhalten, sich mit den Demokratien zu verbünden. Dagegen hält man es durchhaus für möglich, dass Deutschland, wenn seine Erfolge anhalten, neue Bundesgenossen finden werde.

**Sachsen:** Ein Angestellter, der den Nazis innerlich nahestand, in den letzten Jahren aber schwankte, und sich sichtlich von den Nazis entfernte, schreibt folgendes: „Wer hätte es jemals geglaubt, dass die Grenzen von 1914 in so kurzer Zeit zugunsten des Reichs wiederhergestellt sein würden. Es gab doch soviele Deutsche, die den Tag der Heimkehr ins Grossdeutsche Reich ersehnten. Aber es waren auch viele, die von den Tschechen und Polen abgeschlachtet wurden. Die Zeitungen und das Radio haben es kaum so bringen können, wie es in Wirklichkeit gewesen ist. Einfach grausam haben die Tschechen und Polen gehaust. England ist einzig und allein schuld, dass es so kommen konnte, dafür erfolgt nun jetzt die grosse Abrechnung. England wird dieses Mal das Hören und Sehen vergehen.“

#### c) *Der Pakt mit Russland*

Was eine skrupellose und erdrückende Propaganda leisten kann, zeigt sich vor allem im Falle Russland. Nachdem sich die erste Aufregung gelegt hat, tut auch in dieser Frage die systematische Bearbeitung der öffentlichen Meinung ihre Wirkung.

**Westdeutschland, 1. Bericht:** Die Umstellung gegenüber Russland wollte man in der ersten Zeit einfach nicht glauben; als sie sich dann doch bewahrheitete, wirkte sie zunächst wie eine Bombe und jetzt machen sich viele Sorgen, wohin die Sache führen könnte. Nur wenige glauben an eine wirkliche Allianz mit Russland. Am allerwenigsten die Nazis selbst. Sie meinen allerdings, wenn Russland Deutschland einmal gefährlich werden könnte, so werde man schon Mittel finden, um diese Gefahr abzuwenden. Hauptsache sei jetzt, dass Russland Rohstoffe liefere. Der Kleinbürger, der vor 1933 mit dem Schreckgespenst des Bolschewismus gewonnen worden war, ist sehr verschreckt. Er weiss nicht, was er von der neuen Freundschaft mit Russland denken soll und er klammert sich an Hitler, der schon wissen werde, was er mache. Ernsthafte bürgerliche Leute allerdings lächeln oft, wenn man mit ihnen über die russische Sache spricht. Sie glauben an keine Hilfe, oder nur an eine geringe.

Am Verrücktesten steht es bei den ehemaligen Kommunisten selbst. Sogenannte Sympathisierende sind fertig mit dem Kommunismus. Die ehemaligen Funktionäre der KPD jedoch sind nach Ueberwindung der ersten Ueberraschung nach wie vor von der Weisheit und Grösse Stalins überzeugt. Sie glauben, dass nun der Bolschewismus erst recht in Deutschland zur Macht kommen werde. Sie glauben einfach an die unüberwindliche Kraft des Bolschewismus, dem Deutschland sich nicht mehr entziehen könne.

Im allgemeinen ist durch die neue Entwicklung ein sehr grosser geistiger Wirrwarr entstanden. Die meisten Menschen sind in politischen Dingen völlig indifferent. Eines aber hat mehr oder weniger alle erfasst: eine grosse Angst vor der Zukunft.

2. *Bericht:* Die russische Ueberraschung ist im Abflauen. Viele hatten gemeint, Russland werde vielleicht Deutschland auch militärisch helfen. Andere sagten, Hitler habe Stalin hereingelegt. Es sei ein ganz grosser Erfolg gewesen, dass Hitler Stalin den Engländern rechtzeitig weggeschnappt habe. Jetzt beginnt man sich Rechenschaft darüber abzulegen, was aus der Geschichte unter Umständen werden könnte. Und es gibt bereits Leute, die meinen, der Russenpakt könnte sich vielleicht anders auswirken, als man bisher geglaubt habe.

**Berlin:** Die letzten Illusionen mancher Hitlergegner, Russland könne evtl. doch noch mit doppelten Karlen gespielt haben, sind inzwischen erloschen. Die bisherigen Ergebnisse dieser neuen Zusammenarbeit Deutschlands mit Russland haben sehr überzeugend gewirkt. Die ersten grossen Angebote deutscher Firmen an Russland sind hinausgegangen, die ersten Druckaufträge auf russische Prospekte laufen, die ersten Eingänge an russischem Schlachtvieh sind auf dem Berliner Schlachthof eingetroffen. Das alles trägt dazu bei, das Verhältnis zur Sowjetunion realpolitischer zu betrachten.

Das deutsch-russische Abkommen erscheint hier als nichts anderes als das Ergebnis einer Verhandlungskonkurrenz mit den Westmächten, aus der Deutschland als Sieger hervorgegangen ist.

#### *d) Das Vorgehen gegen Polen*

Man fragt sich im Ausland, wie kann das deutsche Volk, das angeblich den Krieg nicht will, das beispiellose Wüten des deutschen Terrors in Polen schweigend mit ansehen? Auch hierfür muss in erster Linie die deutsche Propaganda verantwortlich gemacht werden. Die beiden nachste-

henden Berichte lassen erkennen, wie sich die Vorgänge in Polen nach dieser Propaganda dem deutschen Volk darstellen müssen.

**Rheinland:** In den Versammlungen und Betriebsappellen lebt die Nazipropaganda noch immer von den „Greuelthaten in Polen“. Immer wieder wird den Massen erzählt, dass die Polen Bestien seien, die die deutschen Zivilisten in Polen zu Tausenden ermordet und die deutschen Soldaten hinterrücks beim Einmarsch erschossen hätten. Mit besonderem Nachdruck wird auch dem Volke erzählt, dass die Engländer Giftgas an Polen geliefert hätten und dass die deutsche Bevölkerung ebenfalls mit diesem Gas angegriffen werden solle. Aber die deutsche Luftwaffe werde es den Engländern schon geben. Natürlich werden auch die Märchen von den ausgestochenen Augen der Bevölkerung nicht vorenthalten. Die Bevölkerung glaubt leider zum grösssen Teil alle diese Dinge. Aber es wird nun nicht etwa der Abwehrwille allgemein gestärkt. Vielmehr steigt die Furcht vor den kommenden Ereignissen. Aber es gibt auch viele Leute, die auf die Engländer schimpfen, die an allem schuld seien.

**Berlin:** Polen ist nun erledigt. Die Berichte der deutschen Soldaten haben um ein Vielfaches das übersteigert, was die deutsche Presse und der Rundfunk über die Vorgänge in Polen berichtet hatten. Deshalb jetzt allgemeines Verständnis für das rigorose Vorgehen der deutschen Stellen in Polen. Im übrigen gewinnt man den Eindruck, dass der Wiederaufbau in Polen vonstatten geht. Die Zugverbindungen von hier nach den wichtigsten Teilen Polens sind längst in Gang, fast täglich kommen Berichte über die Ausdehnung des wiederhergestellten Verkehrsnetzes. Und wie bei den Eisenbahnen, so geht es ähnlich mit allen anderen Dingen.

e) *Die Wirkung der auslaendischen Gegenpropaganda*

Zweifellos bleibt das, was durch die Propaganda der Westmächte geschieht, um das deutsche Volk über die tatsächliche Lage aufzuklären, nicht ohne Erfolg. Die ausländischen Rundfunknachrichten werden abgehört und die von den englischen Fliegern abgeworfenen Flugblätter werden gelesen. Ein indirektes Zeugnis für die Wirksamkeit dieser Propaganda ist ein Leitartikel in der „Essener Nationalzeitung“ vom 6. November, in dem es unter der Überschrift „Der Feind spricht“ heisst:

„Einer dieser Wege, die verlogene feindliche Rundfunkpropaganda, ist durch die harte klare Energie der Reichsregierung praktisch unmöglich geworden. Wie der Soldat bedingungslos dem Befehl des Vorgesetzten folgt, weiss auch das nationalsozialistische, soldatische deutsche Volk, dass es erst recht im Kriege den Befehlen seiner Führung bedingungslos zu gehorchen hat. Und wie ein deutscher Soldat niemals einen Befehl verweigern wird, so wird auch unser Volk, dessen Söhne diese Soldaten sind, sich nach dem Verbot der Abhörnung des feindlichen Lügenrundfunks richten. So bleibt dem Angriffswillen der feindlichen Lügenpropaganda eigentlich nur der eine Weg, durch Flugblätter falsche Nachrichten auszustreuen. Mögen auch die meisten dieser motorisierten Lügenagenten von unserer hervorragenden Luftwaffe abgeschossen werden, so kann es natürlich doch hier und da einzelnen Feindflugzeugen gelingen, ihre papierene Last aus höchster Höhe über deutschem Hoheitsgebiet abzuladen. Das, so meint England, müsste aber schon genügen. Denn man rechnet dort mit einer menschlichen Eigenschaft, die nun einmal fraglos besteht, dem deutschen Mitteilungsbedürfnis. Da hat irgendein an und für sich absolut gutwilliger Deutscher ein solches Flugblatt gefunden. Er hat es nicht bei der Polizei abgeliefert, sondern es sich als Kriegsandenken aufgehoben. Nun zeigt er es einem Freunde, der es liest und das Gelesene gelegentlich wieder einem Dritten weitererzählt. Das allzumenschliche Sensationsbedürfnis, der Drang nach persönlicher Geltung kommen als neue Bundesgenossen Englands hinzu, und nun entsteht das, was man in London gewollt hat: das Gerücht!... Fahrlässige Gerüchteverbreiter sind darum Hoch- und Landesverräter. Ein zum Siege entschlossenes Volk muss mit aller Rücksichtslosigkeit gegen sie vorgehen.

Aber man darf die Wirkung dieser Gegenpropaganda nicht überschätzen. Ein Berichterstatter äussert sich betont skeptisch.

**Berlin:** Wir haben vor einiger Zeit berichtet, dass die Bevölkerung, je mehr die politische Spannung wuchs, umso mehr die ausländischen Sender abhörte, um sich zuverlässige Informationen zu verschaffen. Dass dies in grossem Umfange geschah, konnte man auch deutlich den Gesprächen der Leute über die politische Lage entnehmen. Mit dem Ausbruch des Krieges und dem Erlass der Verordnung gegen das Abhören ausländischer Sender ist aber hierin ein grundsätzlicher Wandel eingetreten. Jetzt lassen die politischen Gespräche erkennen, dass man das Abhören dieser Sender zum grossen Teil

wieder eingestellt hat. Denn jetzt vollzieht sich die Meinungsbildung bei fast allen Menschen ausschliesslich auf Grund der deutschen Nachrichten. Wenn die Zahl der Hörer fremder Sender beträchtlich zurückging, dann liegt dies aber auch nicht zuletzt an der falschen Taktik dieser Sender selbst. Es ist Unsinn, wenn am ausländischen Rundfunk erklärt wird, die deutschen Ministerien hätten die Veröffentlichung von Todesanzeigen der Gefallenen und den Angehörigen das Tragen von Trauerkleidung verboten, wenn täglich selbst der „Völkische Beobachter“ entsprechende Anzeigen bringt und im Strassenbild Kriegerwitwen in schwarzem Kleid aufzutauchen beginnen. Die Bevölkerung hat deshalb auch die von den Nazis erwünschte „Einsicht“ für die Rundfunkverordnung gezeigt. Hier spricht allerdings wohl auch der Eindruck mit, den man allgemein von der Entschlossenheit der Machthaber hat, die Gesetze mit brutaler Rücksichtslosigkeit anzuwenden.

**Norddeutschland:** Die ausländischen Radiosendungen werden verschiedenen Mitteilungen nach doch in grossem Umfange abgehört. Die Leute sind dabei äusserst vorsichtig. Allerdings sind sie auch sehr kritisch und es muss daher, soweit es irgend möglich ist, vermieden werden, falsche Mitteilungen über Angriffe auf deutsche Städte usw. zu bringen, da die Hörer ja sehr oft selbst imstande sind, diese Mitteilungen zu kontrollieren und bei Falschmeldungen natürlich den Glauben an die Zuverlässigkeit der Meldungen verlieren. Man muss eben immer wieder daran denken, dass die psychologische Einstellung in Deutschland eine ganz merkwürdige ist.

Ueber die englischen Fliegerangriffe waren die Leute ziemlich betroffen. Nach der ungeheueren Reklame, die man in Deutschland mit der Luftwaffe gemacht hatte, hielt man es für ausgeschlossen, dass englische Flieger nach Deutschland kommen könnten. Die Flugblätter, die sie abwarfen, wurden in Neumünster, Oldesloe, Segeberg, Itzehoe, Schleswig und Flensburg gefunden. Die Einwohner waren natürlich am Morgen sehr überrascht, als sie die Flugblätter auf den Strassen liegen sahen, und man sagte sich, dass die Flieger ja ebenso gut anstatt Flugblätter hätten Bomben abwerfen können. Es wurde dann auch sofort die Anordnung erlassen, dass diese Flugblätter nur von Polizei, SS und SA in Uniform und Kindern unter 10 Jahren aufgesammelt werden durften. Alle Flugblätter mussten sofort abgeliefert werden.

**Nordwestdeutschland:** Will man ausländische Stationen hören, dann tut man das meist im abgeschlossensten Winkel der Wohnung. Die österreichischen Sendungen aus Paris werden häufig abfällig kritisiert. Man vermutet die Heimweh-Oesterreicher dahinter und monarchistische Wünsche und das

spricht wenig an. Dagegen findet es viel Beifall, wenn man Hitler gegen Hitler sprechen lässt. Die englische Radiopropaganda wird allgemein günstig beurteilt.

### 3) Allgemeine Stimmungsberichte

Das Bild, das die vorstehenden Berichte von der allgemeinen Stimmung in Deutschland entrollen, wird anschaulich ergänzt durch die nachstehenden Berichte, die sich nicht in einen besonderen Zusammenhang einreihen lassen.

Der folgende *Reisebericht* einer neutralen Ausländerin ist bereits im „Neuen Vorwärts“ vom 26. November 1939 abgedruckt worden.

Ich habe meine alte Heimat nicht mehr wiedererkannt, weder die Städte, die mir einmal vertraut waren, noch die Menschen, die mir nahestanden. Das war nicht mehr Deutschland für mich, sondern ein fremdes und fast geheimnisvolles Land, mit einer Physiognomie, die verzerrt war von Unrast, Unsicherheit und Angst, ohne dass ich imstande wäre, eine genaue Definition dieser Erscheinungen zu geben.

Von der alten österreichisch-schlesischen Grenze bis nach Breslau hatte ich eine vielstündige Verspätung. Es war in den Tagen, als sehr viele Truppen von Osten nach Westen mit Geschützen und Fouragen geworfen wurden. Auf jeder kleinen Station mussten wir lange warten, um Militärzüge passieren zu lassen. Von fröhlicher Soldatenstimmung habe ich nirgendwo etwas zu sehen oder zu hören bekommen. In ziemlich verwehrten Uniformen drängte man sich auf den Bahnsteigen und versuchte an den Buffets etwas zu kaufen. Alles hatte anscheinend Hunger und Durst.

Aber noch tiefer als die Soldaten beeindruckten mich meine Mitreisenden. Zwei Bäuerinnen mit Kopftüchern, ein junger Mann, der sich in Breslau zu stellen hatte und eine städtisch gekleidete Frau in tiefer Trauer mit einem Kinde waren in meinem Abteil. Ich versuchte das stundenlange Schweigen meiner Mitreisenden durch einige gegen Polen gerichtete Bemerkungen zu brechen. Nur die beiden Bäuerinnen stimmten mit einem apathischen Kopfnicken zu. Als ich dem Kinde ein paar mitgebrachte Bonbons schenkte, sagte die Mutter: „So etwas gibt es bei uns nicht mehr.“ Man hatte offensichtlich Furcht davor, mir, der aus dem Auslande kommenden Reisenden, auch nur ein einziges Wort zu sagen, das die wahren Empfindungen verraten könnte.

lage auf den Schlachtfeldern diesen unheimlichen und bedrückenden Wartezustand beendigen wird.

**Rheinland, 1. Bericht:** Die Stimmung im Volke ist gedrückt, man möchte sagen, unsicher, unbestimmt, noch nicht ausge-reift. Spricht man vom Kriege, so steht allen der Ernst auf den Gesichtern geschrieben. Begeisterung ist nirgends zu finden. Die Aussichten des Krieges werden verschieden beurteilt. Zu den deutschen Waffen hat man im allgemeinen sehr viel Vertrauen. Diese Demonstration der riesigen Kriegsmaschine, die der Westen jetzt in ihrer ganzen Grösse sehen kann, verfehlt ihre Wirkung auf das Volk nicht. Aber man denkt auch an die ungeheueren Opfer, die der Krieg, wenn er erst in vollem Gang ist, kosten muss. Und davor haben alle Angst. So schwankt das Volk in seiner Meinung und wird so eine leichte Beute der Propaganda gegen England. Es schimpft auf die bösen Engländer, die an allem Schuld haben, und die sich überall einmischen. Aber hier und da schimpft man auch auf die Nazibonzen, die es zuweit getrieben haben und die glauben, die ganze Welt müsse nach ihrer Pfeife tanzen.

Wenn geschimpft wird, so scheidet Hitler dabei aus. Niemand denkt daran, niemand spricht es wenigstens aus, dass er an der ganzen Entwicklung die Schuld trägt. Hitler steht ausserhalb der Diskussion. Bevor das Volk ihn kritisiert, wird es erst sehr schlimm kommen müssen.

Unter der Geschäftswelt ist eine starke Misstimmung wegen der Reglementierung und Bürokratisierung. Das ganze geschäftliche Leben steht unter Druck und es gibt viel Aerger und Verdruss. Aber nur bei ganz seltenen Gelegenheiten, wenn der kleine Mann genau weiss, mit wem er es zu tun hat, kommt die Misstimmung zum Durchbruch. Sonst überwiegt die Angst vor Schwierigkeiten mit der Polizei und vor dem Konzentrationslager.

Bei den Arbeitern ist es immer dasselbe: Es wird heftig gestritten, immer mit der notwendigen Reserve und Vorsicht natürlich. Bei uns ist die Schimpferei sogar sehr stark: „Nichts zu fressen, keine Rechte, lange Arbeitszeit, keine Ueberstundenbezahlung, Kadavergehorsam. Das ist das Dritte Reich und das Ergebnis der Nazipolitik!“

Zufriedene Leute gibt es in Deutschland jetzt, ausser den Nazibonzen, nicht mehr. Die Zeiten, wo man hoffte, es würde endlich einmal ruhig werden, sind vorbei. Der allgemeine Glaube, dass der Nazismus die Rettung für Deutschland bedeutet, ist dahin. Das weiss man in Berlin sehr genau. Die Anzahl der Versammlungen und Appelle hat sich in den letzten Wochen verdoppelt. Ueberall versucht man, das Volk bei guter Laune zu erhalten.

2. Bericht: Die Stimmung unter der fast ausschliesslich katholischen Bevölkerung ist sehr gedrückt, ja geradezu ängstlich. Keine Begeisterung für den Krieg oder für „Berlin“. Am meisten wird von Luftangriffen gesprochen. Der Terror der SS ist kaum zum Aushalten. Besonderes Augenmerk hat man auf die Pfarrer, auf die Klosterschulen und auf katholische Lehrer. Die Kirche weist seit langem einen erhöhten Zulauf auf und tatsächlich sind die Katholiken das Sammelbecken der Unzufriedenheit. Gerüchte über Verhaftungen von Pfarrern wollen nicht aufhören. Besonders in den ländlichen Gemeinden herrscht dauernd ein Zustand der Beunruhigung.

Überall die Gerüchte. Sie gehen landauf, landab und sie hören nicht auf. Die Behörden führen einen verzweifelten Kampf dagegen. Alle Amtsstellen sind angewiesen, sofort gegen jeden Gerüchtemacher vorzugehen. Die Gerüchtemacherei sei ein gern angewendetes Mittel der Zermürbung und des Nervenkrieges. Grundsätzlich solle jeder nur das glauben, was er gesehen habe, oder was ihm durch amtliche Verlautbarungen bekannt geworden sei. Die Bevölkerung aber tut das genaue Gegenteil. Sie glaubt allen Gerüchten, jedoch nicht den amtlichen Verlautbarungen.

Die Kneipen sind still, wie überhaupt das ganze öffentliche Leben. Nur die Nazis führen das grosse Wort. Die Last der Ungewissheit, die Mutlosigkeit prägen sich auf den Gesichtern der Menschen aus. Man hasst alles, was nazistisch ist, allein schon aus religiösen Gründen. Die Pfarrer sind trotz allem Terror recht mutig. Im Volke werden die, die von der Gestapo verfolgt werden, als Märtyrer verehrt.

#### 4) Die Haltung des Militärs und der Industrie

Ein neutraler Geschäftsmann, der in engen geschäftlichen Beziehungen zu Deutschland stand und sechs Wochen nach Ausbruch des Krieges Gelegenheit zu einer Reise durch Deutschland hatte, bei der er mit vielen alten Geschäftsfreunden sprechen konnte, fasst seine Eindrücke über die Einstellung führender Kreise in Deutschland zum Kriege folgendermassen zusammen:

Es wäre ein Irrtum, zu glauben, dass die massgebenden Industriellenkreise und die führenden Militärs gegen den durch Hitlers Einmarsch in Polen entfesselten Krieg, vor allem aber gegen den deutsch-russischen Pakt wären. Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass gerade der deutsch-polnische Pakt stets unpopulär gewesen und die Auseinandersetzung mit Polen stets als unvermeidlich angesehen worden ist. Dass es gelun-

gen ist, sie durchzuführen, ohne dabei einen Konflikt mit Russland heraufzubeschwören, wird Hitler als grosse politische Leistung angerechnet.

Anders ist es schon mit der Einstellung zu der weiteren Behandlung der polnischen Frage. Grosse Annektionen auf Kosten ehemals polnischen Gebietes sind in ihrem Wert in Deutschland sehr umstritten. Man wollte Oberschlesien zurückhaben und man wollte den Korridor beseitigen. Sich mit einer neuen grossen polnischen Minderheit zu belasten, daran haben höchstens die ostelbischen Kreise Interesse. In den Kreisen der Industriellen würde man eine Lösung vorziehen, die Kernpolen mehr oder minder die Selbständigkeit zurückgibt, aber die wirtschaftliche Erschliessung Polens der deutschen Wirtschaft als Monopol überlässt, also eine ähnliche Regelung, wie man sie grundsätzlich für die südosteuropäischen Staaten im Auge hat.

Dass es wegen der polnischen Frage zu einem Krieg mit den Westmächten gekommen ist, wird Hitler nicht so sehr als Fehler vorgeworfen, wie man allgemein erwarten könnte. Zwar waren in der deutschen Industrie immer starke Kräfte lebendig, die sowohl zu einer deutsch-französischen Verständigung, wie schliesslich auch zu einer Verständigung mit England kommen wollten. Diese Kräfte sind auch heute noch vorhanden und sogar einflussreicher als früher. Die einseitig gegen England gerichtete Propaganda des Regimes hat zum Teil darin ihre Ursache.

Die Auseinandersetzung mit England wurde seit langem als unvermeidlich hingenommen. Deshalb haben früher führende Militärkreise immer darauf gedrungen, ein gutes Verhältnis zu Russland herzustellen. Nachdem Hitler nun den deutsch-russischen Pakt abgeschlossen hat, sehen diese Kreise in dem Krieg gegen England nur eine unvermeidliche Etappe der weiteren Entwicklung, die früher oder später doch hätte kommen müssen. Soweit in diesem Zusammenhang eine Kritik an der Politik Hitlers laut wird, geht sie eher in der Richtung, dass er die deutsch-russische Verständigung zu spät eingeleitet habe.

Es muss allerdings beachtet werden, dass es niemals eine einheitliche Auffassung der deutschen *Militärs* gegeben hat und auch heute nicht gibt. Die Gruppe frondierender Generale, die am 4. Februar 1938 kaltgestellt worden ist, forderte damals gerade die Verständigung mit Russland. Sie hat ihre Opposition auch jetzt nicht aufgegeben. Hitler hat es verstanden, die jüngere Offiziersgeneration durch ausserordentlich schnelle Beförderung fest an sein Regime zu binden. Die kaltgestellten Generale, die gewissermassen den alten Schleierkreis repräsentieren, sehen immer geringere Chancen, sich wieder durchzusetzen und können darum auch nicht mehr

auf eine grössere Gefolgschaft im Offizierskorps des deutschen Heeres rechnen. Man darf im Ausland nicht in den Fehltritten einzelner Offiziersgruppen für diese alten Generäle aus der Reichswehr für ein Zeichen einer ernsthaften Krise in der Armee anzusehen. Diese Offiziersgruppen sind zu klein und zu isoliert, um Bedeutung zu haben, solange das Regime im ganzen fest steht. Ihnen gegenüber stehen nicht nur die schnell avancierten jüngeren Generäle in der Armee, wie Reichenau usw. und die Generäle, die Göring für seinen Wirtschaftsstab herangezogen hat, sondern auch die Luftwaffe und die Flotte. Die Flotte ist durchaus mit einem Krieg gegen England einverstanden und wiegt sich in grossen Hoffnungen.

Was die *Industrie* anbetrifft, so kann man feststellen, dass gerade die Kreise, die zu Anfang dem Hitler-Regime ablehnend gegenüberstanden, jetzt eine positive Einstellung dazu haben. Man verspricht sich von dem Geschäft mit Russland auf etwas längere Sicht doch sehr viel, hatte man doch dem Hitler-Regime gerade zum Vorwurf gemacht, dass es dieses in früheren Jahren so gut eingeleitete Geschäft zerstört hat. Ebenso rechnet man immer noch damit, dass die im letzten Jahr seit dem Rumänien-Vertrag so stark aktivierte Südostpolitik erfolgreich fortgesetzt werden kann. Ernsthafte Bedenken hat, soweit ich feststellen konnte, lediglich der Zusammenbruch der auf die Türkei gesetzten Hoffnungen hervorgerufen. Man glaubt aber, dass vielleicht doch noch durch deutsche Konzessionen eine Verständigung mit der Türkei erzielt werden kann.

Man setzt in diesem Punkt vor allem auch Hoffnungen auf Italien, von dem man annimmt, dass es im Frühjahr aussenpolitisch stärker aktiv werden wird, und zwar im Sinne der alten Achsenpolitik. Es ist nach Ansicht dieser Kreise ein Irrtum zu glauben, dass die Achse liquidiert wäre. An einer Erweiterung des Konfliktes hat augenblicklich auch Deutschland kein Interesse und drängt darum keineswegs darauf, dass Italien in den Krieg eingreifen soll. Es ist jetzt viel nützlicher als Lieferant von unentbehrlichen Rohstoffen. Im Frühjahr werde aber Italien seine Forderungen präsentieren und schon dadurch eine neue Situation schaffen, in der sich erst entscheiden werde, ob es dann tatsächlich zum grossen Krieg oder doch noch zu einer Verständigung mit Deutschland und Italien kommen werde.

Auf einem ganz anderen Feld liegt die Kritik, die von den Wirtschaftskreisen gegen das Hitler-Regime wegen der Methoden der Wirtschaftsführung erhoben wird. Diese Kritik, die sich auf Bürokratismus, unrationelle Verwaltungsmethoden, kostspielige parasitäre Parteibürokratie etc. bezieht, war schon vor Ausbruch des Krieges sehr gross und ist auch

heute nicht geringer geworden. Es ist aber keine Kritik, die grundsätzlich gegen das Regime oder gar gegen seine Aussenpolitik gerichtet wäre, sondern nur gegen sogenannte Auswüchse des Regimes, die man im Laufe der Zeit zu beseitigen hofft. Uebrigens geht diese Kritik gerade von den Kreisen aus, die im Anfang Hitler am stärksten unterstützt und eigentlich erst in den Sattel gehoben haben. Von diesen Kreisen, die im Grunde genommen durch das Hitler-Regime lediglich eine Subventionierung und eine Reprivatisierung der damals unter Staatsgewalt geratenen Wirtschaft erreichen wollten, wird immer häufiger der Vorwurf des „braunen Bolschewismus“ erhoben.

Aber auch diese Kreise sind bereits zu ohnmächtig, um dem Regime irgendwie gefährlich werden zu können. Für andere und mächtige Industriellenkreise, wie vor allem Krupp, die IG und die Elektro-Industrie, sind zu grosse Vorteile mit dem Regime und seiner Wehrwirtschaftspolitik verbunden, als dass sie eine ernsthafte Fronde gegen das Regime bilden könnten, nur weil die Eingriffe der staatlichen Wirtschaftsbürokratie oft als sehr unangenehm und störend empfunden werden. Man sieht vor allem keinen Weg — und das war ja von Anfang an die Stärke des Regimes — diese unangenehmen Seiten der Naziherrschaft zu eliminieren, ohne die angenehmen Seiten gleichzeitig zu verlieren.

Natürlich geben sich die Wirtschaftskreise keinen Illusionen über die tatsächliche wirtschaftliche Schwäche Deutschlands hin. Sie glauben aber doch, dass es möglich ist, mit Hilfe Russlands und Südosteuropas bei grösster Einschränkung des Konsums kriegswichtige Zufuhren in einem Masse aufrechterhalten, dass es für die Auseinandersetzung mit dem Westen, solange sie tatsächlich auf die Westfront lokalisiert bleibt, ausreicht. Zugegeben wird dabei allerdings ohne weiteres, dass niemand in Deutschland eine genaue Vorstellung davon hat, wie sich der tatsächliche Verbrauch an Kriegsmaterial entwickeln wird, wenn der Krieg auf beiden Seiten mit vollem Einsatz aller Kräfte geführt wird. Alle Berechnungen, die darüber vorliegen, werden mehr oder weniger als statistische Spielereien betrachtet, die vor allem den einen Fehler haben, dass nicht bekannt ist, mit welchem Materialeinsatz der Gegner aufwarten wird. Man tröstet sich mit vagen Hoffnungen darauf, dass es, wie im letztem Krieg, auch diesmal gelingen wird, der jeweils auftretenden Schwierigkeiten doch immer wieder durch irgendwelche Ersatzmethoden und Einschränkungen an anderer Stelle Herr zu werden.

## II. AUS DER WIRTSCHAFT

### 1) Die Rationierung

Während im vorigen Kriege die Rationierung der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände erst etwa zwei Jahre nach Kriegsausbruch durchgeführt wurde, hat diesmal die Rationierung sofort in voller Schärfe eingesetzt.

Welche Massnahmen auf diesem Gebiet im einzelnen getroffen worden sind, muss einer späteren zusammenfassenden Darstellung vorbehalten bleiben. Hier interessieren zunächst die psychologischen Wirkungen.

Soweit aus den bisher vorliegenden Berichten allgemeine Schlüsse gezogen werden können, ist folgendes festzustellen:

1) Es scheint, dass die Nazis die Rationierungsmassnahmen mit grossem psychologischen Geschick ins Werk gesetzt haben. Sie haben zweifellos aus den Erfahrungen des letzten Krieges gelernt, dass mehr noch als der Mangel selbst die Ungerechtigkeit in der Verteilung die Gemüter erregt. Sie versuchen darüber hinaus, der Rationierung einen sozialen Anstrich zu geben. Bessergestellte Kreise werden gelegentlich absichtlich benachteiligt, während die Arbeiter durch beträchtliche Zusatzrationen für Schwer- und Schwerstarbeiter begünstigt werden.

2) Zunächst hat die sofortige Einführung der Karten und Bezugsscheine einen starken Schock ausgelöst. Aber diese Schockwirkung legte sich bald, als sich herausstellte, dass die allgemein gehegte Angst vor einer schnellen Verknappung sich als unbegründet erwies. Einmal ist die Bevölkerung schon seit langem an die Mangelerscheinungen gewöhnt. Vor allem aber vergleicht sie, wie ein Berichterstatter hervorhebt, den bestehenden Zustand nicht mit der Friedenswirtschaft, sondern mit den Verhältnissen in den letzten Jahren des Weltkrieges.

3) Wie im vorigen Kriege gibt es auch diesmal wieder beträchtliche Unterschiede in der Versorgung der einzelnen Bezirke. Es scheint, dass diese Unterschiede zum Teil bewusst herbeigeführt sind und dass offensichtlich eine Bevorzugung der grossen Städte und industriellen Zentren gegenüber dem flachen Lande stattfindet.

So entsteht der Eindruck, dass nach den ersten drei Kriegsmonaten auch auf diesem Gebiet eine psychologische Entspannung zugunsten des Regimes eingetreten ist. Naturgemäss kann diese Feststellung nur für den Augenblick gelten. Entbrennt der Krieg in voller Schärfe, so kann sich die Versorgungslage objektiv und psychologisch sehr bald ändern. Aber auch wenn der gegenwärtige Zustand lange Zeit anhält, können erhöhte Schwierigkeiten und eine entsprechende psychologische Reaktion nicht ausbleiben. Mit diesem Vorbehalt seien die nachstehenden Berichte wiedergegeben:

**Südwestdeutschland, 1. Bericht:** Im allgemeinen ist die Stimmung nicht rosig, besonders seit Sonntag, den 26. August, als ganz plötzlich jede Familie die Ausweiskarte für den Bezug von Lebensmitteln durch freiwillige Helfer, Beamte und Lehrer ins Haus gebracht bekam.

Auch die Bezugsscheine für Textil- und Schuhwaren haben viel Aufsehen verursacht. Ihre Bewilligung wird ganz unterschiedlich behandelt, je nach der Einstellung der Beamten. Ich kenne Fälle, in denen die Bezugsscheine für die gewünschten zwei oder drei Hemden, Unterhosen oder Socken auch Arbeitern oder Arbeiterinnen ohne weiteres bewilligt wurden, während andere nichts bekamen oder nur einen Teil des Gewünschten. Aber mit dem Bezugsschein ist es noch nicht getan. Kommt man damit in einen Laden, dann ist es völlig unsicher, ob die Ware vorhanden ist. So kommt es vor, dass jemand zwar Bezugsscheine für zwei Hemden und zwei Unterhosen hat, aber nur die Unterhosen bekommt, weil Hemden nirgends aufzutreiben sind.

Ab 1. Oktober gibt es die Einheitsmargarine, die die bisherigen Sorten Spitzen-, Mittel und Konsummargarine ersetzen soll. Die Hausfrauen, die bisher die billige Konsummargarine bezogen haben, sagen: es bekommen jetzt alle die gleiche Margarine, aber wir müssen dafür anstatt 63 Pfennige, wie bisher, 98 Pfennige bezahlen. Die neue Margarine führt den schönen Namen Tafel-

margarine. In der Erfindung schöner Namen sind die Nazis Meister. So heisst in den amtlichen Bekanntgaben die Magermilch, auf die wir jetzt allein angewiesen sind, entrahmte Frischmilch.

Bis zum 25. September war der Bezug der Eier frei. Es gab dafür keine Lebensmittelkarten. Es scheint aber, dass die Hühner streiken, denn seit Kriegsbeginn gibt es überhaupt keine Eier mehr, auch nicht bei uns in Süddeutschland.

Versuche zu hamstern, sind zwecklos, erstens weil bei den Bauern seit Jahren alles bis zum Aeussersten erfasst ist und zweitens weil die Bauern durch die überaus scharfe Bestrafung abgeschreckt werden.

Bekanntlich ist das Autofahren nur erlaubt, wenn der Nachweis erbracht wird, dass die Fahrten staatspolitisch wichtig sind. Das trifft selbstverständlich stets für die Dienstfahrten von Parteibonzen zu oder für Fahrten in ihrem Interesse. Ein Bauernmeister, der ein prominentes Parteimitglied ist und den Neubau eines Ortsbauernführers in der Nachbarschaft übernommen hatte, hat Benzinkarten, die anderen Bauunternehmern verweigert wurden, für vorläufig vier Wochen erhalten. Das hat bei den übrigen Handwerkern böses Blut gemacht.

*2. Bericht:* Dem Besitzer einer grösseren Speisewirtschaft in M., der einen Bezugsschein für 250 Kilo Fleisch für Oktober erhalten hatte, erklärte der Metzgermeister, der ihm bisher geliefert hatte, er könne ihm höchstens 100 Kilo liefern. Als der Gastwirt jammerte, antwortete ihm der Metzger, er solle froh sein, dass er noch zwei Zentner bekäme, im November gäbe es nicht einmal die Hälfte davon.

In den Wirtschaften wird jetzt streng darauf geachtet, dass jeder Gast seine Fleisch- und Brotmarke abgibt. Dadurch wird natürlich der Umsatz sehr beeinträchtigt, denn die Leute ziehen es vor, zu Hause zu essen, wo ihnen dann bei den ohnehin äusserst knappen Rationen jeder Abschnitt fehlt, der in der Gastwirtschaft abgegeben wurde.

Obwohl die Obsternte nicht gerade schlecht ist, sind die Preise für Tafelobst stark gestiegen und heute schon für Arbeiter unerschwinglich.

**Sachsen, 1. Bericht:** Da es bei uns viel Metallindustrie gibt, hat fast jede Familie mindestens einen Schwer- oder einen Schwerstarbeiter. Die Leute leiden deshalb relativ wenig unter der Knappheit der Rationen. Es wird trotzdem viel gehamstert. Seit einigen Tagen sind Bahnkontrollen eingeführt. Sie amtieren von Sonnabendmittag bis Sonntag nachts, weil die Leute am Wochenende zu Hunderten aufs Land strömen. Jeder bemüht sich, einen Bauern zu finden, der etwas abgibt. Viele Leute haben auch Verwandte in den Landorten des Erzgebirges.

Die Säuglingssterblichkeit ist stark gestiegen; man führt das auf die knappen Milchrationen zurück.

2. *Bericht:* Während der dunklen Nächte werden auf den Feldern vielfach Kartoffeln und Kraut gestohlen. Die Leute verschaffen sich auf diese Weise Futter für ihre Kaninchen, deren Zucht ursprünglich amtlich gefördert worden war.

Es ist plötzlich eine Stockung in der Versorgung mit frischen Fischen eingetreten. Nach dem Vogtland kommen jetzt die Fischsendungen aus Cuxhaven oder Bremerhaven, die früher fast täglich ankamen, nur alle acht bis zehn Tage.

Es herrscht grosser Mangel an Frischgemüse; er wird auf das Fehlen von Arbeitskräften zurückgeführt.

3. *Bericht:* Die Einführung der Lebensmittelrationierung hat heftiges Misstrauen gegen die Nazis zur Folge. Die Leute wundern sich, dass nach den Abmachungen mit Russland noch soviel Einschränkungen notwendig sind. Trotzdem kann aber keine Rede davon sein, dass das Prestige Hitlers dadurch gelitten hätte.

**Berlin, 1. Bericht:** In der ersten Zeit nach Ausbruch des Krieges gab es zahlreiche Stockungen in der Versorgung, die eine gewisse Unruhe mit sich brachten. Sie waren aber wohl in der Hauptsache durch Transportschwierigkeiten und nicht durch absoluten Mangel verursacht. Inzwischen sind diese Schwierigkeiten durch die Schaffung von sogenannten Fahrbereitschaften für den Nahverkehr verhältnismässig schnell behoben worden. Bereits am 6. September wurde z. B. für das Gebiet Berlins eine Zentraleitung für die acht Fahrbereitschaften in den Bezirken und eine Sonderfahrbereitschaft für die Vieh- und Fleischtransporte eingesetzt. Der Wettlauf zu den Läden der Schlächter flaute alsbald ab. Ferner erging eine Bestimmung, dass Lebensmittelgeschäfte zur Versorgung der spät von der Arbeitsstelle kommenden Käufer bis 20 Uhr offen gehalten werden dürften. Sie brauchte bisher jedoch kaum angewendet zu werden. Wir haben in einem proletarischen Stadtviertel bemerkt, dass von 25 kleinen Lebensmittelgeschäften nur zwei bis 20 Uhr geöffnet waren.

Auf Grund dieser allgemeinen Erfahrungen ist eine gewisse Beruhigung der Käuferschichten eingetreten. Der stimmungsmässige Ausdruck dieser Tatsache ist nicht zu verkennen. Beachtlich für die Versorgungslage ist vor allem auch die unerwartet grosse Kohleanfuhr nach Berlin. Die Lager sind zum Teil sogar vergrössert worden. Da unter dem Eindruck der vorjährigen vorübergehenden Kohlenverknappung viele Verbraucher sich während der Sommermonate in grösserem Umfange als bisher üblich ihren Winterbedarf an Kohle zu billigen Sommerpreisen einlagerten, darf man wohl bei der strengen Ra-

tionierung der Brennstoffe (die zu liefernden Mengen stehen allerdings noch nicht fest) mit einer ausreichenden Versorgung während der Wintermonate rechnen. Die bereits eingetretenen Erleichterungen in der Rationierung des Schuhwerks und der Spinnstoffe lassen die Lage ebenfalls erträglicher erscheinen.

Wir beobachten, dass die Zuteilung von Bezugsscheinen für Spinnstoffe und alle anderen Artikel grosszügig gehandhabt wird und auch die Auswahl der Waren den Wünschen der Verbraucher entsprechend möglich ist. Für Einzelkonsumenten und Grossverbraucher bestehen nicht nur getrennte Antragsstellen, sondern es werden auch bei der Zuteilung sehr unterschiedliche Massstäbe angelegt. Betriebe werden mit ihren Anträgen sehr häufig abschlägig beschieden. So sind Anträge von Unternehmern auf Decken, Kissen usw. für die Luftschutzwachen in den Betrieben glatt abgelehnt worden; eine Zuteilung für Seife erfolgt nur für Arbeitskräfte, die tatsächlich sehr schmutzige Arbeit verrichten, die Seifenzuteilung für kaufmännische Kräfte ist überhaupt eingestellt worden.

Der Einzelkonsument dagegen erhält seine in Grenzen gehaltenen Anträge bewilligt. Aber die Praxis der Zuteilung bemüht sich, der Sache einen sozialen Anstrich zu geben (was das Regime selbst dann als sozialistisch bezeichnet). Bei einer Bezugsscheinstelle des Berliner Westens erschien z. B. eine Frau mit einer Liste von Kleidungsstücken usw., die sie beantragen wollte. Modische Kleidung und reichlich vorhandene Schmuckstücke deuteten darauf hin, dass der Bedarf der Dame nicht allzu dringlich sein konnte. Die Frau trug einen modernen weißen Flauschmantel und wollte u. a. auch einen Mantel beantragen. Ihre sämtlichen Anträge wurden mit der Begründung abgelehnt, dass auf Grund ihres Aeusseren eine Dringlichkeit der Anschaffung nicht vermutet werden könne. Wenn sie ihre Behauptung aufrechterhalte, müsse vor der Zuteilung eine Prüfung ihres Haushalts erfolgen. Die Frau zog ihre sämtlichen Anträge zurück. Es lässt sich begreifen, dass die kleinen Leute, die diesem Vorgang beiwohnten, die Entscheidung beifällig aufnehmen. Gerüchtweise verlautet übrigens, dass künftig in Zweifelsfällen vor der Zuteilung von Bezugsscheinen das Urteil der NS-Hausfunktionäre eingeholt werden würde.

Einen anderen bezeichnenden Zwischenfall konnten wir an einem Konfitürenstand eines Berliner Warenhauses beobachten. Dort bemängelte eine Frau die Beschaffenheit einer ihr verkauften Tafel Schokolade, die einen grauen Beschlag aufwies, wie es im Sommer häufig vorkommt. In die lebhaften Auseinandersetzungen mit den Verkäufern mischten sich andere Kunden ein, die zum Schluss die polizeiliche Feststellung der Käuferin veranlassten. Ein ähnliches Verhalten der Bevölkerung ist häufiger zu beobachten.

Zusammenfassend muss also zum Punkt Rationierung gesagt

werden, dass die Bevölkerung zwar in Erinnerung an die Erfahrungen des Weltkrieges zunächst schockiert war, dass sie sich jedoch überzeugen liess, dass eine seit langem sorgfältig vorbereitete Organisation sich ausspiele. Die Bevölkerung glaubt, dass Vorräte vorhanden sein müssen, die Rationierung also nur aus Vorsorge vorgenommen werde, und passt sich den gegebenen Verhältnissen schnell an.

Diese Gesamtstimmung schliesst nicht aus, dass sich das Bestreben bemerkbar macht, Verdienste und Ersparnisse in gewissem Umfang in dauerhaften Waren anzulegen. Man kauft z. B. Nähmaschinen, Rundfunkapparate usw., wird jedoch in der Regel nur nach langen Fristen beliefert. Es scheint aber, dass die Käufer solcher Artikel nicht so sehr aus Sorge vor einer Geldentwertung handeln. Man rechnet vielmehr mit einem weiteren Rückgang der Konsumgüterproduktion und will sich deshalb vorher eindecken. Aber man verbindet damit keine politischen Perspektiven.

2. *Bericht:* Die Leute haben sich inzwischen weitgehend mit der Rationierung abgefunden. Das Verfahren hat sich eingespielt und dadurch ist die Zuversicht erneut gestärkt worden. Es fehlt nicht an gelegentlichen Schwierigkeiten z. B. bei der Verteilung des Geflügels, der Fische und Räucherwaren. Anscheinend aber verfügen die Nazis über eine gute Einfühlungsfähigkeit und schnelles Anpassungsvermögen an neue Erfordernisse.

Durch neue verbindliche Kundeneintragungen wurde die Verteilung in der klarsten Form geregelt. Durch Zuwendungen an die Kleingärtner sind gewisse Möglichkeiten einer kleinen Eigenproduktion an Eiern und Geflügel entwickelt worden. Am 14. Oktober wurde verkündet, dass in sämtlichen Stadtbezirken gemäss den Erfordernissen der Interessenten sofort Kleingartenstellen erschlossen und zinslose Darlehen bis zu 300 RMk an die Kleingärtner, in bestimmten Fällen sogar über diese Summe hinaus, bis zur Hälfte der entstehenden Unkosten gewährt werden. Sicherlich schaffen solche Massnahmen nicht über Nacht eine Entlastung des Lebensmittelmarktes, vermutlich auch nicht einmal in Zukunft. Nicht zu verkennen aber ist die psychologische Wirkung auf die Bevölkerung, die durch solche Massnahmen bewirkt und erreicht wird.

Die Amtsstellen geben sich grosse Mühe, um jene Gerechtigkeit und Gleichheit der Versorgung durchzuführen, auf die hier anscheinend alles ankommt, vielleicht mehr als auf die ausreichende Versorgung selbst. Die Leute fordern nicht bestimmte Mengen, sondern eine gleichmässige Verteilung an alle, wie überhaupt ein gleichmässiges Eingehen auf die allgemeinen Erfordernisse.

Wo das Regime mit seinen Anweisungen nicht durchkommt,

wird drakonisch gestraft und auch auf diese Weise wird das Vertrauen immer wieder belebt. Als Beispiel sei die Versorgung der Speiselokale angeführt. Die Restaurateure hatten den Versuch gemacht, sich über das Versorgungsschema hinwegzusetzen. Jetzt hat sich die Fachgruppe Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe der Sache bemächtigt und wacht mit peinlicher Sorgfalt darüber, dass der Gast z. B. die Fleischportionen, die er zu beanspruchen hat, mit korrektem Gewicht erhält. Natürlich versuchten die Gastwirte irgendwie, etwas dabei herauszuschinden. Dies führte zu Eingriffen und zu Ordnungsstrafen. Kleine, aber deswegen von der Bevölkerung nicht minder beachtete Hinweise erschienen in der Presse, dass die Gaststätten-Inhaber da und dort mit Geldstrafen von 100, 500 und auch 1.000 RMk. bedacht worden sind.

Da aber der Erfolg anscheinend noch nicht entsprechend war, kam der entscheidende Schlag, der unverkennbar eine nachhaltige Wirkung auslöste. Der Hotelbesitzer Elschner (Hotelbetrieb Excelsior am Anhalter Bahnhof, einer der grössten Berlins) wurde vom Reichskommissar für die Preisbildung in eine Ordnungsstrafe von 300.000 RMk genommen, weil er mit seinem Betrieb „erheblich gegen Preis- und Kriegswirtschaftsverordnungen“ versties. Gegen zwei weitere damit verwickelte Personen wurde auf Geldstrafe von je 15.000 RMk erkannt.

Die grössten Beschränkungen werden dem Verbraucher durch die Verteilung von Fetten auferlegt. Sie wird durch Bewirtschaftung von Brotaufstrichmitteln ergänzt, nach der nur noch Mehrfrucht- und gemischte Marmeladen, Apfelnachpressgelee, Apfelkraut und Rübenkraut hergestellt werden dürfen. Die Verwendung von Streckungsmitteln und Ersatzstoffen wie Süsstoff usw. ist ausdrücklich verboten. Als Verpackung ist anstelle der herkömmlich benutzten Blecheimer ein geeignetes Holzgefäss zugelassen.

3. *Bericht:* Es darf nicht vergessen werden, dass die Leute die Verhältnisse unter einem schiefen Gesichtswinkel betrachten und deshalb auch zu den eigenartigsten Ergebnissen kommen. Für den Vergleich mit dem jetzigen Leben der Einschränkungen zieht man nämlich nicht eine normale Wirtschaft mit allen ihren Freiheiten heran, sondern — dafür ist man ja schliesslich im Krieg — man nimmt als Vergleichsbasis die Jahre 1917 und 1918 mit all ihrem Elend und deren Hoffnungslosigkeit. Wenn aber die Leute davon ausgehen, dann ist es kein Wunder, wenn sie jetzt „alles nicht so schlimm“ finden und jede kleine Verbesserung mit einem grossen Atempolser begrüßen.

So haben z. B. die Aenderungen in der Fettversorgung psychologisch recht günstig gewirkt. Dabei ist die Gesamtmenge an Fett unverändert geblieben. Aber es wird mit Genugtuung vermerkt, dass jetzt die Butterration auf Kosten der Margarinemen-

gen vergrößert worden ist. Die Bevölkerung erinnert sich nämlich aus dem Weltkriege daran, dass es damals fast ausschliesslich Margarine gab. Oder, wenn nach langer Unterbrechung in der Versorgung mit Schokoladen und Süßwaren jetzt begrenzte Mengen davon zugeteilt werden, dann wird auch das als Verbesserung empfunden. Die Stimmung ist also entschieden günstiger, als man vermuten sollte.

Es fehlt allerdings auch nicht an anderen Symptomen für die Anwendung der „Erfahrungen“ aus dem Weltkriege. Das gilt z. B. von der Angst vor einer Geldentwertung. Mein Buchhändler erzählte mir neulich, dass dieser Tage ein Mann bei ihm erschienen sei, der sonst nie bei ihm gekauft habe und ihm den Auftrag gegeben habe, ihm für 200 Mark eine kleine Bibliothek zusammenzustellen. Befragt nach seinen Interessen, erklärte dieser komische Kunde, er habe zu Büchern keine Beziehungen gehabt, er wolle jedoch sein Geld nicht auf der Sparkasse liegen lassen. Mein Buchhändler erwähnte weiter, dass er noch aus früheren Zeiten einen grossen Teil Lederbände auf Lager hatte, die er jetzt räumen konnte, weil es auch Leute gibt, die, ohne nach dem Inhalt zu fragen, eben „Lederbände“ kaufen.

In der Versorgung mit Textilien sind die Dinge jetzt etwas undurchsichtig. Es wird von völliger Sperre, von begrenzter Zuteilung, aber auch von einer Erleichterung der Bewilligungen gesprochen. Hartnäckig erhält sich vor allem das Gerücht, wonach die Textilzuteilung in Kürze einer Neuregelung unterworfen werden soll. Danach soll für die Zeitdauer eines Jahres ein Hundert-Punkte-Anrecht für den Kauf von Textilien jedem zubilligt werden und es seinem Ermessen überlassen bleiben, ob er sich für 60 Punkte einen Anzug oder Mantel oder 10 mal für je 6 Punkte ein Paar Strümpfe kaufen will. Es ist nicht feststellbar, woher dies Gerücht kommt, das aber glaubwürdig ist. <sup>1)</sup> Tatsache ist, dass eine solche Regelung in weitesten Kreisen begrüßt werden würde. Die bisherige Praxis mit den Anträgen und späteren Bewilligungen scheint nämlich wegen der psychologischen Unzulänglichkeit der in den Bezugsschein- und Verteilungsstellen beschäftigten Personen zur Kritik Anlass gegeben zu haben. Vor allem für diese Personen war wohl der Göring'sche Aufruf gedacht. Diesen Schwierigkeiten würde die neue Regelung aus dem Wege gehen.

Sie wäre vor allen Dingen nach den Auffassungen der Leute gerecht und Gerechtigkeit in der Versorgung ist immer wieder die energische Forderung aller Konsumenten!

4. Bericht: Mit den Lebensmittelzusatzkarten für Schwer-

1) Inzwischen ist eine solche Regelung tatsächlich durchgeführt worden.

arbeiter wird ein schwunghafter Handel getrieben. Man ist grossen Unterschleifen von Lebensmittelkarten auf der Spur, die im Arbeitsamt in der Mulackstrasse vorgekommen sind. 13 Beamte sollen flüchtig sein.

Im Bekleidungsamt in der Lehrter Strasse sind allein im Laufe des September 17 Einbruchsdiebstähle verübt worden, ohne dass bisher auch nur ein einziger Einbrecher gefasst werden konnte. Dabei macht das Amt durchaus nicht den Eindruck, als seien dort grosse Vorräte aufgestapelt, denn ganze Säle sind dort vollkommen leer.

**Norddeutschland:** Die Versorgung mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen scheint sehr unterschiedlich zu sein. Während ich z. B. aus Berlin erfahre, dass Brennmaterial zwar knapp aber regelmässig ausgeteilt wird, höre ich aus Kleinstädten und auch aus Kiel, dass die Versorgung mit Brennmaterial sehr schlecht ist. Besonders in den kleinen Orten herrscht absoluter Mangel auf diesem Gebiete.

Auch die Behandlung von Lebensmittelsendungen scheint sehr verschieden zu sein. An einigen Orten wird z. B. bei Uebersendung von Butter die erhaltene Sendung bei der Fettverteilung in Anrechnung gebracht. In Hamburg haben wir wiederum erlebt, dass man die Butter ohne weiteres aushändigt, allerdings unter Enrichtung eines sehr beträchtlichen Zolles. Ein Fabrikant, der 14 Tage Deutschland in den verschiedensten Gegenden bereist hat, berichtete mir dagegen, dass seine Geschäftsfreunde ihm dringend davon abgeraten haben, Butter zu senden, da in den meisten Fällen gleich nach Empfang des Paketes die SA erschienen sei und um Uebergabe der Butter an die Minderbemittelten „gebeten“ habe. Wie dieses Bitten aussieht, das weiss ja jeder.

Fische und Geflügel sind im freien Handel zu haben und vor diesen Geschäften sieht man die Leute in langen Ketten anstehen.

Deutlich erkennbar ist das Bestreben der Regierung, die Bevölkerung in dem Glauben zu halten, dass zwar nichts im Ueberfluss vorhanden ist, dass aber das Vorhandene gerecht verteilt wird.

**Nordwestdeutschland** (Bericht aus einer Kleinstadt): Wir bekommen für zwei Personen pro Woche zwei Brote, ein Pfund Fleisch, ein Pfund Aufschnitt, jeder ein Ei, ein halbes Pfund Margarine, ein viertel Pfund Speck oder Fett. Bekomme ich ein viertel Liter Oel, dann muss ich ein viertel Pfund Margarine verfallen lassen. Ausserdem bekommen wir noch drei-viertel Pfund Kornkaffee. Tee, Kakao, Graupen, Erbsen, Bohnen und Seife gibt es überhaupt nicht. Ich habe deshalb seit vier Wochen nicht waschen können. Kohlen bekommen wir einen

57

Zentner pro Woche. Wenn das so weiter geht, sind wir in wenigen Wochen ausgehungert.

**Rheinland-Westfalen:** 1. *Bericht:* Unter den Bergarbeitern und Metallarbeitern des Ruhrgebietes gibt es jetzt sehr hohe Krankenziffern. Die Lebensmittelzulagen für Schwerarbeiter sind zwar verhältnismässig hoch, aber sie kommen vielfach nicht zur Verteilung. Das macht natürlich viel böses Blut.

2. *Bericht:* Vom 1. bis 7. Oktober war in keinem Verkaufsladen Speck oder sonstiges Fett zu erhalten. Erst am 7. Oktober nachmittags wurde auf Karten je 100 gr. Speck und 25 gr. Margarine an die Zivilbevölkerung verabfolgt. Die erste Oktober-Woche war die schlimmste seit Kriegsbeginn. In dieser Woche musste die Bevölkerung wirklich Hunger leiden, zumal in dieser Woche auch verschiedene andere Lebensmittel fehlten.

Die schlechte Ernährungslage für die Zivilbevölkerung war auf d'e starke Belegung mit Militär zurückzuführen. Das Militär wird gut ernährt und die Soldaten drücken ihre Zufriedenheit darüber aus.

Uebrigens waren selbst Milch und Eier in dieser Woche für die Zivilbevölkerung nicht zu erhalten. Sogar Kinder und Kranke litten Mangel.

3. *Bericht:* Die Lebensmittellage ist hier schlechter als im Ruhrgebiet, obwohl X. grosses landwirtschaftliches Hinterland hat. Fleisch, Eier, Fette wandern restlos ins Industriegebiet. Brot, Kartoffeln und Marmelade sind bei uns zur Hauptnahrung geworden. Auf dem Lande gibt es, wenn man Beziehungen hat, ab und zu Fleisch aus Schwarzschlachtungen.

4. *Bericht:* Die Ernährung für die Bergleute ist etwas aufgebessert. Trotzdem gibt es viele Klagen, besonders bei den Familien, die nicht sehr gross sind. In den grossen Familien kann man noch immer ausgleichen, in den Geschäften sind sehr oft die Waren auf Karten nicht zu haben, von den Waren, die frei sind, schon gar nicht zu reden. Alle Leute fragen sich, wohin das führen soll.

**Rheinland (Bergbaubetrieb):** Die Versorgung mit Lebensmitteln ist schlecht. Die festgesetzte Fleischration ist, trotz der Erhöhung der Rate für Schwerst- und Schwerarbeiter, ungenügend. Denn beim Fleisch rechnen die Knochen mit zum Gewicht. Beschwerden werden nicht entgegengenommen. Auch die Zuteilung der sonstigen Lebensmittelrationen ist ungenügend, oft bekommt man auf die Karten die zugeteilte Menge überhaupt nicht. Eier gibt es fast nicht, Brot und Margarine sind schlecht. Die Preise steigen trotz der amtlichen Warnungen und Verordnungen unaufhörlich. Das Hamstern in rein landwirtschaftlichen Gegenden und der Verkauf hintenherum stehen in bester Blüte,

58

Schlangestehen vor den Geschäften gibt es allerdings nicht mehr, da es bestraft wird.

**Ruhrgebiet** (Schachtanlage): Die Arbeitsleistung an sich wäre zu ertragen, wenn nicht die Lebensmittellage sich ständig verschlechtert hätte. Schwerstarbeiter bekommen zwar auf Karten 1.200 gr. Fleisch, d. h. das sollen sie bekommen, aber oft ist das Fleisch nicht da. Fett und Butter fehlen noch häufiger. Von Eiern überhaupt nicht zu reden. Jetzt musste jeder Haushalt einen Bestellschein bei einem Kleinverteiler abgeben. Künftig soll es Eier nur immer bei demselben Kleinverteiler geben. Sowohl Käufer wie Kleinverteiler sind daran gebunden. Oft verfällt gerade der Eierabschnitt, weil keine Eier zu haben sind. Dann sollen sie angeblich später geliefert werden; aber da kann man lange warten. Die Behörden reden sich dann mit Transportschwierigkeiten heraus. Das Volk beginnt jetzt wirklich zu hungern, soweit es sich nicht ein bisschen hintenherum eindecken kann. Die Angst vor der Zukunft steigt deshalb und gelegentlich kommt auch bereits die Unzufriedenheit zum Ausdruck. Aber es überwiegt noch immer die Angst.

## 2) Ueberbeanspruchung und technischer Verfall der Reichsbahn

Zugunsten der Kriegsvorbereitung und der neuen Ersatzindustrien sind vielfach die Erneuerungs- und Ausbesserungsarbeiten am vorhandenen technischen Apparat vernachlässigt worden. Das gilt ganz besonders für die Reichsbahn. Ihre Transportmittel wurden in zunehmendem Masse für die Beförderung von Gütern und Menschen beansprucht, die für die machtpolitischen Ziele des Regimes eingesetzt wurden. Zugleich wurde der Verschleiss des rollenden Materials und des Oberbaues beschleunigt, weil die für seine ordnungsmässige Instandhaltung notwendigen Rohstoffe, Eisen und Holz, für noch kriegswichtigere Zwecke gebraucht wurden. In ihrem Bericht vom September vorigen Jahres stellte die Leitung der Reichsbahn fest, dass die Neubestellten Waggons nur langsam eingingen und keinen Ausgleich für die steigenden Anforderungen an den Frachtraum böten. Es fehlten damals, nach den eigenen Angaben der Reichsbahn, 80.000 Güterwagen (vgl. „Deutschland-Berichte“, Heft 11/1938, Seite

Reichssicherheitshauptamt  
II B 31 /A 65 See/Kra.

Berlin, den 15. März 1940



An  
alle Höheren  $\frac{1}{4}$ - und Polizeiführer,  
" Inspektore der Sicherheitspolizei  
und des SD,  
" Staatspolizei(leit)stellen und  
" SD-(Leit)Abschnitte


*119/3*  
*U<sub>2</sub>*  
*f. d. d.*  
*1. 10. 3. 40*

Betrifft: Päpstliche Vollmachten für die Geistlichen  
während der Kriegszeit und Anweisungen für  
die Gefangenenseelsorge.

Vorgang: Erlaß des Amtes IV - A 4 a - 1348/39 vom  
1. 3. 40

Im Nachgang zum Erlaß des Amtes IV vom 1. 3. 40 wird eine  
Übersetzung der päpstlichen Vollmachten für die Geistlichen  
während der Kriegszeit und der Anweisungen für die Gefan-  
genenseelsorge mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

Diese päpstlichen Vollmachten und Anweisungen wurden im  
päpstlichen Amtsblatt vom 22. 12. 39 veröffentlicht.  
Die päpstlichen Vollmachten für die Geistlichen während  
der Kriegszeit beschränken sich im wesentlichen auf li-  
turgische und kirchenrechtliche Einzelanweisungen. Es  
geht daraus hervor, daß dieser kirchliche Apparat sich  
doch sehr in ausgefahrenen Geleisen bewegt. Beachtlich  
hingegen sind die Anweisungen für die Gefangenenseelsorge.

  
i. V. gez. Dr. Six  
 $\frac{1}{4}$ -Standartenführer

f. d. R.:

*Seeck*  
 $\frac{1}{4}$ -Hauptscharführer

VE

Akten der heiligen Kongregationen.

Heilige Konsistorial-Kongregation.

Verzeichnis der Vollmachten,

welche von unserem heiligsten Herrn Pius XII., durch göttliche Vorsehung Papst, den Feldbischöfen oder Oberkaplänen, wie sie auch bezeichnet werden mögen, in allen Staaten oder Gegenden verliehen werden, in welchen Kriegszustand oder Einberufung der Soldaten besteht oder bestehen wird; diese Vollmachten können für dauernd ihren Feldgeistlichen oder nach Belieben anderen Priestern aus Welt- und Ordensklerus (soweit sie ihnen durch Heeresdienst unterstehen) übertragen werden, wenn diese nur geeignet und würdig sind, zugunsten sowohl der Priester und Kleriker selber als auch der Soldaten und anderer Gläubiger, die das Heer zu Lande, zu Wasser und in der Luft begleiten; und diese Vollmachten gelten nur für die Dauer des gegenwärtigen Krieges.

1. An den Sonntagen oder anderen gebotenen Festtagen zweimal Messe zu halten und im Notfall die heilige Eucharistie (Abendmahl) zum allgemeinen Nutzen zu vollziehen, auch an Werktagen, jedoch unter Wahrung der Vorschriften und der Nüchternheit.
2. Messe zu halten an einem ehrbaren und geziemenden Ort, auch unter freiem Himmel und auf einem Schiff, falls keine Gefahr der Verunehrung und eine gerechte Ursache besteht, jedoch unter Wahrung der Vorsorge, sooft die Messe unter freiem Himmel gehalten wird, dass zur Vermeidung einer Zerstreung von Teilen der heiligen Eucharistie durch den Wind ein Zelt angebracht wird, das den Altar an drei Seiten umgibt.
3. Sich des persönlichen Vorrechtes des "privilegierten Altars" zu erfreuen, sooft sie das Messopfer als Fürbitte für die Seelen der Kriegsgefallenen darbringen.
4. An Sonntagen und Festen des Herrn die Messe von der heiligsten Dreieinigkeit, in der Osteroktav die Ostermesse, an anderen Festen erster und zweiter Klasse die Marienmesse nach der Ver-

61

schiedenheit der Zeiten (in allen Fällen mit Gloria und Glaubensbekenntnis unter Beifügung des Gebetes zur Kriegszeit), an den übrigen Tagen aber entweder die genannte Marienmesse mit dem Gebet zur Kriegszeit oder die Messe zur Kriegszeit mit dem Mariengebete oder die Totenmesse zu lesen. Wenn sie lieber die Messe vom laufenden Feste oder Tage lesen wollen und Messkleider von der rituellen Farbe nicht vorhanden sind, dürfen Messkleider von anderer Farbe gebraucht werden.

5. Die Messkleider und auch Messgeräte zu segnen, wenn keine heilige Salbung erforderlich ist.

6. Die kürzere Formel anzuwenden, wenn die Weihe eines Tragaltars erneuert werden muss.

7. Die Messe ohne Messdiener zu feiern, wenn keiner zu haben ist.

8. Die "Passion" an den vorgeschriebenen Tagen auszulassen, in dem sie anstelle des Evangeliums nur den letzten Teil der Passion und am Palmsonntag das Evangelium von der Palmweihe aufsagen.

9. Die kürzere Formel für die Palmweihe zu verwenden, indem sie nämlich nur die Gebete (Petimus, Deus qui dispersa, Deus qui olivae ramum) (hier werden die Zweige gesegnet und verteilt) und am Schluss das Gebet "Omnipotens" aufsagen.

10. Am Gründonnerstag Messe zu halten.

11. Am Karfreitag die heiligen Riten zu vollziehen, jedoch beginnend mit der Kreuzenthüllung und nach Übertragung der heiligen Gestalten auf den Altar die Messe fortführend mit Auslassung der Räucherungen.

12. In den für die Soldaten bestimmten Kapellen, auch auf Schiffen, jedoch an einem geeigneten und geeigneten Ort, unter besonderer Aufsicht des Feldgeistlichen, die Aufbewahrung der heiligen Eucharistie zu gestatten, wenn nur der Altar, auf welchem der Hostienkelch aufgestellt wird, geeignet eingerichtet und genügend mit heiligen Geräten ausgestattet ist, dort wenigstens einmal in der Woche Messe gehalten wird, der Schlüssel zum Hosti-

enkelch vorsichtig aufbewahrt wird, eine Lampe ununterbrochen vor dem Allerheiligsten brennt und die heiligen Gestalten häufig nach den Vorschriften erneuert werden.

13. Die Beichten aller Gläubigen zu hören, welche im Heere dienen oder dem Heer irgendwie zugeteilt sind, der Gefangenen, falls zufällig auch sie selbst sich in Gefangenschaft befinden, und - nur in den Orten des Kriegsschauplatzes - aller Gläubigen, die zu ihnen kommen, sie von allen irgendwie reservierten Fällen und Zensuren loszusprechen, unter Auflage der Rechtsauflagen, jedoch mit der Pflicht, innerhalb von sechs Monaten nach Kriegsende sich unter Strafe des Rückfalles an die heilige Pönitentiaria zu wenden, falls es sich um Zensuren handelt, die dem apostolischen Stuhl ganz besonders vorbehalten sind, oder um jene, auf welche sich der Pönitentiaria-Erlass- "Lex sacri caelibatus" vom 18. April 1936 bezieht. Diese Vorschriften sollten auch gelten für die Erteilung von Lossprechungen, von welchen unter Nr. 14 gesprochen wird.

14. Wenn ein Kampf bevorsteht oder begonnen ist:

- a) sollen alle Priester, auch wenn sie zum Beicht hören nicht approbiert sind, bedenken, dass sie die Vollmacht haben, alle Soldaten unmittelbar vor der Kampfhandlung oder während derselben als Leute, die sich in Todesgefahr befinden, mit besonderer Lossprechung loszusprechen von allen möglichen Sünden und Zensuren, unter Auflage der Rechtsauflagen;
- b) dürfen diese Priester von allen Sünden und allen irgendwie reservierten oder offenkundigen Zensuren mit allgemeiner Formel oder gemeinsamer Absolution lossprechen, ohne vorherige mündliche Beichte, jedoch nach einem vorschriftsmässigen Akt der Reue, wenn wegen der Menge der Soldaten oder der Zeitknappheit die einzelnen nicht beichtgehört werden können, und die so Losgesprochenen zum Abendmahl nach Art der Nahrung zulassen. Sie sollen aber immer die Büssenden belehren, dass eine so erhaltene Lossprechung nicht Nutzen bringt, wenn sie nicht in der rechten Stimmung sind, und dass sie verpflichtet bleiben, zur entsprechenden Zeit eine vollständige Beichte abzulegen;

63

c) darf schliesslich der päpstliche Segen mit vollkommenem Ablass unter dieser Formel erteilt werden: "In der mir vom apostolischen Stuhl verliehenen Vollmacht gewähre ich euch einen vollkommenen Ablass und die Nachlassung aller Sünden im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes. Amen."

Da aber anlässlich des Krieges die sogenannten freien oder offenen Städte sich Luftangriffen ausgesetzt sehen, dürfen die Priester bei Todesgefahr während solcher Luftangriffe, damit die Gläubigen nicht in Lebensgefahr der religiösen Hilfe beraubt sind, diese von allen Sünden und reservierten und offenkundigen Zensuren lossprechen, auch mit einer allgemeinen Formel (nach Massgabe von Nr. 14b), und ihnen den päpstlichen Segen mit vollkommenem Ablass (siehe oben) erteilen.

15. Bei der Taufe Erwachsener die für Kinder bestimmte Formel anzuwenden.

16. Den Kranken zu gestatten, täglich die heilige Eucharistie zu empfangen, auch wenn sie vorher eine Medizin oder einen Trunk genommen haben.

17. Das Breviergebet einzuschränken oder es zu verändern in andere fromme Gebete, die nach den Umständen vorgeschrieben werden sollen, wenn das Brevier wegen eines gesetzmässigen Hindernisses nicht aufgesagt werden kann.

18. Vom Gesetz des Fastens und der Fleischenthaltung zu dispensieren.

19. Zu gestatten, dass die Osterpflicht im ganzen Jahr erfüllt werden kann.

20. Mit einem einzigen Kreuzzeichen und ohne Vergütung aus irgend einem Rechtsanspruch zu segnen:

a) fromme Gegenstände und ihnen sowie den sogenannten Birgittenrosenkränzen die päpstlichen Ablässe zu verleihen;

b) Rosenkränze nach Art des Marienrosenkranzes und mit ihnen die sogenannten Kreuzherrenablässe zu verbinden;

c) Kruzifixe, und ihnen entweder die Kreuzwegablässe zu verleihen für diejenigen, die rechtmässig am Besuch der Kreuzwegstationen gehindert sind, oder einen vollkommenen Ablass, der von irgend einem Gläubigen in der Todesstundengewonnen werden kann.

64

21. vorgeschriebene Medaillen mit den einzelnen Skapuliergebetungen zu belegen, sodass deren Träger die Gnaden und Ablassse der Skapuliere gewinnen; ohne dass sie vorher Skapuliere aus Tuch erhalten haben. ---

Damit aber auch den Gläubigen, welche gefangen entweder beim Heer oder in den Staaten gehalten werden, nach Kräften Hilfe und Trost gebracht werde, wird vom erlauchten Papst wieder vorgeschrieben und den Gläubigen zur Ausführung befohlen, was Benedikt XV. seligen Angedenkens im vorigen grauenhaften Kriege zweckmässig angeordnet hatte.

Deshalb:

1. Die Diözesanbischöfe und Feldbischöfe oder Oberkapläne, unter deren Jurisdiktion sich Gefangene befinden, sollen sofort Priester bestimmen, damit sie Sorge für die Gefangenen tragen, einen oder nach Bedarf mehrere, die deren Sprache genügend kennen; wenn sie keinen innerhalb ihres Bereiches haben, sollen sie sie von anderen Ordinariaten leihen. Diese aber sollen gern geeignete zur Verfügung stellen.
2. Die zu dieser Aufgabe gewählten Priester sollen nicht unterlassen, was zum Nutzen der Gefangenen an Seele, Leben und Leib gehört, sie sollen sie trösten, mit ihnen verkehren, sie von mannigfachen - und manchmal sehr schweren - Nöten befreien.
3. Sie sollen vor allem erforschen und feststellen, ob die Gefangenen durch Briefe oder auf andere Art ihre Familien von sich unterrichtet haben. Wenn sie das noch nicht getan haben, sollen sie (die Priester) raten, dass sie wenigstens offene Papierblätter (gemeinhin "Postkarten" genannt) sofort schicken, worin sie die Ihren über ihr eigenes Ergehen unterrichten.
4. Wenn aber die Gefangenen aus Schreibunkenntnis oder wegen einer Krankheit oder einer Verwundung oder irgend einer anderen Ursache an solchem Schriftverkehr gehindert sind, sollen die ausgewählten Priester in deren Namen und Vertretung eigenhändig aus

Liebe schreiben und sorgfältig sich bemühen - notfalls durch Hil-  
fesuche an die päpstlichen Gesandten - dass die Briefe sicher  
dorthin kommen, wohin sie bestimmt sind.

Gegeben zu Rom, im Palast der heiligen Konsistorialkongregati-  
on, am 8. Dezember 1939.

Dr. R.C. Kardinal Rossi, Sekretär.

Siegel.

V. Santoro, Assessor.

**Sicherheitsdienst Rf//**  
**SD-Leitabschnitt Prag**

B 5  
SA

Prag-Bubentfch, 11. Juli 1940  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444



1. An den  
Herrn Staatssekretär beim  
Reichsprotector in Böhmen und Mähren,  
44-Gruppenführer K.H. Frank,  
Prag.
2. An das  
Reichssicherheitshauptamt,  
Amt III  
z.Hd. 44-Sturmbannführer Ehlich,  
Berlin.

Betr.: Politische Lage in Pilsen.

Vorg.: Ohne.

Nachstehend wird ein Bericht über die Entwicklung und den derzeitigen Stand der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in Pilsen und Umgebung mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt:

Die königliche Stadt Pilsen wurde verhältnismäßig spät, nämlich zur Zeit der letzten Przemisliden 1295 von deutschen Kolonisten gegründet. Nur am Rande der Stadt ließen sich bald tschechische Handwerker aus der Gegend des heutigen Alt-Pilsen nieder, ohne daß die Stadt aber deswegen ihren deutschen Charakter verloren hätte. Die günstige Lage der Stadt und die fruchtbare Umgebung bewirkten ein rasches Aufblühen, der Charakter einer Großstadt wurde aber erst im 19. Jahrhundert erreicht, als die Skodawerke gegründet wurden. Diese wirtschaftlich ungemein wichtige Gründung hatte gleichzeitig eine entscheidende Stärkung des tschechischen Elementes zur Folge. Schon vor dem Weltkrieg wurde die Zahl von 100.000 Einwohnern erreicht, während der Republik überstieg die Einwohnerzahl der "Westböhmisches Metropole" bereits 120.000 und war noch immer im Wachsen begriffen. Zusammen mit der Stadt gewann auch die ganze Gegend an Bedeu-

*VE*

tung, die ebenfalls eine schnelle Industrialisierung mitmachte, ohne daß die gut entwickelte Landwirtschaft darunter gelitten hätte.

Die Skodawerke und die Pilsner Brauereien übten den größten Einfluß auf die Entwicklung nicht nur der politischen, sozialen Lage, aus, sondern auch auf die allgemeine Mentalität und Haltung. Beides sind deutsche Gründungen. Im Jahre 1842 vereinigten sich 250 deutsche brauberechtigte Bürger, gründeten das "Bürgerliche Bräuhaus" und riefen den bayrischen Bräuer Josef G r o l l ins Land, der den Ruhm des Pilsner Bieres begründete. Schon vorher war die Biererzeugung in Pilsen groß, war aber noch nicht so auf Export in die ganze Welt eingerichtet. Später wurden beide Unternehmungen immer mehr tschechisiert, zuerst von unten, dann oben durch Umwandlung in Aktiengesellschaften.

Ein großer Teil der Pilsner Bevölkerung rekrutierte sich aus Industriearbeitern, die wenig Sinn für gesellschaftliches Leben hatten. Das Bier tat das übrige dazu und schuf den Typ des Pilsners: Ein etwas schwerfälliger Menschenschlag, der schwer von Begreifen ist, materiell eingestellt, stolz auf den Weltruf seiner Stadt, der im Bier und Skoda-Kanonen begründet ist, stolz auf seine ehemals getragene Volkstracht, die in der "Verkauften Braut" Smetanas verewigt ist, in Wirklichkeit aber die Bauertracht des deutschen Dorfes Lititz bei Pilsen ist und von der Pilsner Bevölkerung selbst schon längst nicht mehr gebraucht wird. Im übrigen weiß jedes Kind in Pilsen, daß die hiesige Strafanstalt "Bory" eine der besteingerichtetsten der ganzen Welt ist, daß das Pilsner Museum die beste Waffensammlung der Republik besaß und daß der Turm der Stadtkirche mit seinen 102 Metern der höchste des ganzen Protektorats ist, höher als der des Veitsdoms in Prag. Typisch ist auch die Weiterspinnung der Tradition des Chodenstammes, deren Führer K o z i n a in Pilsen hingerichtet wurde. "Die Choden sind unser" wurde der hiesigen Bevölkerung immer wieder in den Kopf gehämmert, "wir sind stammlich mit ihnen verwandt und haben denselben nationalen Trotz, dieselbe Standhaftigkeit, besonders auch im Glauben!"

Tatsächlich hat der Katholizismus seine Macht im ganzen Gebiet behalten und seit Errichtung des Protektorats wieder gestärkt. Revolutionen allgemeinen Charakters (z.B.i.J. 1848, Husitenzeit usw.) gingen an Pilsen spurlos vorüber. Dagegen ist der größte Stolz der Pilsner, daß die Führer des Rumburger Aufstandes V o d i č k a und N o h a Landsleute waren und daß die Pilsner Maffia während des Krieges besonders aktiv arbeitete. Ungeheuer populär war die Kaserne des "Fünfunddreißiger Regimentes" u.zw. sowohl unter Österreich als auch unter Benesch. Aber nur ein Lied, das heute noch gesungen wird, blieb davon übrig, denn als der Klattauer Bürger M a c h n i k Minister wurde, versetzte er das Regiment nach seiner eigenen Heimatstadt, zur allgemeinen Empörung der Pilsner Bevölkerung. Unter den jetzigen Umständen wirkt sich diese Tat aber günstig aus, denn die Deutschen sind von der Verlegung des Regiments sozusagen reingewaschen.

Die Pilsner Umgebung ist stolz auf ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse, auf ihre Bratgänse und das Kraut von Kschimitz und Radschitz, ebenso aber auch auf die mächtigen Kohlenbergwerke von Nürschan, die aber im Herbst 1938 mit dem Sudetengau ans Reich fielen.

Sehr geläufig ist der Bevölkerung seit jeher die Benennung "Schwarzes Pilsen" (wegen des Russes), die nicht ohne einen gewissen Stolz der Arbeit gebraucht wird. Später, während der Zeit der Republik, bürgerte sich immer mehr der Ausdruck "Rotes Pilsen" ein, in diesem Falle im politischen Sinn gebraucht. Von den Katholiken wurde der Ausdruck "immer treues Pilsen" geprägt, denn selbst während der Husitenkriege hatte Pilsen Stand gehalten. Heute noch trägt die vom Pilsner Erzdechanten Havelka herausgegebene Zeitung diese Bezeichnung (Vzdy věrná Plzeň).

Dies ist das Bild der Stadt Pilsen und ihrer Bewohner samt der Umgebung.

Wie bereits eingangs erwähnt wurde, war Pilsen eine deutsche Gründung und von Deutschen bewohnt. Von 1775 an gab es hier keine tschechische Schule, weil keine notwendig war. Erst im 19. Jahrhundert änderten sich die Verhältnisse vollkommen durch Zuzug von Skodaarbeitern,

Brauereiarbeitern, tschechischen Gewerbetreibenden usw. Lange Zeit lag Pilsen an der Sprachgrenze, die jetzt zur Protektoratsgrenze wurde. Der Westen der Umgebung ist deutsch der Osten tschechisch. Sobald Pilsen endgültig zu einer tschechischen Stadt geworden war, begannen auch sofort Bestrebungen, die Volkstumsgrenze gegen Westen zu schieben, denn dieser Westen war von Natur aus zum Einzugs- und Absatzgebiet für die "Westböhmisches Metropole" bestimmt, während das Gebiet im Osten schon mehr nach Prag zuständig schien. Freien Lauf erhielten diese Tschechisierungsbestrebungen nach der Gründung der Tschechoslowakischen Republik. Der Tschechische Böhmerwaldbund in Pilsen (Česká pošumavská jednota) unter Führung des national-demokratischen Abgeordneten L u k a v s k ý, dessen Name das tschechische Mädchengymnasium in Pilsen trägt, und später unter Leitung des Volksschuldirektors K r a n d a sowie alle übrigen Verbände, Parteien und Organisationen strebten, sonst uneinig und einander in den Haaren liegend, mit der größten Konsequenz zum Ziele, Westböhmen bis ins Egerland hinein tschechisch zu machen. Sowohl Lukavský als auch Kranda sind heute tot, der zweite starb im Konzentrationslager. Der Tschechische Böhmerwaldbund besteht aber heute noch weiter und ist bemüht, sein Werk bis an die Protektoratsgrenzen im Westen und Südwesten fortzusetzen.

Das Deutschtum in Pilsen, spärlich genährt durch Zuwanderung aus den Gebieten des mittleren Böhmerwaldes, verlor in Pilsen jeden politischen Einfluß und fristete unter Beneschs Zeiten uneinig und verjudet ein erbärmliches Dasein. Ein Abglanz der damaligen Herrlichkeit ist noch heute im "Deutschen Haus" erhalten, das bis jetzt noch vollkommen verwahrlost und unter unfähiger Führung seinem Namen Schande macht, obwohl sich die politischen Verhältnisse änderten.

Das tschechische öffentliche politische Leben begann in Pilsen im 19. Jahrhundert mit der Gründung des Vereins "Slavische Linde" durch den "Erwecker" Professor Fr. Josef S m e t a n a, dem im Kopecký-Park ein Standbild errichtet wurde. Gleichzeitig entstand die erste Pilsner tschechische

Zeitung "Posel ode Mže" (Der Miesa-Bote). Beide Anfänge verkümmerten aber bald wieder. Erst im Jahre 1860 wurde als Mittelpunkt der tschechischen Kultur in Pilsen, aber auch des öffentlichen Lebens die "Bürgerliche Beseda" (Měštanská Beseda) gegründet, die diese Stellung bis heute beibehielt. Zu derselben Zeit wurde die erste Sokoleinheit gegründet, weiter neuerliche eine Zeitung, die bis heute fortbesteht, wenn auch nach mehrmaligem Namenswechsel, "Plzeňské Noviny" (Pilsner Zeitung), gegründet im Jahre 1864, von tschechisch-nationaler Tendenz, später umbenannt in "Český Deník" (Tschechisches Tagblatt), während der Republik national-demokratisch eingestellt, jetzt im Untertitel die Bezeichnung "Blatt der NG" führend. Im Jahre 1868 wurde Wenzel T u s c h n e r Bürgermeister, von dem nicht genau feststeht, ob er Deutscher oder Tscheche war. Nach ihm waren nurmehr Tschechen Bürgermeister, einer der populärsten war Dr. Wenzel P e t á k (Petákplatz), der sich große Verdienste um die Verbreitung des tschechischen Schulwesens erwarb. Seinen Platz nahm während des Weltkrieges sein bisheriger Stellvertreter Dr. Vladimír M a n d l ein, ein National-Demokrat, der nach dem Umsturz, mit dem beginnenden Siegeszug des Marxismus, wiederum seinem Stellvertreter, dem Juden und Sozialdemokraten Ludwig P i k Platz machen mußte. Dieser wurde erst während der Zeit der II. Republik zur Abdankung gezwungen, an seine Stelle kam der agrarische Regierungskommissar Peter N ě m e j c, der bis heute im Amte ist. Die Bildung der tschechischen Parteien begann eigentlich sofort, nachdem die Tschechen ihren Volkstumskampf siegreich zu Ende geführt hatten. Im Jahre 1873 wurde die Sozialdemokratische Partei gegründet, im nächsten Jahre schon ihr Parteiblatt "Nová Doba", das bis heute erscheint und auch bis heute nicht aufgehört hat, ein marxistisches Organ zu sein. In diesem Zusammenhang wird nur daran erinnert, daß gegenwärtig mehrere Redakteure sich in Haft befinden. Einen richtigen Sieg feierte die Sozialdemokratie erst nach dem Umsturz. In dieser Zeit tauchte die Bezeichnung "Rotes Pilsen" auf. Die Stadt und ihre ganze Umgebung wurden sozialdemokratisch, der jüdisch-marxistische Bürgermeister P i k der Liebling des Volkes, das verhetzt zum großen Teil erst nach Errichtung des

71

Protektorates erfuhr, daß Pik Jude ist! Er hatte sich vom Friseur zum Bürgermeister, Abgeordneten, Zeitungsbesitzer (Nová Doba) hinaufgearbeitet, besaß Aktien und Wertpapiere, hetzte gegen Deutschland, schmeichelte sich dadurch bei der Bevölkerung ein, wurde von der Presse in allen Tönen gepriesen, betrieb Korruption und Schwindel, ohne daß ein Gericht ihn zur Rechenschaft gezogen hätte, ohne daß ein Nachfolger im Bürgermeisteramt hätte beweisen können, daß die Gemeindegeschäfte schlecht geführt wurden, denn dieser Nachfolger kam nie! Pik wurde von seiner Partei immer wieder gewählt. Er bereitete ein Attentat auf Mussolini vor, das niemals geklärt wurde. Die Gemeindeverwaltung, alle Betriebe und Institutionen waren in sozialdemokratischer Hand und wurden von sozialdemokratischen Funktionären und Vertrauensleuten beherrscht.

Entscheidende Faktoren für diesen Siegeszug des Marxismus waren drei Persönlichkeiten: Außer Pik der Abgeordnete und Schulminister Gustav H a b r m a n, der sich auch mit Vorliebe als Versammlungsredner betätigte, und der Schuster und enge Freund des Juden Pik Anton R e m e š, Abgeordneter und sozialdemokratischer Redner, Administrator der "Nová Doba", die er nach der Errichtung des Protektorates ganz in Besitz nahm, um bald darauf noch Kreisführer der Nationalen Gemeinschaft zu werden. Seit 1.9.1939 befindet er sich im Konzentrationslager. Habrman ist einstweilen bereits gestorben und war im Rahmen des Kleeblattes noch der beste. Allerdings ist es seinem Wirken zuzuschreiben, daß die tschechische Lehrerschaft neben ihrer chauvinistischen Einstellung einen Ruck nach links mitmachte.

Der Einfluß der Sozialdemokratie war im gesamten Pilsner Gebiet ein ungeheurer und überragte weit alle übrigen tschechischen Parteien. Die Schwesterpartei der "Tschechischen Sozialisten", die spätere Benesch-Partei, wurde in Pilsen im Jahre 1897 gegründet, ihr Wochenblatt "Naše snahy" (Unsere Bemühungen) lebt unter dem Namen "Český Směr" auch heute noch weiter, leidet aber unter finanziellen Schwierigkeiten. Die Tschechischen Sozialisten bildeten in der Stadt Pilsen die

zweitstärkste Partei, während die Agrarier auf dem Lande führten, aber keineswegs einen solchen Einfluß besaßen. Die Sozialdemokratie hatte zuletzt im Pilsner Gebiet 8 Abgeordnete und Senatoren, die Tschechischen Sozialisten bloß 4, die Agrarier ebenfalls 4. Alle übrigen Parteien vegetierten in Pilsen und Umgebung bloß. Lediglich die National-Demokraten versuchten Schritt zu halten (2 Mandate), ihr Pilsner Führer Dr. M a n d l der Vorläufer Píks im Bürgermeisteramt, dann I. Stellvertreter Píks, versuchte immer wieder, den Bürgermeisterstuhl zurückzuerobern, was ihm aber nicht gelang. Dagegen stand er stets an der Spitze des tschechischen kulturellen Lebens in Pilsen. Sein Stolz war der Umstand, daß er während des Umsturzes als Mitglied der Maffia Vorsitzender des Nationalen Revolutionsausschusses gewesen war, während Pík nur als Schriftführer fungiert hatte.

Bis zum Jahre 1938 herrschte die Sozialdemokratie in Pilsen, gestützt auf ein Heer von Unzufriedenen, denen man mit Gewalt eingeredet hatte, es müsse besser gehen, wenn erst einmal die Verhältnisse noch weiter gediehen seien.

Während der II. Republik traten die Agrarier in den Vordergrund, bildeten unter Beran die "Partei der Nationalen Einheit" und saugten die übrigen Parteien auf. Die Tschechischen Sozialisten konnten keinen Widerstand leisten, die Flucht Benesch's hatte sie aufs Trockene gesetzt. Nur die Sozialdemokratie wehrte sich gegen die Herstellung einer Einheitspartei und gründete ein Gegenlager, die "Partei der Nationalen Arbeit". Da Pík als Jude nicht mehr tragbar erschien und außerdem seinen Bürgermeisterposten verloren hatte, wurde sein bisheriger "kleinerer Bruder" R e m e š der Führer.

Die Initiative war aber auf Seiten der Partei der Nationalen Einheit, die im Pilsner Gebiet von Franz M a c h n í k geführt wurde. Dieser ist geborener Klattauer, war Minister für Nationalverteidigung, Direktor mehrerer Schulen in Klattau usw. Den Pilsnern hatte er einen heftigen Schlag mit der Verlegung des schon erwähnten "Fünfunddreißiger-Regimentes" nach Klattau versetzt, er war daher ziemlich unbeliebt. Nichtsdestoweniger stieg der agrarische Einfluß, von oben gefördert, auch im Pilsner Gebiet immer mehr und führte nach Errichtung des

43

Protectorates dazu, daß wichtige Stellen in der Nationalen Gemeinschaft mit ehemaligen Agrariern besetzt wurden. Der Sozialdemokratische NG-Führer R e m e š sitzt im Konzentrationslager, Kreissekretär Z e l e n k a ist Agrarier, ebenso der amtierende I. Stellvertreter des Kreisführers Š v e c. Die Sozialdemokratie nimmt daher eine grollende Haltung ein, weil sie es nicht verwinden kann, so plötzlich um die Macht gekommen zu sein. Auch der Tschechische Arbeiterturnverein (DTJ), der während der Republik beinahe so stark wie der Sokol war, geht zugunsten des Sokol zurück.

Kennzeichnend für die politische Lage während der Republik ist auch die Tatsache, daß sowohl Vlastka als auch Kommunismus bemüht waren, aus der sozialdemokratischen Mißwirtschaft Kapital zu schlagen und die Unzufriedenen auf ihre Seite zu locken. Die Kommunistische Partei wurde von dem Abgeordneten und "Idealisten" D v o ř á k geführt, der während der Krisenjahre auf den Straßen sprach, die Leute begeisterte, auch einige Wähler gewann, aber keinen Mitgliederzuwachs für seine Partei buchen konnte. Vor dem Begriff "Kommunismus" herrschte eine eigentümliche Scheu, es war ja vielleicht gut, aber es konnten ja schließlich "andere mitmachen". Ebenso mißlang es der Vlastka und den übrigen Rechtsströmungen, Mitglieder zu gewinnen. Immer wieder fanden sich dieselben unzufriedenen Einzelgänger, dabei fehlte es an der nötigen Propaganda auf den Straßen, man predigte leeren Wänden. Nach der Errichtung des Protectorats wurden die Verhältnisse bei den Rechts-tschechen noch schlimmer, weil man mit der Bezeichnung "Volksverräter" ein schlagkräftiges Gegenargument gefunden hatte.

Die Entwicklung zur Nationalen Gemeinschaft, die Zurückdrängung des sozialdemokratischen Einflusses zugunsten des agrarischen, alles das kann über die Wirklichkeit nicht hinwegtäuschen. Und diese sieht so aus, daß der Pilsner Tscheche Marxist geblieben ist, wenn auch mit dem bitteren Pfahl im Herzen, daß ihn die Genossen in England und Frankreich und Rußland in einer entscheidenden Stunde einst verrieten. Er glaubt, sie bereuten es jetzt schon wieder. Deutschland ist für diese Leute nicht nur der nationale Gegner, sondern auch

74

der Staat, der die Entwicklung zum Sozialismus hin ihrer Ansicht nach verzögerte. Daß Deutschland selbst einen neuen Sozialismus verkündet, glauben sie noch nicht.

Ebenso hartnäckig hält die Pilsner Landbevölkerung an ihrer agrarischen Einstellung fest. Sie sieht wiederum in Deutschland den Staat, der gekommen ist, um dem tschechischen Bauern den Boden für eigene Zwecke zu rauben.

Beide politischen Richtungen haben sich zusammen mit den übrigen Strömungen jetzt zu einem vaterländischen Aktivismus, viel mehr verstärkten Chauvinismus vereinigt, während in der Führung die früheren Gegensätze noch lebendig sind.

Obwohl Pilsen und zu einem großen Teil auch die Umgebung von sogenannten "sozialistischen" Parteien beherrscht wurde, waren die Verhältnisse in der ersten und zweiten Republik äußerst unsozial. Pilsen steckte zwar voller marxistischer Einrichtungen, die allgemein als sozial gelten, in Wirklichkeit aber zur persönlichen Bereicherung einiger Parteibonzen und zur finanziellen Stärkung der Partei selbst dienten. So ist das Genossenschaftswesen sehr stark ausgeprägt und reichte mit seinen Fäden weit nach Westböhmen hinein. So vor allem die Westböhmische Konsumgenossenschaft (ZKD), die Volksbau- und Wohnungsgenossenschaft, deren Mietskasernen dem Arbeiter als sozialistische Errungenschaften gepriesen wurden, die Westböhmische Fleischer- und Selchergenossenschaft (ZŘUD) usw. Alle diese Genossenschaften waren sozialdemokratisch, stellten nur sozialdemokratisch organisierte Arbeiter und Angestellte an. schädigten den Kleinkaufmann und bescheidenen Gewerbetreibenden und redeten dem "Konsumenten" ein, ohne diese Genossenschaften könne er nicht existieren. Die Bezirkskrankenkasse, der Zahl der Mitglieder nach die zweitgrößte in der ehemaligen Tschechei, stand ebenfalls unter sozialdemokratischer Leitung, ebenso der sogenannte "Hellerfond", eine Arbeiterunterstützungsinstitution bei den Skoda-Werken mit zahlreichen Sanatorien, Bädern, Ferienlagern und Kinderheimen. Dasselbe gilt für die Bezirksjugendfürsorge, für den Kinderbetuungsverein "Jesle" usw. Überall war der jüdisch-sozialdemokratische Bürgermeister P i k Ehrenmitglied

Vorsitzender, Protektor und dgl. In Wirklichkeit leisteten weder der "Hellerfond" noch die Bezirkskrankenkasse etwas für den arbeitenden Menschen, so daß sich mit der Zeit eine typische Meinung unter der Arbeiterschaft Pilsens herausbildete, die etwa lautet: Der Arbeiter zahlt, damit schöne Gebäude gebaut werden, andere Leute in diesen Gebäuden angestellt werden, während der Arbeiter, wenn er wirklich einmal Gebrauch von diesen sozialen Errungenschaften machen will, hinausgeworfen wird. Besondere Erregung bemächtigte sich vor einigen Jahren der Arbeiterschaft, als einige Kinder, die im Ferienlager des Hellerfondes untergebracht waren, an Typhus erkrankten und starben. Im nächsten Jahr weigerten sich die Arbeiter, ihre Kinder den sozialistischen Wohltätern anzuvertrauen. Die Wohnungsverhältnisse sind in ganz Pilsen ziemlich ungünstig. Sozial am schlechtesten gestellt ist das sogenannte Schlachthausviertel (Cikánka), wo die Ärmsten der Stadt bei unmöglichen Wohnungsverhältnissen ihr Leben fristen. Gerade sie aber waren als Stimmvieh am besten zu gebrauchen. Wie lächerlich man während der Arbeitslosigkeit diesem Problem zu Leibe ging und selbst bei einer so ernstesten Angelegenheit marxistische Propaganda trieb, beweist die Tatsache, daß der sog. "Pik-Park" von Arbeitslosen zu Hungerlöhnen angelegt wurde und schließlich seine Krönung durch die in Stein gemeißelte Erklärung, daß dieser Park den Dank der Arbeitslosen der Stadt Pilsen an ihren Bürgermeister, der ihnen durch die Anlegung des Parks Arbeit und Brot gewährt habe, darstelle, fand!

Wie schon erwähnt, wurde durch all dies das Vertrauen der Arbeiterschaft in soziale Einrichtungen sehr erschüttert. Daher stößt auch jede Behauptung über gute Sozialpolitik des Deutschen Reiches auf größtes Mißtrauen.

Auch die kulturellen Verhältnisse waren in weitgehendem Maße marxistisch beeinflußt. Die größere Schuld daran trug die tschechische Lehrer- und Professorenschaft, von denen die Bevölkerung geistig stark abhängig ist. Kunst und Kultur wurden "salonbolschewistisch", dabei aber stark von Masaryk beeinflußt. Daher erhielten neben den Sozialdemokraten und Tschechischen Sozialisten auch die National-Demokraten ihren Einfluß auf das kulturelle Leben zum Teil aufrecht. Das Masaryk-Befreiungsstandbild steht heute noch am Petakplatz, obwohl die Vlastka

alles unternahm, um eine Abtragung zu erreichen. An Kulturstätten sind in Pilsen vorhanden: Ein Museum mit der besten Waffensammlung des Protektorats, mit einer reichhaltigen Trachtensammlung, weiter städtische Büchereien und Lesehallen, die während der Republik fast ausschließlich jüdisch-marxistische Werke führten, das Städtische Theater, das früher eine Domäne der Kommunisten, nach Errichtung des Protektorats der Beneschanhänger darstellte. Überhaupt wurden im Laufe des letzten Jahres viele marxistische Kulturzentren in nationale Kulturstätten umgewandelt, so das kommunistische "Avantgardekollektiv" in ein "Theater der Jungen". Andere marxistische Kulturstätten blieben überhaupt erhalten, so die Hus-Volksuniversität, die Arbeiterakademie, der Verband der Arbeitertheatervereine usw. Das Schrifttum wurde schon während der Republik weitgehend vom Literarisch-künstlerischen Klub (LUK) beeinflusst, der aber nicht ausschließlich sozialdemokratisch, sondern auch tschechisch-sozialistisch und national-demokratisch war. Er ist heute so gut wie mit der NG gleichgeschaltet. Auf musikalischem Gebiet waren die Gesangsvereine je nach den politischen Parteien ausgerichtet, die Pilsner Philharmonie, die heuer ihren 20-jährigen Bestand feierte, wird von dem Freimaurer G s e l h o f e r dirigiert. Alle diese kulturellen Institutionen werden heute in weitestem Maße von der Nationalen Gemeinschaft beeinflusst. Das kulturelle und gesellschaftliche Leben war in Pilsen stets nur auf bestimmte Kreise beschränkt.

Eine wichtige Stellung nehmen auch die Körpererziehungsverbände ein. Schon im Jahre 1860 wurde der erste Sokolverein gegründet, während der tschechische Arbeiterturnverein (DTJ) vor dem Weltkrieg nicht sonderlich an Boden gewann. Sokolmitglieder stellten auch die ersten Soldaten der jungen tschechoslowakischen Armee. Dann allerdings erlebte der DTJ einen mächtigen Aufschwung, ohne allerdings die Mitgliederzahl des Sokol zu erreichen, da in diesen nicht nur tschechische Sozialisten, sondern auch Anhänger anderer Parteien eintraten. Nach Errichtung des Protektorats ging der DTJ wieder stark zurück und wurde zu Gunsten des Sokol in einigen Ortsgruppen der Pilsner Umgebung mit diesem vereinigt. Der "Orel" vegetierte in Pilsen immer nur.

Das "Immer treue Pilsen" war bis 1918 stark katholisch. Mit der Errichtung der Republik begann einerseits unter dem Einfluß des Marxismus eine freidenkerische und atheistische Weltanschauung Fuß zu fassen, andererseits begann die neue Tschechoslowakische Kirche an Anhängern zu gewinnen. Diese Verluste wurden seit Errichtung des Protektorates von der katholischen Kirche wieder eingeholt. Die Kirche versteht es geschickt, die jetzigen nationalen Tendenzen für ihre Zwecke auszunützen. Pilsen ist wieder zum "immer treuen" geworden.

Im Pilsner öffentlichen Leben spielten die Juden eine große Rolle. Wirtschaft und Handel wurden während der Republik von ihnen beherrscht, ohne daß die Tschechen Anstoß daran nahmen, an der Spitze des Literarisch-künstlerischen Klubs stand früher ein Jude, die Ärzteschaft war vollkommen verjudet, die Sozialdemokratie ging mit den Juden Hand in Hand. Eine Abneigung gegen die Juden bestand zwar zu dieser Zeit, aber nicht aus rassistischen Gründen, sondern nur deswegen, weil die Juden die Stellung des Deutschtums stärkten. Sie sprachen öffentlich deutsch, beherrschten das deutsche Vereinswesen, trafen sich mit den Spitzen der deutschen Gesellschaft usw. Genau so waren sie aber auch im gesamten tschechischen Vereins- und öffentlichem Leben zu Hause, sprachen aber miteinander wiederum deutsch. Erst mit der Errichtung der zweiten Republik begann eine ernstlichere antijüdische Propaganda, die besonders auf die rassistische Minderwertigkeit hinwies. Diese Entwicklung wurde aber durch den Einmarsch der deutschen Wehrmacht unterbrochen, die Juden waren plötzlich nicht mehr Förderer der deutschen Sprache, vielmehr Leidensgenossen der Tschechen und werden dementsprechend als Bundesgenossen betrachtet.

Ebenso wie in der Stadt Pilsen hatten die Juden auch alle wichtigen Stellen in der ländlichen Umgebung inne. Hier kam es nicht einmal andeutungsweise zu einer judenfeindlichen Entwicklung.

In wirtschaftlicher Beziehung entwickelte sich Pilsen stets in aufsteigender Linie. Maßgeblich trugen die Skodawerke und die Brauereien dazu bei. Nach dem Weltkriege setzte eine Hochkonjunktur mit Überstundenarbeit ein, der aber dann lange Krisenjahre folgten (1927-1932), wo viele Skoda-Arbeiter arbeitslos waren oder nur mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigt waren. Es kam zu häufigen Straßendemonstrationen, wobei der kommunistische Abgeordnete D v o ř a k in den Straßen sprach und mehrmals von der Polizei unter Protestkundgebungen und Ausschreitungen der Menge abgeführt wurde.

In den darauffolgenden Jahren besserten sich die wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse, ohne aber jemals wieder einen zufriedenstellenden Stand zu erreichen.

Mit der Abtretung der deutschen Randgebiete verlor Pilsen einen großen Teil seines Absatzgebietes, denn bis dahin waren besonders an Markttagen Abnehmer bis aus Eger hierher gekommen. Es erschien beinahe ausgeschlossen, die "Westböhmisches Metropole" von diesem Gebiet zu trennen, daher tauchten auch während der zweiten Republik immer wieder Gerüchte über einen nachträglichen Anschluß Pilsens an das Reich auf, die von der Bevölkerung nicht einmal ungünstig aufgenommen wurden. In der jetzigen Zeit wird von Gewerbetreibenden und Kaufleuten ständig auf eine Aufhebung der Grenzen gehofft, um dann die alten Verbindungen wieder aufleben zu lassen.

Die Landwirtschaft ist in der Umgebung Pilsens ungemein hochwertig, ihr Stolz ist das schon anfangs erwähnte Kschimitzer Kraut. Zusammen mit der reichen Industrie ist dadurch die Entwicklung Pilsens für die Zukunft sichergestellt.

*Stiller*

64-Oberbaumführer

79

Prag, den 16. Juli 1940

hat dem Herrn Reichsprotector vorgelegen.

BÜRO D. REICHSPROT.  
den 18. VII. 1940  
i. Adl.

*H. v. R. R. für  
Staatssekretär  
L. v. Holleben*

G.R. mit 1 Anlage

Herrn von Holleben

*12/17*

übersandt.

Der Herr Staatssekretär lässt Sie bitten, den an-  
geschlossenen Bericht Seiner Exzellenz dem Herrn  
Reichsprotector mit der Bitte um Einsichtnahme  
vorzulegen.

*1940*

*[Signature]*

*12/17  
i. a. d.  
1. 12/8. 40.*

VE

Sicherheitsdienst RFH  
SD-Leitabschnitt Prag

B 4 - B-SA 124

80  
Prag-Bubentisch, den 29. März 1941.  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

Büro des Staatssekretärs  
beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren.

Eing.: 31. MRZ. 1941

Tgh. Nr.: .....

An den  
Persönlichen Referenten  
des Herrn Staatssekretärs  
beim Reichsprotector in Böhmen u. Mähren,  
H-Obersturmbannführer Gies

Prag

Betr.: Dienststelle des Reichsprotectors in Böhmen u. Mähren.

Vorg.: Dort - Vermerk vom 24. 3. 1941.

Anlg.: 2.

Anliegend wird der überlassene Schriftwechsel über die Frage des Fortbestandes der Dienststelle Mähren des Reichsprotectors in Böhmen u. Mähren nach Kenntnisnahme und Auswertung zurückgereicht.

i. A.

*Asch*  
H-Sturmbannführer

*H*  
Vermerk: Der Vorgang ist am 5. 4. 1941  
an das Büro des Reichsprotectors beige-  
teilt worden.

*2/5. 4. 41*

*1/ 2/4. 41*

*VE*

*P.S.-V-E/41*

81

Prag, den 24. März 1941.

G.R. mit 2 Anlagen

W-Obersturmbannführer Böhme,  
P r a g ,  
-----

unter Bezugnahme auf den Inhalt der Anlagen zur Kenntnis übersandt.

Ich wäre dankbar, wenn ich den Vorgang alsbald zurück- erhalten könnte, da er noch dem Reichsprotector vor- gelegt werden muss.

42088

H e i l H i t l e r !

gez. Gies,

W-Obersturmbannführer.

VE.

SD 26. III. 1941  
1698/4

86

Prag, den 25. März 1941.

Büro des SD in Prag  
beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren.  
Eing.: 31. MRZ. 1941  
Tgh. Nr.: .....

SD-Leitabschnitt Prag 3  
5532 27. MRZ. 1941  
Beauftragter: [Signature]  
Aktenzeichen: [Blank]

G.R. mit 3 Anlagen

dem SD-Leitabschnitt Prag,  
Prag,  
-----

unter Bezugnahme auf den Inhalt der Anlagen zur Kenntnis  
und Auswertung übersandt.  
Ich bitte, den Vorgang möglichst umgehend an mich zu-  
rückzuleiten.

Heil Hitler !

[Signature]

1/1-Obersturmbannführer.

U.  
n. Räumungskaufman zurück.

1/1-29/3

1/1-Bemerk: Der Vorgang ist am 26. 4. 1941  
an den Minister Böckler weitergeleitet worden.

2/1-2. d. d.

h 2/4. 41.

VE 117

83

Prag, den 25.März 1941.

G.R. mit 3 Anlagen

dem SD-Leitabschnitt Prag,  
P r a g ,  
-----

unter Bezugnahme auf den Inhalt der Anlagen zur Kenntnis  
und Auswertung übersandt.

Ich bitte, den Vorgang möglichst umgehend an mich zu-  
rückzuleiten.

H e i l   H i t l e r !

gez.Gies,  
W-Obersturmbannführer.

ST 080

Sicherheitsdienst RfH  
SD-Leitabschnitt Prag  
E

Prag-Bubentfch  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

89  
4. März 1941

**G e h e i m**

sch. B. Nr. 883/41

**Persönlich**

Büro des Staatssekretärs  
beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren.

Eing.: 4. MRZ. 1941

Tgb. Nr.: .....

An den  
Herrn Staatssekretär  
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren  
H-Gruppenführer K.H. F r a n k  
- persönlich -

P r a g

Betr.: Monatsbericht über die politische Entwicklung  
im Protektorat Böhmen und Mähren im Februar 1941

Anlg.: -1-

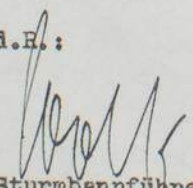
Als Anlage wird der Monatsbericht Februar 1941 des  
SD-Leitabschnitts Prag mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und zum Verbleib überreicht.

Der Bericht ist als geheim nur für den persönlichen  
Dienstgebrauch des Empfängers bestimmt.

i.V.

gez. Dr. E i l e r s  
H-Obersturmbannführer

F.d.R.:

  
H-Sturmbannführer

DE

Sicherheitsdienst RFH  
SD-Leitabschnitt Prag

Prag-Bubentich  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

85  
4. März 1941

sch. S. Nr. 8874/41

**G e h e i m**

**Persönlich**

Büro des Staatssekretärs  
beim Reichsprotektor  
in Böhmen und Mähren.

Eing.: 4. MRZ. 1941

Tgb. Nr.: .....

An den  
Persönlichen Referenten  
des Staatssekretärs beim Reichsprotektor  
in Böhmen und Mähren  
1/4-Obersturmbannführer Dr. G i e s  
- persönlich -

P r a g

Betr.: Monatsbericht über die politische Entwicklung  
im Protektorat Böhmen und Mähren im Februar 1941

Anlg.: -1-

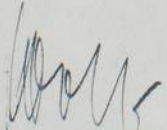
Als Anlage wird der Monatsbericht Februar 1941 des  
SD-Leitabschnitts Prag mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und zum Verbleib überreicht.

Der Bericht ist als geheim nur für den persönlichen  
Dienstgebrauch des Empfängers bestimmt.

i. V.

gez. Dr. E i l e r s  
1/4-Obersturmbannführer

F.d.R.:

  
1/4-Sturmbannführer

*VE*

Sicherheitsdienst Rf//  
SD-Leitabschnitt Prag

86  
Prag-Bubentfch 4. Februar 1941  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

E

sch. S. Nr. 468/41

**G e h e i m**

Büro des Staatssekretärs  
beim Reichsprotektor  
in Böhmen und Mähren.

Eing.: - 6. FEB. 1941

Tgb. Nr.: .....

**Persönlich**

An den  
Herrn Staatssekretär  
beim Reichsprotektor in Böhmen und Mähren  
44-Gruppenführer K.H. Frank  
- persönlich -

P r a g

Betr.: Monatsbericht über die politische Entwicklung  
im Protektorat Böhmen und Mähren im Januar 1941.

Anlg.: -1-

Als Anlage wird der Monatsbericht Januar 1941 des SD-Leitabschnitts Prag mit der Bitte um Kenntnisnahme überreicht.

Nachdem in den früheren Monats- und Jahresberichten nach und nach ein umfassender Überblick über die Lage des Deutschtums im Protektorat gegeben worden ist, fällt dieses Kapitel in der Monatsberichterstattung des SD-Leitabschnitts zukünftig fort. Die Berichte beschränken sich also auf eine Darstellung der Lage und des Verhaltens der Tschechen auf den verschiedenen Lebensgebieten, während die Probleme der Deutschtumspolitik Sonderberichten an die jeweils zuständigen Stellen vorbehalten bleiben.

i. V.

*H. G. Eilers*

H-Obersturmbannführer.

St. G. Eilers

Sicherheitsdienst RfH  
SD-Leitabschnitt Prag  
E

sch. S. Nr. 469/41

Prag-Bubentfch  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

87  
4. Febr. 1941

**G e h e i m**

**Persönlich**

An den  
Persönlichen Referenten  
des Staatssekretärs beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren  
H-Obersturmbannführer Dr. G i e s  
- persönlich -

*H.*  
*i. d. d.*  
*1. 2/2. 41.*

P r a g

Betr.: Monatsbericht über die politische Entwicklung  
im Protektorat Böhmen und Mähren im Januar 1941

Anlg.: -1-

Als Anlage wird der Monatsbericht Januar 1941 des SD-  
Leitabschnitts Prag mit der Bitte um Kenntnisnahme über-  
reicht.

Nachdem in den früheren Monats- und Jahresberichten nach  
und nach ein umfassender Ueberblick über die Lage des  
Deutschtums im Protektorat gegeben wurde, fällt dieses  
Kapitel in der Monatsberichterstattung des SD-Leit-  
abschnitts zukünftig fort. Die Berichte beschränken  
sich also auf eine Darstellung der Lage und des Verhaltens  
der Tschechen auf den verschiedenen Lebensgebieten, während  
die Probleme der Deutschtumpolitik Sonderberichten an  
die jeweils zuständigen Stellen vorbehalten bleiben.

i.V.

*G. G.*

H-Obersturmbannführer

G. G. V 1/2 -

Der Führer  
des SD-Leitabschnitts Prag

Prag-Bubentfch  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

15. Jan. 1941

88

**G e h e i m**

neb. S. Nr. 128/41

**Persönlich**

An den  
Persönlichen Referenten  
des Staatssekretärs beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren  
1/4-Obersturmbannführer Dr. G i e s  
- persönlich -

1/2  
1/2. d. 4.  
1/2 6/2.47.

P r a g

Betr.: Politische Entwicklung im Protektorat Böhmen  
und Mähren im Jahre 1940

Anlg.: 1

Als Anlage überreiche ich einen Jahresbericht des  
SD-Leitabschnitts Prag über die politische Entwick-  
lung im Protektorat Böhmen und Mähren mit der Bitte  
um Kenntnisnahme und zum Verbleib.

Der Bericht ist als geheim nur für den persönlichen  
Dienstgebrauch des Empfängers bestimmt.

*Joachim*

1/4-Obersturmbannführer

*VE*

Der Führer  
des SD-Leitabschnitts Prag

Prag-Bubentich  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

89  
15. Jan. 1941

**G e h e i m**

sch. B. Nr. 123/41

**Persönlich**

An den  
Herrn Staatssekretär  
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren  
SS-Gruppenführer K.H. F r a n k  
- persönlich -

P r a g

*M*  
*i. d. S.*  
*12/1.41.*

*(Antoni)*

Betr.: Politische Entwicklung im Protektorat Böhmen  
und Mähren im Jahre 1940

Anlg.: -1-

Als Anlage überreiche ich einen Jahresbericht des  
SD-Leitabschnitts Prag über die politische Entwick-  
lung im Protektorat Böhmen und Mähren mit der Bitte  
um Kenntnisnahme und zum Verbleib.

Der Bericht ist als geheim nur für den persönlichen  
Dienstgebrauch des Empfängers bestimmt.

*Wojan*

SS-Obersturmbannführer

*Wojan*

90

Geheim

Monatsberichte des Sicherheitsdienstes RF 44  
SD Leitabschnitt Prag.

2 Stück 1. November (1.X./31.X.40)  
1 Stück 1. Dezember (November 1940)

für das Archiv erhalten zu haben  
bescheinigt

Prag d. 11. 12. 40.

Z. d. d. d. f. l. u. v.  
11/12

~~X. o. u. v.~~  
T. G.

91

Sicherheitsdienst RfH  
SD-Leitabschnitt Prag

E 1

Prag=Bubentfch , 21. Nov. 1940.  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

An  
H-Obersturmbannführer Dr. G i e s  
Prag.

Betr.: Verwaltungsbericht des Oberlandrates Iglau für die  
Zeit v. 21.9. bis 20.10.40.

Anlg.: 1 Bericht.

Anliegend wird nach Anzeichnung der interessant er-  
scheinenden Stellen der Verwaltungsbericht des Oberlandrates  
Iglau v. 21.10.40 zurückgesandt.

*[Handwritten signature]*  
H Sturmbannführer

*1) Bemerk: bezugnahme hier auf  
Stunde zurückgeleitet.*

*2) S. a. d.*

*h. 25/11.40.*

*[Handwritten initials and signature]*  
DE  
Post

Sicherheitsdienst Rf//

SD-Leitabschnitt Prag

B 4 - VA.1515/1

92  
Prag-Bubentŝch, den 18.11.1940  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

An den  
Persönlichen Referenten des  
Herrn Staatssekretärs beim  
Reichsprotector in Böhmen u. Mähren,  
SS-Obersturmbannführer G i e s

P r a g

*1/ Kommand: Befragung am*

*heutigen Tage am Saug*

*keine Festlegung zu machen.*

*led.*

*12/12. 11. 40.*

Betr.: F i l o u ŝ , Franz, ehem. tschech. Unterleutnant,  
zuletzt Eisenbahnpraktikant in Jilowitz/Wittingau. -  
Anklage wegen Mordes.

Vorg.: Dort.Vermerk vom 4.11.40.

Anlg.: 1 urschriftlich.

Anliegend werden die seinerzeit überlassenen Vorgänge  
über F i l o u ŝ nach Kenntnisnahme und Auswertung zurück-  
gereicht.

*1. 12/11.40.*

*DE*  
*i. G. Swob*  
44-Hauptsturmführer

Sicherheitsdienst Rf//  
SD-Leitabschnitt Prag

E 1

93  
Prag-Bubentſch, 16. Nov. 1940.  
Sachfenweg  
Fernſprecher 77444

An

1/1-Oberſturmbannführer Dr. G i e s

P r a g .

Betr.: Verwaltungsbericht des Oberlandrates M.Ostrau  
v. 20.10.1940.

Anlg.: 1 Bericht.

Anliegend wird ein Verwaltungsbericht des Oberlandrates Mähr.Ostrau nach Kenntnisnahme und Auswertung zurückgesandt. Die interessant erscheinenden Stellen wurden angezeichnet.

i. g.  
*[Handwritten signature]*

Sicherheitsdienst Rf//  
SD-Leitabschnitt Prag

E

Prag=Bubentfch, 5. Dez. 1940. 94  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

An

W-Obersturmbannführer Dr. G i e s

P r a g .

Betr.: Verwaltungsberichte der Oberlandräte Pilsen, Zlin,  
Budweis, Tabor, Pardubitz, Königgrätz, Kladno,  
Klattau, Olmütz, Brünn, Jitschin u. Mähr.Ostrau.

Anlg.: 12 Mappen.

Anliegend werden 12 Oberlandratsberichte nach An-  
zeichnung der interessant erscheinenden Stellen zurück-  
gesandt.

15.  
1. 12. 40  
Thomson

W-Obersturmbannführer

Sicherheitsdienst RF//  
SD-Leitabschnitt Prag

E 1

Prag-Bubentfch, 12. Dez. 1940. 95  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

An

SS-Obersturmbannführer Dr. G i e s

Pr a g .

Betr.: Verwaltungsberichte der Oberlandräte Prag und  
Kolin.

Anlg.: 2 Mappen.

Anliegend werden die Verwaltungsberichte der Oberlandräte Prag und Kolin nach Auswertung und Anzeichnung der interessant erscheinenden Stellen zurückgesandt.

*G. G.*  
*Thomson*

SS-Obersturmbannführer

Prag, den 28. Dezember 1940.

1. Vermerk.

-----

Von den einschlägigen Verwaltungsberichten hat der Herr Staatssekretär Kenntnis genommen. Sie wurden in den Geschäftsgang zurückgeleitet. Weiteres ist vom Büro des Herrn Staatssekretärs nicht zu veranlassen. Daher

2. z.d.A.

VE  
A. — .

Der Führer  
des SD-Leitabschnitts Prag

Prag-Bubentfch, 1. November 1940. 97  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

**G e h e i m**

**Persönlich**

An den  
Herrn Staatssekretär beim  
Reichsprotector in Böhmen und Mähren  
1/4-Gruppenführer K.H. Frank  
Prag.

Betr.: Monatsbericht über die politische Entwicklung im  
Protectorat Böhmen und Mähren im Oktober 1940.

Anlg.: 1.

Als Anlage überreiche ich den Monatsbericht Oktober 1940  
des SD-Leitabschnitts Prag mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und zum Verbleib.

Der Bericht ist als geheim nur für den persönlichen  
Dienstgebrauch des Empfängers bestimmt.

*Hj.*  
Z) bemerkt: Bericht liegt dem Herrn  
Staatssekretär vor.

*Hj. Frank*  
1/4-Obersturmbannführer.

*Hj. L. a. d.*

*Hj. 9/11.40.*

*Hj.*

Sicherheitsdienst Rf//  
SD-Zeitabschnitt Prag

B 2 - PA 1796

Prag-Bubentisch 31.10.40  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

98

Büro des Staatssekretärs  
beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren.

Eing.: 7. NOV. 1940

Tgb. Nr.: .....

An den  
persönlichen Referenten des Staatssekretärs  
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren,  
1/4-Obersturmbannführer Dr. Gies  
Prag

*Ignaz!*  
*1.8.12.40*

Betr.: J a n k u, Ignaz, Dr., geb. 7.5.1890 in Rohle, Bez. Hohen-  
stadt, kath., z.Zt. Rat der politischen Verwaltung der Lan-  
desbehörde in Brünn, wohnh. Brünn, Pelikogasse 3.

Vorg.: Dort Vermerk v. 9.8.39, hier Schr.v. 12.8.49.

In der Zwischenzeit wurde hier folgendes über Janku noch er-  
mittelt:

J. trat im Jahre 1918 in den Verwaltungsdienst ein und war  
erst bei der Bezirkshauptmannschaft in Sternberg unter dem damali-  
gen Leiter, dem jetzigen Landesvizepräsidenten Drbal, tätig. Als sei-  
nerzeit am 4.3.1919 Drbal von der empörten Volksmenge zum Bahnhof  
geführt wurde, um Sternberg sofort zu verlassen, suchte Janku die-  
sen in seinem Versteck auf und veranlaßte ihn, auf seinen Posten  
zurückzukehren, da, wie er sich ausdrückte "die Luft bereits rein  
sei".

In Datschitz, wohin J. später versetzt wurde, gab er seine  
Kinder in die tschechische Schule, obwohl er die Möglichkeit gehabt  
hätte, diese in die deutsche Schule der Nachbargemeinde Zlabings  
zu schicken. Damals war auch die Umgangssprache in seinem Hause  
tschechisch. Ferner wird ihm zum Vorwurf gemacht, daß er es während  
seiner Dienstzeit in Mähr.-Trübau einmal fertiggebracht hätte, bis  
zur vorgerückten Stunde im Gasthaus zu sitzen und den Gastwirt wegen  
Überschreitung der Polizeistunde zur Verantwortung zu ziehen. An-  
läßlich seiner Versetzung im Oktober 1938 ins Sudetenland oder nach  
Niederdonau, soll er alle Hebel in Bewegung gesetzt haben, um in  
Datschitz verbleiben zu können. Kurze Zeit darauf erfolgte seine  
Ernennung zum stellvertretenden Präsidialvorstand der Landesbehörde  
in Brünn. Dieser Berufung zeigte er sich aber in keiner Weise ge-  
wachsen. Als Deutscher wurde J. dann vom Landesvizepräsidenten

*G. VE 2. d. St.*

98a

Büro des ...  
Dr. Schwabe ...  
Wochen ...  
werden. ...  
Angelegenheiten ...

Dr. Schwabe, in dessen Büro berufen, mußte aber nach einigen Wochen wegen lässiger Führung der Amtsgeschäfte entlassen werden. Auch bestand der Verdacht, daß er vertrauliche Angelegenheiten den Tschechen mitteilte.

In letzter Zeit werden nunmehr auch verschiedentlich Klagen gegen ihn als stellvertretenden Präsidentialchef laut. Erst in den letzten Tagen hatte er einen heftigen Zusammenstoß mit dem deutschen Primarius der Landeskrankenanstalt in Brünn, da er die Bestellung eines deutschen Oberarztes nicht durchführen wollte. Der Primarius hatte vor 4 Monaten die Ernennung seines Sekundararztes Dr. Pilny zum Oberarzt beantragt. Auf die erste Anfrage, wann mit der Ernennung seines Sekundararztes zu rechnen sei, teilte Dr. Janku mit, daß er von den ganzen Dingen nichts wüßte und außerdem ein Antrag bei ihm nicht eingegangen sei. Es wurde ihn daraufhin sofort eine Abschrift des Schreibens durch Boten zugestellt. Als nach einer gewissen Zeit wieder angefragt wurde, wurde mitgeteilt, daß von Dr. Pilny nicht die nötigen Daten vorhanden seien, infolgedessen eine Bearbeitung nicht möglich sei. Der Primarius Dr. Marquort hatte daraufhin eine Auseinandersetzung mit Dr. Janku und bemerkte bezüglich der Daten, daß Dr. Pilny bereits seit dem 1.4.40 in Landesdiensten stehe und auch Gehalt beziehe. Trotz dieser Aussprache wurde nach einiger Zeit wiederum nach fehlenden Daten angefragt und zwar, ob Herr Dr. P. überhaupt verheiratet wäre. Der deutsche Primarius setzte sich daraufhin mit dem Herrn Ministerialrat Naudé und dem Landesvizepräsidenten in Verbindung, worauf dann endlich nach gut 4 Wochen die Ernennung des Dr. P. zum Oberarzt erfolgte.

Auch unter der deutschen Beamtenschaft der Landesbehörde herrscht gegen J. begründetes Mißtrauen. J. spricht heute noch mit den meisten Beamten fast ausschließlich tschechisch und steht im Verdacht, daß er die Deutschen sowohl beim Landespräsidenten Dr. Caha und bei dem chauvinistisch eingestellten Präsidentialchef Dr. Polach denunziert. Als stellvertretender Präsidentialchef wird er heute als untragbar bezeichnet und seine Entfernung von diesem Posten immer dringender gefordert.



1-18317  
*[Handwritten signature]*

Sturmkommandant





Sicherheitsdienst RfH  
SD-Leitabschnitt Prag

E 3 - PA 999

101  
Prag-Bubentfch 8. Oktober 1940.  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

An den  
Herrn Staatssekretär  
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren  
44-Gruppenführer F r a n k

P r a g  
-.-.-.-.-

Betr.: J e l i n e k , S.W., Schriftsteller, Keeg b. Prag  
Nr. 462.

Vorg.: Dort.Schr.v. 8.4. - Hies.Schr. v. 28.6. u. 20.8. - E 3.

Der Schriftsteller J e l i n e k , geb. am 17.10.1905 in Prag, und dessen Ehefrau Antonie, geb. Adamek, die sich am 15. Mai 1940 zur Feststellung ihrer deutschen Volkszugehörigkeit gemeldet haben, erfüllen die Voraussetzungen der Verordnung vom 20. April 1939 (RGBl. 815) nicht; sie gelten als fremdstämmig. Den Antragstellern wurde daher durch den Oberlandrat ein ablehnender Bescheid erteilt. Ebenso konnte dem Antrag auf Genehmigung zur Änderung des Namens Jelinek in "Jöring" nicht entsprochen werden, da die Bearbeitung von Namensänderungen von Reichsbehörden bis auf weiteres eingestellt ist.

13/11

2. a. d.

13/11. 40.

*St. S.*  
44-Obergruppenführer

St. S. 11

Der Führer  
des SD-Leitabschnitts Prag

**G e h e i m**

Prag-Bubentfch  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

1. Okt. 1940

102

sch. S. Nr. 3998/40

**Persönlich**

An den  
Persönlichen Referenten  
des Staatssekretärs beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren  
H-Obersturmbannführer Dr. G i e s  
- persönlich -

*W*  
*S. d. d.*  
*1. 5/10. 40*

P r a g

Betr.: Monatsbericht über die politische Ent-  
wicklung im Protektorat Böhmen und Mähren  
im September 1940

Anlg.: -1-

Als Anlage überreiche ich den Monatsbericht  
September 1940 des SD-Leitabschnitts Prag mit  
der Bitte um Kenntnisnahme und zum Verbleib.

Der Bericht ist als geheim nur für den persönlichen  
Dienstgebrauch des Empfängers bestimmt.

*W. Gies*

H-Obersturmbannführer

*W. Gies*  
*1. 5/10. 40*

**Der Führer  
des SD-Leitabschnitts Prag**

103  
Prag-Bubentfch, 1. November 1940.  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

Obj. N. Nr. 4568/40

**G e h e i m**

**Persönlich**

An den  
Persönlichen Referenten des Staatssekretärs  
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren  
H-Obersturmbannführer Dr. G i e s  
P r a g .

Betr.: Monatsbericht über die politische Entwicklung im  
Protectorat Böhmen und Mähren im Oktober 1940.  
Anlg.: 1.

Als Anlage überreiche ich den Monatsbericht Oktober 1940  
des SD-Leitabschnitts Prag mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und zum Verbleib.

Der Bericht ist als geheim nur für den persönlichen  
Dienstgebrauch des Empfängers bestimmt.

*Bohm*  
H-Obersturmbannführer.

104

**Der Führer  
des SD-Leitabschnitts Prag**

L

Prag-Bubentich, den 20.9.1940.  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

An den  
Herrn Staatssekretär  
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren,  
1/4-Gruppenführer K.H. F r a n k,

P r a g.

Betr.: Oberlandrat Dr. R i n g e l, Königgrätz.  
Anlg.: 1.

Als Anlage übersende ich die Niederschrift über eine  
Konferenz der Bezirkshauptleute und Vorstände der Re-  
gierungspolizeiämter beim Oberlandrat in Königgrätz  
am 22.8.1940 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mir ist nicht bekannt, inwieweit der Oberlandrat berech-  
tigt war, derart weitgehend über bestimmte Maßnahmen  
des Reichsprotectors die Tschechen zu unterrichten.

*Jošua*

1/4-Obersturmbannführer

*Lesen von Lösungsweg  
zu Maßnahmen!*

*20/9*

*21/9  
fr A Spawman  
to am 8. not. n  
w. min A. Ringel  
gruppen mit  
to*

*TE*

104a

12/10.

H. Kreisler

Herrn Dr. Ringel wegen seiner  
 neuig in der letzten Kreisversammlung  
 beabsichtigt in. wieweit. Er sei nicht beabsichtigt,  
 ob es die dort die für die Arbeit  
 auszuführen, die immer wieder  
 die Hilfeleistungen für die totalen  
 Ausbelebungen der Gruppen beabsichtigen  
 sein, darauf er in der nächsten  
 Sitzung aufmerksam gemacht sein.

H. Ringel wird in Zukunft bei  
 größeren Angelegenheiten verpflichtet sein  
 vor Augen zu stellen, dass es nicht  
 nur durch die Landesämter - Bürger-  
 meisterschaft.

H. Kreisler hat, die Sache durch die  
 anderen zu lassen, gegebenenfalls  
 H. Ringel bei der Beförderung in  
 die nächst höhere Stelle zu beabsichtigen.

H. Kreisler

11936



105

A b s c h r i f t !

Übersetzung

Betr.: Konferenz der Bezirkshauptleute und Vorstände der Regierungs-Polizeiämter, die vom Oberlandrat in Königgrätz auf den 22. August 1940 in die Sommerfrische Höllengrund einberufen wurde.

Das Programm der Augustkonferenz der Bezirkshauptleute und Vorstände der Regierungs-Polizeiämter hat im ganzen 39 Punkte, welche einen Tag vor der Konferenz bestimmt wurden.

Vor dem eigentlichen Programm betonte der Herr Oberlandrat, daß verschiedene Gerüchte, die wieder in letzter Zeit die tschechische Bevölkerung erregt haben, gänzlich gegenstandslos sind. Er bemerkte, daß die Gerüchte über eine Möglichkeit der Aufhebung des Protektorates gänzlich gegenstandslos sind, gerade wie die Gerüchte über eine angebliche Übersiedlung der Bevölkerung aus dem Gebiete des Protektorates. Dabei betonte er vor allem, daß der Führer und Reichskanzler sein Wort nicht brechen werde und bat, daß die Vorstände der Ämter in dieser Richtung die Bevölkerung belehren.

Im nächsten Punkt wies der Herr Oberlandrat darauf hin, daß es nicht nötig sei, irgend eine Versorgungskrise zu befürchten, da im Reich in dieser Hinsicht auf Jahre hindurch genügende Vorbereitungen getroffen wurden. Es läßt sich allerdings nicht verheimlichen, daß ein vorübergehender Mangel an Weizen entstehen wird, es ist aber kein Grund zu irgendwelchen Besorgnissen und Beunruhigungen vorhanden. Das Ergebnis der heurigen Ernte war mittelgut, auf dem Gebiete des Protektorates gut, die Rübenenernte war um 14 % höher, sodaß mehr Zucker exportiert werden kann als bisher. Die Achtgrädigkeit des Bieres bleibt unverändert.

Ganz offen erwähnte aber der Herr Oberlandrat die sehr schwierige Situation der Kohlenversorgung, da das Reich mit Lieferungen nach Italien, Holland, Dänemark und Norwegen gebunden ist; es wird aber Frankreich nicht versorgen, da dort die eigenen Bergwerke durch französisches und englisches Militär zerstört wurden. Der Mangel an Kohlen wird wahrscheinlich einen eingeschränkten Unterricht an den Schulen zur Folge haben, da die vorhandenen Kohlenmengen in die einzelnen Haushalte, Krankenhäuser und zum

b.w.

105a

Dreschen des Getreides aufgeteilt werden müssen.

Vom 1. Oktober 1940 wird für die deutschen Angestellten des Protektorates (für Angestellte deutscher Nationalität) mit Wirkung vom 1. Juli eine finanzielle Ausgleichszulage eingeführt, laut welcher diese Angestellten den reichsdeutschen Angestellten gleichgestellt werden. Der Unterschied zwischen dem Gehalt, welcher von den Protektoratsämtern gezahlt wird und dem neuen Gehalt, wird vom Reich gedeckt. Es ist verständlich, daß diese Verfügung unter den Protektoratsangestellten tschechischer Nationalität eine gewisse Aufregung zur Folge haben wird; es ist aber auch sicher, daß es notwendig wird, im gewissen Maße auch die Gehälter der Protektoratsangestellten tschechischer Nationalität anzugleichen, was dadurch erreicht wird, daß die überzähligen Kräfte entlassen werden. Wahrscheinlich wird diese Verfügung vornehmlich die ehemaligen Legionäre treffen. Zum Ausgleich der Gehälter wird es auch aus dem Grunde kommen, da die Aufhebung der Zollgrenze in Kürze zu erwarten ist (wahr scheinlich vom 1. Oktober 1. J.)

Am 1. Oktober kommt es zur Reorganisation einer Anzahl von Oberlandratsämtern. Es werden aufgehobendie Ämter der Oberlandräte in Melnik und Deutsch-Brod. Der politische Bezirk Horschitz kommt in den Bereich des Oberlandrates in Königgrätz.

F.d.R.d.Abschrift:

Herrn gen.



63610

106

Prag, den 17. Oktober 1940.

SD 17. X. 1940

L  
H

H.  
i. d. d.  
17/10.40.

G.R. mit 2 Anlagen

-----  
H-Obersturmbannführer Böhme,  
P r a g ,  
-----

unter Bezugnahme auf den Inhalt der von dem Herrn Unterstaatssekretär v. Burgsdorff unter dem 12.d.Mts. abgegebenen Stellungnahme zur Kenntnis übersandt.

H e i l H i t l e r !

*[Handwritten signature]*

H-Obersturmbannführer.

St. G. *[Handwritten initials]*

Sicherheitsdienst RfH  
SD-Leitabschnitt Prag  
B 2 - PA 8402

Prag-Bubentfch 5.9.40 107  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

Büro des Staatssekretärs  
beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren.  
Eing.: 6. SEP. 1940  
Tgb. Nr.: 4675

An den  
Herrn Staatssekretär  
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren,  
Hauptgruppenführer Frank  
Prag

Betr.: K r i e s e r, Helmuth, geb. 3.3.04 in Frankfurt/Main,  
verh., 1 Kind, ev., fr.wohnh. Berlin-Frohnau, Sieges-  
mundkorso, jetzt Prag.

Vorg.: Dort Vermerk v. 15.8.40.

Über die politische Vergangenheit des K r i e s e r  
vor der Machtübernahme konnte nichts ermittelt werden. Er  
ist seit dem 1.5.1937 Mitglied der NSDAP und ausserdem Ange-  
höriger der SA. Seine Frau ist Blockleiterin in der NS-Frauen-  
schaft.

In politischer und charakterlicher Hinsicht wurde Nach-  
teiliges über den Landgerichtsrat Krieser nicht bekannt.

i. d.  
Thun

Hauptsturmführer

Fr 12/9. 40.  
i. d. d.  
1. 13/9. 40.

108

Sicherheitsdienst RfH

SD-Leitabschnitt Prag

Prag-Bubentfch, den 3. September 40  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

**G e h e i m**

G e h e i m !

D 1

An

sch. B. Nr. 3586/40

Sturmbannführer G i e s

P r a g

Betr.: Z e j b d r l i c h, Prag

Vorg.: Dort 14.8.40 und 20.8.40

Das von Zejbdrlich an Lord Hamilton Douglas gerichtete Schreiben wurde überprüft. Ein Versuch des Z., durch diesen Brief nachrichtendienstlich tätig zu werden wurde in keiner Weise festgestellt.

*f. 12/9*

*sd.  
i. d. d.  
1. 12/9. 40.*

*i. B.*

*[Signature]*

Sturmbannführer

Der Führer  
des SD-Leitabschnitts Prag

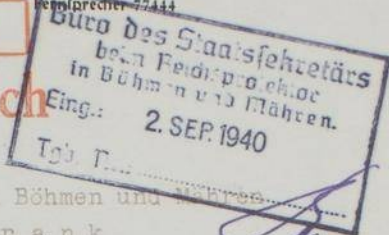
Verb. S. Nr. 3465/40

**G e h e i m**

**Persönlich**

Prag-Bubentfch 1.9.1940

Sachfenweg  
Telefonnummer 47444



An den  
Herrn Staatssekretär  
beim Reichsprotektor in Böhmen und Mähren  
4-Gruppenführer K.H. F r a n k  
- persönlich -

P r a g

Betr.: Monatsbericht über die politische Ent-  
wicklung im Protektorat Böhmen und Mähren  
im August 1940

Anlg.: -1-

Als Anlage überreiche ich den Monatsbericht <sup>X</sup>  
August 1940 des SD-Leitabschnitts Prag mit der Bitte  
um Kenntnisnahme und zum Verbleib.

Der Bericht ist als geheim nur für den persönlichen  
Dienstgebrauch des Empfängers bestimmt.

*X in Oberteil.*

*[Signature]*

44-Obersturmbannführer

St. S. *DE* *IE*

Sicherheitsdienst Rf//  
SD-Leitabschnitt Prag

B 2

An den  
Herrn Staatssekretär,  
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren,  
1/4-Gruppenführer K.H. Frank  
Prag

Betr.: L ö s e l, Dr. Franz, Professor, geb. 20.2.1901 in Iglau,  
wohn. Iglau, Stürzergasse 9.

Vorg.: Dort Vermerk vom 12.7.40.

Anlg.: 1

Die Ermittlungen über Dr. Franz L ö s e l haben seine politische Zuverlässigkeit bestätigt. Der Kreisleiter Siegl, Iglau, erhielt über L. einen ausführlichen Bericht, welcher in Durchschrift beigelegt ist.

Prag-Bubentich 14.8.40  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

Büro des Staatssekretärs  
beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren.

Eing.: 15. AUG. 1940

Telef. Nr. 4809

*St. Siegl*

1/4-Obersturmbannführer

*16/9*

*0.4.*  
*z. a. d.*

*1. 16/9.40.*

110

Vertraulich !

An die  
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei,  
Kreisleitung Iglau  
z.Hd. des Kreisleiters Pg. Dr. Franz S i e g l  
I g l a u

Betr.: L ö s e l, Dr., Franz, Professor, geb. 20.2.1901 in Iglau,  
wohnh. Iglau, Stürzergasse 9.

Vorg.: Ohne.

Eine vorgesetzte Stelle ersucht um Nachprüfung der gegen Dr. Franz Lösel im Umlauf befindlichen Gerüchte. Lösel wurde vor allem zum Vorwurf gemacht, früher Sozialdemokrat gewesen zu sein. Die hierauf durchgeführten Ermittlungen haben folgendes ergeben:

Lösel war früher als Mittelschullehrer in Troppau, Freudental und Ellbogen tätig. Er gehörte bereits 1917 dem deutschen Wandervogel in Brünn an und betätigte sich auch damals schon im völkisch ausgerichteten Turnverein. Als er im Jahre 1928 nach Pilsen versetzt wurde, trat er dort der sozialdemokratischen Partei bei, da er befürchtete, wegen seiner früheren völkischen Betätigung sonst seine Existenz zu verlieren. Mitbestimmend für diesen Schritt war auch der Gedanke der Böhmerlandbewegung, dass ihre Anhänger zur Überwindung der Parteien von Innen heraus möglichst in alle politischen Parteien hineingehen müssen.

Lösel hatte in Pilsen schon nach kurzer Zeit Streitigkeiten mit den Funktionären der sozialdemokratischen Partei, weil er als ausgesprochener Antisemit versuchte, die führenden Juden zu verdrängen. Er brachte auch seinerzeit als einziger deutscher Lehrer den Mut auf, sich gegen die jüdische Leitung des Staatsreform-Realgymnasiums in Pilsen aufzulehnen. Ebenso vertrat er auch den Tschechen gegenüber die deutschen Interessen.

Mia

- 2 -

Das Verhalten Lösels die ganzen Jahre hindurch und sein Einsatz für das Deutschtum lassen klar erkennen, dass eine innere Bindung zur sozialdemokratischen Partei bei ihm wohl niemals bestanden hat. Als er im Jahre 1930 auf Drängen der jüdischen Kreise von Pilsen nach Mies versetzt wurde, trat er sofort dem "Bund der Deutschen" bei und war dort zuletzt als Bezirksfachwart für Bevölkerungspolitik eingesetzt. L. ist ferner Gründungsmitglied der SHF-Ortsgruppe Mies.

Er wird im allgemeinen als ein durchaus zuverlässiger, ehrlicher und strebsamer Mensch bezeichnet, der sich infolge seiner kämpferischen Veranlagung bei seinen Kollegen zwar unbeliebt machte, von seinen Schülern jedoch stets geachtet wurde. Auch hat er sich als einer der grössten Idealisten und unermüdlichsten Vorkämpfer für die Neuordnung des deutschen Schulwesens in der Iglauer Volksinsel verdient gemacht. Durch seine Tätigkeit nach der Errichtung des Protektorates hat L. seine politische Zuverlässigkeit unter Beweis gestellt. Seine Arbeit als Kreisamtsleiter für Erzieher bei der Kreisleitung Iglau findet allgemeine Anerkennung.



63604

Sicherheitsdienst Rf//  
SD-Leitabschnitt Prag

B 2 PA 7655

Prag-Bubentfch 20. Juli 1940.  
Sachsenweg  
Fernsprecher 77444

Büro des Staatssekretärs  
in Böhmen und Mähren.  
Eing.: 23. JULI 1940  
Tgb. F. 3944

An den

Herrn Staatssekretär beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren,  
K-Gruppenführer Frank,

*Wagner!*  
*1.7.40.*

Prag.

Betr.: Student Emil Peuker, geb. 27.5.1910 in Althabendorf, z.Zt. im KZ Sachsenhausen.

Vorg.: Dort. Vermerk vom 24.6.1940.

Emil Peuker wurde bereits am 16.4.1940 von der Staatspolizeileitstelle Reichenberg vernommen. Zum Fall Direktor Dürr gab Peuker sr.Zt. folgendes an:

".... Mit der bzw. für die "Prager Presse", das Organ des tschechischen Außenministeriums, habe ich nicht gearbeitet. Wohl hat der Dir. Dürr mit einem gewissen Bretscholz und einem Manne namens Lustig oder Laurin, der ein Jude war, zusammengearbeitet. Dürr hat diesen die von mir an ihn weitergeleiteten Dokumente und Fotokopien übergeben. Dürr sagte mir einmal, daß er der Prager Presse Schriften bzw. Fotokopien von den von mir an ihn gelieferten Briefen oder Schriften verkauft habe. Bei einer anderen Gelegenheit sagte er mir auch, daß er von diesen Schriften bzw. Briefen und dergl. Originale und Fotokopien an den Kanzler der ehem. CSR, Schamal, gegeben habe. Zwischen Dürr und Schamal fand im Juni 1936 auf der Prager Burg eine Zusammenkunft statt. Dürr hatte für diese Zusammenkunft von dem Reichenberger Bürgermeister Koska ein Empfehlungsschreiben an Schamal erhalten. Dieses Schreiben hat mir Dürr seinerzeit gezeigt.

Für die gelieferten Schriften habe ich von Dürr stets Geldzuwendungen erhalten, womit ich meine Ausgaben bestritt und Förster bezahlte, der mir die Briefe und Schriften zugänglich machte bzw. zur Verfügung stellte. Die Höhe der jeweiligen Summen, die mir Dürr von Fall zu Fall zahlte, ist mir nicht mehr bekannt, es können jedoch insgesamt 4000 bis 5000 Kč. gewesen sein.".....

Emil Peuker befindet sich seit dem 6.6.1940 im KZ Sachsenhausen.

*St.S.*

*Wagner*  
*1.7.40.*



Sicherheitsdienst RfH

SD-Zeitabschnitt Prag

E 5 - PA 2822

Prag-Bubentich , 10.6.1940. 114

Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

An den  
persönlichen Referenten des Staatssekretärs  
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren  
H-Sturmabführer Dr. G i e s

P r a g .

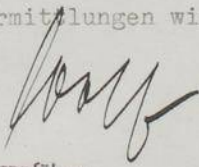
Betr.: H o l l m a t z , Herta, Schriftleiterin, Prag II,  
Krakauergasse 12.

Vorg.: Dort vom 22.12.39, hier vom 9.1.40 und 22.2.40.

In Ergänzung und teilweiser Berichtigung des hiesigen Schreibens vom 22.2.40 wird folgendes mitgeteilt:

Frau Hollmatz hat dem H-Untersturmabführer Büxenstein ihren Ahnennachweis vorgelegt, worin vom Standesamt Köln beglaubigt wird, dass ihr Grossvater Ludwig Zuber, geb. im Januar 1865, getauft im Februar 1865, evangelischen Glaubens war.

Über das Ergebnis noch laufender Ermittlungen wird unaufgefordert nachberichtet.

i. a. 

# Sturmabführer

*f. 14/6*

*Vorgang!  
1. 7/16.40.*

*W. h. V#e*

**Sicherheitsdienst RfH**  
**SD-Leitabschnitt Prag**

D - PA 1987

Prag-Bubentfch 6. 6. 40  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

115

Büro des Staatssekretärs  
beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren.  
Eing.: 8. JUNI 1940  
Tgb. Nr.: 3274

biel!  
bezang!  
1/15/1.40

118/6

An den  
Herrn Staatssekretär  
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren  
H-Gruppenführer K. H. Frank  
Prag  
z.H. H-Sturmbannführer G i e s s

Betr.: K l o č u r a k Štefan, ehemaliger Minister  
der karpato-ukrainischen Regierung, Prag XII,  
Anglická 11

Vorg.: Dort.Schrö. vom 15.5. 40

Kločurak war Minister der Karpatho-Ukraine (in der Regierung Vološin) und flüchtete bei deren Anschluß an Ungarn nach Prag. Kločurak ist tschechophil und Panславist. Seine ausgezeichneten Verbindungen zu den Tschechen stammen aus dem Jahre 1918. Damals verweigerte er mit seinem Infanterieregiment dem Prager Stadtkommandanten den Gehorsam und lief zu den Tschechen über. Als Anerkennung seiner Haltung stellten ihn diese später an die Spitze der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Karpatho-Ukraine (im Karpatho-Rußland der tschechoslowakischen Republik). In dieser Stellung deckte er dann verschiedene Schiebungen beim Holzschlag in den Wäldern der Karpatho-Ukraine, die den tschechischen Agrariern Millionen eintrugen. Während seiner Amtszeit gelang es ihm auch gute Beziehungen zum tschechischen Klerus herzustellen.

Vg

Nach seiner Flucht nach Prag organisierte er mit Dr. S o - k o l die karpato-ukrainische Flüchtlingshilfe und sammelte in dieser Eigenschaft einen grossen Kreis von Anhängern, mit welchen er im Feber 1939 mit den Tschechen ein Abkommen geschlossen haben soll, wonach eine eventuelle

115a

Groß-Ukraine den Schutz des tschechischen Volkes vor dem deutschen Drang nach Osten übernehmen würde.

Kločurak soll bis in die jüngste Zeit mit tschechischen Kreisen im Ausland Verbindung gehabt haben, vor allem nach London, wo sich sein Sohn aufhielt und nach Paris. Nach einer eingegangenen Meldung soll er die Absicht haben oder wenigstens gehabt haben, in Amerika eine ruthenische Liga zu gründen und zu diesem Zweck heimlich das Protektorat zu verlassen.

In der ukrainischen Emigration genießt Kločurak vor allem in nationalistischen Kreisen kein besonderes Vertrauen.

i. V. E. Richard  
4-Sturmbannführer



639300

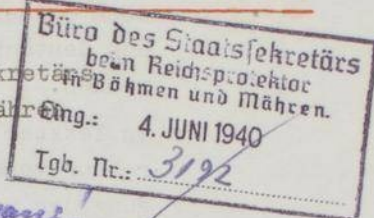
Sicherheitsdienst Rf//  
SD-Leitabschnitt Prag

B 4 - PA 5048

116  
Prag-Bubentfch, den 3. Juni 1940.  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

Vertraulich.

An den  
persönlichen Referenten des Staatssekretärs  
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren  
Sturmbannführer Dr. G i e s  
P r a g .



*branz!*  
1.8/6.40.

Betr.: R a u p a c h Franz, Obmann des Landesverbandes  
der tschechischen Feuerwehren, Brauereidirektor,  
wohn. Deutsch Brod, Žizkagasse 68.

Vorg.: Dort.v.15.2.40.

R a u p a c h übergab bereits in jungen Jahren seinen  
Gutsbesitz sowie das Speditionsunternehmen in Deutsch-  
Brod seinem Sohn. Er selbst wandte sich bereits früh  
der tschechischen Vereinspolitik zu und erlangte bald  
eine führende Stellung im tschechischen Feuerwehrwesen.  
1900 wurde er Gaukommandant des tschechischen Feuerwehr-  
ganges Deutsch Brod, 1903 Gauobmann und später sogar  
Präsident des Landesverbandes der tschechischen Feuer-  
wehren, welchen Posten er bis vor wenigen Monaten inne-  
hatte.

Die Zugehörigkeit zur tschechischen Agrarpartei wie auch  
seine vereinspolitische Tätigkeit brachte ihm einen wesent-  
lichen Einfluß auf die Gemeindeführung der Stadt Deutsch  
Brod.

R. stand dem Deutschtum immer feindlich gegenüber und  
nützte seine verschiedenen Funktionen im tschechischen  
Feuerwehrwesen dafür aus, daß er nach dem Umsturz 1918  
die gewaltsame Vertschechisierung der Iglauer Sprach-  
insel durch Gründung von sogenannten Grenzlerverbänden  
(Hraničářské sbory) der tschechischen Feuerwehren unter-

b.w.

116a

stützte.

Auch in wirtschaftlicher Beziehung versuchte er, das Deutschtum zu schädigen. So war er als Brauereidirektor und Verwaltungsratsvorsitzender der Bürgerlichen Brauerei in Deutsch Brod führend daran beteiligt, den deutschen Brauereien ihre Absatzgebiete zu entreißen.

In letzter Zeit hat R. seine Stellung als Brauereidirektor verschiedentlich mißbraucht und ohne Genehmigung der Saatgetreidegesellschaft an Landwirte und die Spiritusschule in Deutsch Brod Malzblüte und Abfallgerste verkauft. Damit ließ er sich eine Übertretung zuschulden kommen, wofür ihm eine Geldstrafe zugunsten der Staatskasse in der Höhe von 5,000 K oder eine Gefängnisstrafe in der Dauer von 30 Tagen auferlegt wurde.

Ende 1939 wurde er zum Beauftragten für Einkauf von Altmaterialien im Kreis von Deutsch Brod ernannt.

*i. V. G. Gerber*

*Sturmabteilführer*



63599

Staatssekretariat  
für  
Verkehrswesen  
und  
Märkte  
JUNI 1940

**Sicherheitsdienst RfH**  
**SD-Leitabschnitt Prag**

E

An  
44-Sturmabführer Dr. G i e s  
P r a g .

Betr.: Monatsberichte der Oberlandräte für März 1940.  
Bezg.: Dort.Schr.v. 17. und 22.4.1940.  
Anlg.: 14 Mappen.

Anliegend werden die zur Auswertung überlassenen Monatsberichte der Oberlandräte in 14 Mappen nach Kenntnisnahme zurückgereicht. Es wird darauf hingewiesen, daß die Mappen jetzt mit SD-Siegelmarken verschlossen sind und somit bei weiterem Umlauf der Mappen in der Behörde des Reichsprotectors erkennbar ist, daß sie sich beim SD zur Auswertung befunden haben.

St. S. *IE IE*

*W. Gorbard*  
44-Sturmabführer

117  
Prag-Bubentfch 7. Mai 1940.  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

Büro des Reichsprotectors  
in Böhmen und Mähren.

Eing.: 9. MAI 1940

T. R. 2299

*W. Gorbard*  
*W. a. d.*  
*6/5.40*

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei  
und des SD

Prag, den 20. August 1940. <sup>118</sup>

Tab. Nr. B. d. S. VII - E

Bitte bei der Antwort vorstehendes Gefäßkennzeichen und Datum anzugeben

Büro des Staatssekretärs  
beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren.  
Eing.: 30. AUG. 1940  
Tgb. Nr.: 4557

*Prag*

An den  
Höheren 4- und Polizeiführer  
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren  
4-Gruppenführer Frank  
Prag.

Betr.: Lageberichterstattung der Ordnungspolizei  
im Protectorat.

Anlg.: 1.

Gemäss einem Befehl des Reichsführers 4- und  
Chefs der deutschen Polizei werden von den Einheiten  
der Ordnungspolizei im Protectorat in bestimmten Zeit-  
abständen politische Lageberichte erstellt. Diese Be-  
richte sind zwar in erster Linie für den internen  
Dienstgebrauch der Ordnungspolizei bestimmt, werden je-  
doch darüber hinaus dem Reichsführer 4- und Chef der  
deutschen Polizei, dem Höheren 4- und Polizeiführer  
sowie dem Unterstaatssekretär und dem Befehlshaber  
der Sicherheitspolizei zugeleitet. Es wurde nun be-  
reits seit längerer Zeit festgestellt, dass diese Be-  
richte über den offenbar beabsichtigten Rahmen einer  
Ereignisberichterstattung auf den Arbeitsgebieten der  
Ordnungspolizei hinausgehen und anstreben, eine politi-  
sche Lageübersicht zu geben. Dieses Verfahren ist nicht  
unbedenklich, da es der Ordnungspolizei an den hierfür  
erforderlichen Voraussetzungen fehlt. Im Interesse so-  
wohl einer zuverlässigen politischen Unterrichtung der  
Führungsstellen der Ordnungspolizei und der im Protec-  
torat eingesetzten Einheiten wie des Ansehens der Ord-  
nungspolizei, das unter einer unzulänglichen Berichter-  
stattung bei den ausserhalb der deutschen Polizei ste-  
henden Stellen und Persönlichkeiten leiden könnte, wird  
vorgeschlagen, dass der Höhere 4- und Polizeiführer beim  
RF4- und Chef der deutschen Polizei insoweit eine Abänderung

St. S. *DE* *FD*

des in Frage stehenden Befehls anstrebt. Vom Befehlshaber der Sicherheitspolizei (44-Oberführer Stahlecker) wurde - im Einvernehmen mit dem Chef der Sicherheitspolizei - bereits im Laufe des Jahres 1939 mit dem Befehlshaber der Ordnungspolizei, Generalleutnant von Kamptz, eine diesbezügliche Vereinbarung getroffen und an den Rf4 u.Ch.d.d.Pol. - Hauptamt Sicherheitspolizei - unter dem 25.7.39 die Bitte gerichtet, an das Hauptamt der Ordnungspolizei wegen Aufhebung dieses Erlasses heranzutreten. Dadurch soll aber die Tätigkeitberichterstattung der Ordnungspolizei nicht berührt sowie auch die Unterrichtung der Ordnungspolizei auf dem tschechischen politischen Sektor und damit die Möglichkeit einer politischen Schulung der Männer der Ordnungspolizei nicht beeinträchtigt werden. Es wird deshalb vorgeschlagen, dass die Dienststellen der Ordnungspolizei alle anfallenden Meldungen politischen Inhalts unmittelbar den örtlichen SD-Dienststellen (die korrespondierenden Dienststellen und Einheiten wären im Einvernehmen zwischen Befehlshaber der Ordnungspolizei und BdS zu benennen) abgeben, wofür der SD-Leitabschnitt die erforderliche Anzahl von Monatsberichten dem Befehlshaber der Ordnungspolizei zur Verfügung stellt.

Nachstehende Beispiele aus einem Bericht des Polizeibataillon 207 in Iglau ( der in vollem Wortlaut abschriftlich beiliegt) erhellen die Problematik einer derartigen Berichtstätigkeit der Ordnungspolizei:

Abschnitt 1a:

Es ist beim SD bisher nicht bekannt geworden, dass un-  
duldsames oder ungerechtes Verhalten deutscher Regierungs-  
kommissare und Amtswalter bisher nicht erfasste Deutsche  
von der Meldung zum Deutschtum abgehalten hätten. Es muss  
ferner als verfehlt bezeichnet werden, dass die Haltung  
des deutschen Regierungskommissars von Wesenz in der  
Frage der Vertrauensmännerbenennung für das Bezirksge-  
richt in Polna kritisiert wird. Dasselbe gilt für die  
Stellungnahme zu der Anordnung des Regierungskommissars  
in Illemnik-Sehrlenz. Der Berichterstatter weist besonders  
darauf hin, dass in diesen Orten eine zum Teil erhebliche

Mehrheit von Tschechen wohnt und ist offenbar der Auffassung, dass damit das volkspolitisch begründete scharfe Auftreten der deutschen Regierungskommissare nicht vereinbar sei.

Eine derartige Stellungnahme lässt auf Unkenntnis der früheren Tschechisierungsarbeit schliessen, die der Anlass dafür war, dass vom Reichsprotector für die Volksgemeinden die alleinige Verwendung der deutschen Sprache ausdrücklich genehmigt wurde.

#### Abschnitt 1 b:

Dass die tschechische Bevölkerung im allgemeinen "einen überraschend guten Willen" bei der Beschaffung von Protectoratsfahnen anlässlich der Siegesbeflaggung gezeigt habe und erst durch die Anordnung des Reichsprotectors über das gleichzeitige Zeigen der Reichsflagge unwillig geworden sei, steht mit den allgemeinen Beobachtungen des SD in ausgesprochenem Gegensatz. Als bedenklich muss es besonders bezeichnet werden, wenn der Berichterstatter prophezeit, dass infolge dieser Anordnung die nächste Beflaggung von den Tschechen nur mit Widerwillen erfolgen werde. Es steht unbestreitbar fest, dass die Tschechen fast überall die angeordnete Beflaggung nur unter polizeilichem Zwang durchgeführt haben.

#### Abschnitt 2:

Der Berichterstatter spricht im ersten Absatz davon, dass die tschechischen Faschisten eine rege Tätigkeit entfaltet und widerspricht sich selbst am Schluss dieses Absatzes durch die Bemerkung: "Eine besondere Tätigkeit der tschechischen Faschisten ist in der Berichtszeit nicht beobachtet worden." Ferner ist in diesem Absatz unrichtig, dass das Gut Linden von Juden gekauft worden sei. In Wirklichkeit war Käufer die Zentralstelle für jüdische Auswanderung.

Die Ausführungen über die Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft und die "verschiedentlich vorgelegten Einzelberichte" über von deutschen Treuhändern geleitete jüdische Betriebe fallen in besonderem Masse aus dem Rahmen einer unter die Zuständigkeit der Ordnungspolizei fallenden Berichterstattung. Dasselbe gilt von den Ausführungen über die Arbeitsweise der tschechischen Bezirksbehörde Mährisch-Budwitz (Abschnitt 3 c) und den sonstigen Ausführungen über die wirtschaftliche Lage (Abschnitt 4).

Im Abschnitt 3 c wirkt der Satz, dass sich die Bevölkerung erwartungsgemäss über die Entfernung der Masaryk-Denkmalen aufgebracht zeigte, etwas eigenartig.

Da es sich bei dem vorliegenden Bericht nicht um einen Einzelfall handelt und der Bericht erkennen lässt, dass von den berichtenden Stellen der Ordnungspolizei offenbar eine Art planmässiger Nachrichtendienst betrieben wird, ist es auch notwendig, auf den Erlass des Reichsprotectors vom 1.7.40 betr. Polit.Nachrichtendienst im Protektorat hinzuweisen, in dem der Herr Reichsprotector klar und deutlich zum Ausdruck brachte, dass er nicht wünscht, dass andere Dienststellen und Organisationen als der SD nachrichtendienstlich tätig sind. Im Verhältnis von Sicherheitspolizei und Ordnungspolizei sind übrigens die Aufgabengebiete im Reichsmassstab längst abgegrenzt und unstreitig, sodass dies auch ohne weiteres für das Protektorat Geltung hat.



44-Oberführer

122

A b s c h r i f t .

Polizei-Regiment Mähren

Pol.-Batl. 207

- 62<sup>85</sup> -

An

Polizei-Regiment Mähren

Br ü n n .

Betr.: Lagebericht für die Zeit vom 1. bis 14. Juli 1940.

1./ Verhalten der Bevölkerung.

a/ Deutsche Bevölkerung.

Ein besonderes Interesse wird zur Zeit den noch nicht erfaßten Deutschen gewidmet, die auf den Streifenfahrten nach Möglichkeit aufgesucht werden, um den Grund für ihre bisherige Haltung unauffällig festzustellen. Soweit es sich um wirtschaftlich abhängige Personen handelt, ist bei den Befragten noch immer eine Unsicherheit vorhanden, die auf eine Beeinflussung von tschechischer Seite aus schließen läßt. Das gilt insbesondere für Beamte und Angestellte, die Nachteile befürchten und meist angeben, noch das Kriegsende abwarten zu wollen. Nicht selten wird eine Ablehnung auch damit begründet, daß die deutschen Regierungskommissäre und Amtsleiter den bisher nicht erfaßten Deutschen gegenüber ein unduldsames und zum Teil ungerechtes Verhalten gezeigt hätten.

In Wesenz, das von 220 Deutschen und 380 Tschechen bewohnt wird, hat der Regierungskommissär dem Bezirksgericht in Polna 2 Vertrauensmänner namhaft machen müssen, die zur Wahrnehmung der grundbuchamtlichen Interessen der dort wohnenden Grundstückeigentümer von Fall zu Fall herangezogen werden sollen. Obwohl der größte Teil der Grundeigentümer Tschechen sind und es sich vorwiegend um eine unpolitische Einrichtung handelt, wurden lediglich Deutsche bestimmt. Auf den Hinweis der Streife des Dt.Gend.-Kdos.D.-Brod, daß der Regierungskommissär auch die Interessen der Tschechen wahrzunehmen habe, erklärte dieser, daß er dann Schwierigkeiten seitens der Partei und der deutschen Bevölkerung zu erwarten hätte.

In Illemnik - Sehlentz / 112 Deutsche, 343 Tschechen / hat der Regierungskommissär die Entfernung der Bezeichnung "číslo", die vor den Hausnummern steht, gefordert. Auf ein notwendig gewordenenes Eingreifen hin, wurde ihm gesagt, daß er in erster Linie die zusätzliche Anbringung der deutschen Bezeichnung "Nr." und, falls dem nicht entsprochen werden will, die Entfernung der tschechischen Darstellung verlangen kann.

Soweit hier bekannt wurde, befinden sich die deutschen Rentner und Pensionäre in einer großen Notlage. Die Renten und Pensionen sind noch nicht aufge bessert und sind in keiner Weise den augenblicklichen Lebensverhältnissen angepaßt. Den Rentnern und Pensionären geht es zur Zeit so schlecht, daß sie, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, Schmuckstücke verkaufen müssen. Die Veräußerung der Schmucksachen trifft die Rentner und Pensionäre sehr hart, da die Schmuckstücke zum Teil sehr wertvoll sind und auch großen Wert als Andenken für die Veräußerer haben. Trotzdem verzagen diese Leute

nicht und sie glauben fest an den endgültigen Sieg und tragen ihre augenblickliche Notlage mit einem gewissen Stolz. Die veranstalteten Konzerte von der Schutzpolizeikapelle aus Wien am 6. und 7.7.1940 zum Besten des Deutschen Roten Kreuzes in Iglau waren von der deutschen Bevölkerung Iglaus sehr gut besucht. Die Freude über die veranstalteten Konzerte war sehr groß und die Deutschen Iglaus waren besonders stolz darüber, daß die Schutzpolizeikapelle aus Wien gerade nach Iglau gekommen war.

b/ Tschechische Bevölkerung.

Bei der anlässlich des Waffenstillstandsabkommens mit Frankreich von der Protektoratsregierung angeordneten Beflaggung ist die Polizei von Haus zu Haus gegangen und hat auf diese Weise eine allgemeine Teilnahme sichergestellt. Die Beflaggung war trotzdem sehr verschieden. In den größeren sowie an Durchgangsstraßen gelegenen Orten waren die Flaggen zum Teil zahlreich zu sehen, während in den abgelegenen und rein tschechischen Orten fast nur die Gemeindeämter, Schulen und andere Dienststellen geflaggt hatten. Auch in den Städten bot sich dasselbe uneinheitliche Bild. Die in den Verkehrsstraßen gelegenen Häuser waren gut beflaggt, während in den Nebenstraßen und Außenbezirken die Flaggen nur spärlich zu sehen waren.

Einen fühlbaren und allgemeinen Unwillen haben die auf Anweisung des Herrn Reichsprotectors von den tschechischen Bezirksbehörden erlassenen Bestimmungen über das gleichzeitige Zeigen der Reichsflagge hervorgerufen. Die Bevölkerung, die auch zur Zeit der tschechisch-slowakischen Republik nur selten eine Flagge gezeigt hat, hatte sich mit der Beschaffung der Landesfahne

abgefunden gehabt und zeigte im allgemeinen einen überraschend guten Willen. Infolge der an allen Orten plötzlich eintretenden Nachfrage war die Flaggenbeschaffung mit Schwierigkeiten und Umständen / Fahrt nach dem nächst größeren Ort usw. / verknüpft. Viele haben sich insofern durchgeholfen, als sie sich selbst Fahnen - zum Teil eigens aus blau oder rot gefärbten Leinenstoffen oder unter Verwendung von Seidenstoff - angefertigt haben. Es hat auch Tschechen gegeben, die die Fahnenstangen mit frischem Grün schmückten. Da eine einfache Landesflagge ohne Stange, je nach Größe, 80 bis 150 K kostet, ist die nach einigen Tagen ergangene Aufforderung zur Beschaffung der Reichsflagge naturgemäß nicht sympathisch aufgenommen worden. Es ist vorauszusehen, daß die tschechischen Amtsstellen bei dem nächsten Beflaggungsanlaß Schwierigkeiten haben werden, die angeordnete Doppelbeflaggung durchzusetzen. Sie wird im Gegensatz zur ersten Beflaggung nur mit Widerwillen erfolgen.

Soweit die getroffenen Nachprüfungen ein allgemeines Urteil zulassen, haben die Kirchen das Glockenläuten korrekt durchgeführt. Bemerkenswert ist, daß nur selten eine Kirche beflaggt gewesen ist.

Der Zusammenbruch Frankreichs hat sehr ernüchternd auf die Tschechen gewirkt. Gewisse Kreise der Tschechen / Intelligenz / rechnen aber immer noch mit Rußland, Amerika und dem großen englischen Wunder. Sie sind der Ansicht, daß es Deutschland nicht gelingen wird, England in kurzer Zeit zu besiegen. Sie rechnen mit einem langen Krieg und hierbei wird Deutschland auch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die breite Masse der tschechischen Bevölkerung findet sich aber mit der augenblicklichen Lage ab und man hört immer wieder von

diesen Kreisen die Frage: "Was wird mit den Tschechen nach dem Kriege." Die Tschechen im Bezirk Iglau rechnen mit einer Umsiedlung nach dem Kriege. Die Stimmung der tschechischen Arbeiter und Bauern ist allgemein gut, im Gegensatz zur Intelligenz, die schon mit dem Verlust ihrer führenden Stellungen rechnet und deswegen pessimistisch eingestellt ist.

## 2./ Tschechische Parteiströmungen.

Die im früheren Lagebericht erwähnte größere Aktivität in der Nationalen Einheitspartei schreitet merkbar vorwärts. In mehreren Orten haben leitende Beamte, wie Bezirkshauptmänner und Bürgermeister, die Führung übernommen. Auch die Faschisten entfalten eine rege Tätigkeit, die aber ohne einen nennenswerten Einfluß bleibt. Soweit festgestellt werden konnte, scheinen die sonst üblichen Husfeiern in diesem Jahr ausgefallen zu sein. Viel zu sehen sind z.Zt. geschlossen auftretende tschechische Pfadfinderverbände, die im Bezirk Ledetsch einige Lager eingerichtet haben.

Es mehren sich die Mitteilungen über eine Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft, die eine Lohnerhöhung erstrebt, obwohl in den betreffenden Betrieben meist voll gearbeitet und ein angemessener Lohn gezahlt wird. Da sich die Arbeiterschaft im allgemeinen zufrieden zeigt und des öfteren angibt, daß für sie jetzt weit mehr als früher getan werde, besteht der Verdacht, daß es sich um eine absichtlich genährte Unzufriedenheit handelt, die auf politische Motive zurückzuführen ist. Es fallen ferner Äußerungen auf, daß Deutschland mit Rußland befreundet sei und deshalb der kommunistischen Weltanschauung nichts im Wege stehe. Die in den verschiedensten Orten bisher durchgeführten Verhaftungen wegen der Teilnahme an einer kommunistischen Geheimorganisation zeigen, daß die ehemaligen KPD-Funktionäre wieder rege werden.

Die Juden, die durch die letzten Anordnungen der Protektoratsregierung aus dem Geschäftsleben immer mehr ausscheiden, scheinen sich jetzt dem landwirtschaftlichen Beruf zuzuwenden. So ist in Linden das unter Zwangsverwaltung stehende Gut von Juden gekauft worden, das zur Berufsumschulung dienen soll.

Den verschiedentlich vorgelegten Einzelberichten zufolge werden in den von deutschen Treuhändern geleiteten jüdischen Betrieben die jüdischen Angestellten nach wie vor beschäftigt. In der Tuchfabrik in Altenberg handelt es sich allein um 10 Angestellte. Es ist weiter festzustellen, daß noch jetzt einzelne durch Treuhänder ersetzte jüdische Besitzer weiter in ihrem Unternehmen tätig sind. In einem gemeldeten Falle /Wollwarenfabrik Ober-Zerikwe/ sogar in einem Betriebe, der Heeresaufträge ausführt.

Über eine Verbreitung von Flugblättern ist in der Berichtszeit nichts festzustellen gewesen.

In Jamnitz ist immer noch der Pater Gross Vorsitzender der Národní Souručenství. Gross ist dort als ein besonderer Hasser des Deutschtums bekannt und dadurch ist die Einstellung der dortigen Tschechen gegen die Deutschen nicht sehr gut. In Jamnitz wollten auch einige Tschechen ihren Kinder bei der deutschen Lehrerin Unterricht in deutscher Sprache erteilen lassen. Dieser Sprachunterricht wurde aber von Seiten der dortigen Národní Souručenství hintertrieben mit der Angabe: "Es ist noch nicht an der Zeit, die Deutschen bei der Germanisierung zu unterstützen."

Eine besondere Tätigkeit der tschechischen Faschisten ist in der Berichtszeit nicht beobachtet worden.

3./ Tschechische Polizeiorgane, Militärpersonen und Behörden.

a/ Polizei.

In Trebitsch wurde der tschechische Gendarmeriemajor Mottl beurlaubt, weil er Legionär war. Um seine Stellung zu behalten, hatte er die Absicht, sich zum Deutschtum zu bekennen.

Es scheint noch keine Absicht zu bestehen, die bisherige provisorische Bezeichnung der Gendarmeriedienststellen / bedrucktes Papier, das auf einen Holzrahmen befestigt ist / durch ordnungsgemäße Schilder zu ersetzen. Die Aufschriften sind zum Teil durch Witterungseinflüsse stark in Mitleidenschaft genommen. Von den nur noch für eine Übergangszeit vorgesehenen tschechischen Zollstellen abgesehen, ist die tschechische Gendarmerie die einzige staatliche Organisation, die noch behelfsmäßig Schilder führt.

Nachdem eine allgemeine Beschulung eingesetzt hat, sprechen sich die tschechischen Gendarme über das deutsche Verkehrsrecht sehr anerkennend aus. Insbesondere wird hervorgehoben, daß die Bestimmungen für Verkehrsteilnehmer großzügiger gehalten seien und andererseits der Polizei ein leichteres Einschreiten zugestanden wäre.

b/ Militärpersonen.

Keine Vorkommnisse.

c/ Behörden.

Von der Bezirksbehörde in Mährisch Budwitz werden in letzter Zeit Eingaben der tschechischen Bevölkerung sehr langsam bearbeitet. Den nachfragenden Tschechen wird dann immer geantwortet, daß sich die Vorgänge bei dem Oberlandrat befinden. Dem Kaufmann Josef Dolak aus

Jamnitz, der einen Antrag zum Bezug von Sprengstoff bei der Bezirksbehörde in Mähr. Budwitz gestellt hatte, wurde gesagt, daß sein Antrag bei dem Oberlandrat in Iglau ist. Festgestellt wurde, daß der Antrag noch bei der Bezirksbehörde in Mähr. Budwitz lag. Man hat den Eindruck, daß die Beamten der Bezirksbehörde dieses tun, um bei der tschechischen Bevölkerung Stimmung gegen die reichsdeutschen Behörden hervorzurufen. Die tschechische Bevölkerung ist nach Aufklärung über die Handlungsweise der Beamten der Bezirksbehörde sehr ungehalten. Von Seiten der Deutschen wurden Klagen diesbezüglicher Art nicht vorgebracht.

In Deutsch-Brod, Chotieborsch und Gumpolds sind die Masarykdenkmäler entfernt worden, worüber sich die Bevölkerung erwartungsgemäß aufgebracht zeigte.

#### 4./ Wirtschaftliche Lage.

Die im Sinne der Erzeugungsschlacht von den tschechischen Landwirten geforderten Maßnahmen scheinen überall Beachtung zu finden. Die Anbauflächen sind durchwegs ausgenutzt, wobei sich die kleineren Landwirte gegenseitig mit Zugkühen und Geräten unterstützt haben.

Soweit zu hören ist, scheint sich auch die Viehhaltung auszuweiten, was von den Landwirten des öfteren mit Genugtuung hervorgehoben wird. Während der Berichtszeit sind in drei verschiedenen landwirtschaftlichen Betrieben, die deutschen Verwaltern unterstellt sind, unter der Gefolgschaft mehr oder weniger starke Unzufriedenheiten festgestellt worden, die ein Einschreiten erforderlich machten. Teilweise sind die Leute gegen den deutschen Verwalter aufgehetzt worden, wobei aber auch eine ungenügende wirtschaftliche Betreuung des Personals mitgesprochen hat. Wenn zwar beschränkte Möglichkeiten vorhanden sind, so sollte von den deutschen Verwaltern

doch alles getan werden, um solche Betriebe in Bezug auf die Unterbringung, Verpflegung und Entlohnung der Arbeiterschaft den tschechischen Verhältnissen gegenüber als vorbildlich erscheinen zu lassen.

Über die ungenügende Kohlenzuteilung ist die Bevölkerung in großer Sorge. So wird von Einzelnen berichtet, daß sie seit Monaten bereits keine Kohle erhalten können. Als Winterbedarf soll nur ein Drittel des vorjährigen Verbrauchs zugeteilt werden. Dagegen scheint die Kohlenzuteilung an Betriebe, wie auch im Vorjahr, großzügig gehandhabt zu werden.

In der Perlmutterindustrie in Serowitz, die etwa 80 kleine und mittlere Betriebe zählt, wird sehr über einen Rohstoffmangel geklagt. Trotz der seit längerer Zeit eingeführten Kurzarbeit mußten größere Arbeiterentlassungen durchgeführt werden. In dem Ort herrscht darüber eine sorgenvolle Stimmung.

Mit dem zunehmenden Ablauf der Gültigkeitsdauer der Kleiderkarte mehren sich die Klagen über eine unzureichende Bedarfszuteilung. Oft wird auch betont, daß die für Säuglinge vorgesehene Karte viel zu gering bemessen ist.

Stark bemerkbar macht sich der Mangel an Bauholz und Eisen. Sperrholz zur Herstellung von Möbeln soll überhaupt nicht mehr aufzutreiben sein. Auch an Firnisfarben mangelt es sehr.

Von Seiten der Fleischer und Viehaufkäufer wird den Landwirten / besonders den tschechischen Landwirten / zu den amtlich festgesetzten Höchstpreisen für Vieh, noch ein Zuschlag von 1 bis 5 K pro Kilo gezahlt. Soweit festgestellt werden konnte, soll auch dieser Zuschlag auf den Viehmärkten in Prag und Brünn gezahlt werden. Diese Unsitte hat so weit geführt, daß Wurst-

und Konservenfabriken, die diesen Zuschlag nicht bezahlen, nicht genügend Schlachtvieh bekommen und Betriebs-einschränkungen deswegen vornehmen müssen.

Von einigen Gutsbesitzern ( Budkau und Palupin ) werden Klagen geführt, daß ein Teil der slowakischen Landarbeiter mit der ~~z.Zt.~~ hier geltenden tarifmäßigen Entlohnung unzufrieden sind. Sie wollen ebenso viel verdienen, wie im Reich. Solche Unzufriedenheiten offen ausgesprochen erregen Mißstimmung unter den Arbeitern und führen zu weniger guten Arbeitsleistungen.

Für die Richtigkeit:	gez. W a l d m a n n ,
gez. Unterschrift	Major der Schutzpolizei
Leutnant der Schutzpolizei	und Batl.-Kommandeur.
und Adjutant.	

F.d.R.d.A.:

*Ruckhinspel.*

132

Prag, den 27. September 1940.

1.) Vermerk.

Die einschlägige Angelegenheit ist von  
W-Gruppenführer Frank mit Herrn Generalleut-  
nant v. Kamptz und W-Obersturmbannführer Böhme  
abgestimmt und besprochen worden. Weitere  
Schritte sind nicht erforderlich. Daher

2.) z.d.A.

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten initials]*

Sicherheitsdienst RF//  
SD-Leitabschnitt Prag

Prag-Bubentfch  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

23.4.40

153

B 2 - PA 4237

Büro des Staatssekretärs  
beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren.  
Eing.: 25. APR. 1940  
Tgb. Nr.: 2634

An den  
Herrn Staatssekretär beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren  
W-Gruppenführer K.H. Frank  
Prag

Vorgang!

1.6/4.40.

Betr.: R o d, Dr. Augustin, geb. 13.9.1887 in Graz /Steier-  
mark, ehem. Bezirkshauptmann von Bischofteinitz.  
Vorg.: Dort Vermerk vom 2.1.40; Hier v. 2.2.40.

Die über Augustin R o d weiter durchgeführten Er-  
mittlungen haben nichts Neues mehr ergeben. Nachteiliges  
über ihn wurde nicht bekannt.

*[Handwritten Signature]*  
Obersturmbannführer

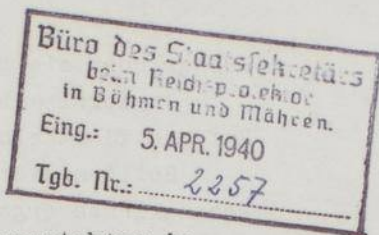
Sicherheitsdienst Rf//  
SD-Leitabschnitt Prag

B 2 - PA 5644

Prag-Bubentisch  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

4.4.40

134



An den Herrn  
Staatssekretär beim Reichsprotector in  
Böhmen und Mähren  
Hauptgruppenführer K.H. Frank  
Prag

Wegang!  
1.4.40

Betr.: P a n g r a t z, Otto, Dr., geb. am 15.9.1903 in  
Lundenburg, wohnh. Stockerau, Hauptstr. 12.

Vorg.: Dort Vermerk v. 28.3.40.

Dr. Otto P a n g r a t z ist zurzeit Leiter des Ab-  
gabeamtes der Gemeinde Stockerau und seit 1939 in Stockerau  
ansässig. Vom 15.1.1935 bis 1.5.1936 war er beim tschechi-  
schen Landesgericht in Lundenburg und vom 1.11.38 bis  
15.2.39 als Magistratsrat in Znaim tätig.

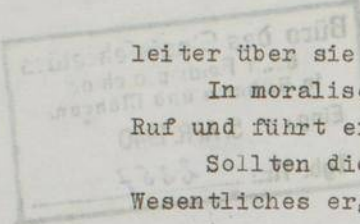
Am 13.2.1935 wurde P. Mitglied der SdP unter der Mit-  
gliedsnummer 203 227. Seine Überleitung in die NSDAP ist  
bis heute noch nicht abgeschlossen. Er ist zurzeit Kreis-  
schulungsredner des Kreises Korneuburg, betätigt sich sehr  
stark und zeigt sich als einsatzbereit. Im vergangenen Jahr  
hat er mehrere Schulungslager im Altreich und in der Ost-  
mark besucht.

P. wird als ein typischer Intellektueller bezeichnet,  
der keine Verbindung zu der breiten Volksschicht hat. In  
charakterlicher Hinsicht wird ihm vorgeworfen, dass er gern  
innerhalb der Kreisleitung verschiedene Personen gegenein-  
ander auszuspielen versucht. So nimmt er z.B. beim Kreis-  
leiter über politische Leiter Stellung und erzählt diesen  
dann bei der nächsten Gelegenheit wiederum, was der Kreis-

134a

Ergebnis  
Ergebnis  
Ergebnis

Stabschef  
Stabschef



leiter über sie gesagt hat.

In moralischer Hinsicht genießt er einen guten Ruf und führt ein einwandfreies Leben.

Sollten die nochlaufenden Ermittlungen etwas Wesentliches ergeben, wird nachberichtet.

*i. V. G. G. G.*

44-Sturmbannführer



63581

Sicherheitsdienst RFW  
SD-Leitabschnitt Prag

B 2 - PA 4569

Prag, den 20.3.40



An den  
Herrn Staatssekretär beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren  
W-Gruppenführer K.H. Frank  
Prag

Urgang!  
1/2/4.40

Betr.: Harbauer, Josef, Dr. jur., geb. 1.5.1912  
in Komotau, led., röm.-kath., wohnh. Prag-  
Bubensch 22, Nad Kralovskou Oborou 29.

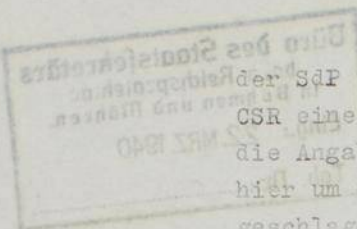
Vorg.: Dort. Vermerk v. 17.1.40.

Harbauer studierte an der juristischen Fakultät an der Deutschen Universität in Prag. Er hatte sich stets zum Deutschtum bekannt und wurde wegen seiner Zugehörigkeit zur SdP und angeblicher staatsfeindlicher Äußerungen von dem Zahntechniker Otto Javurek angezeigt. Politisch ist gegen ihn nichts einzuwenden.

H. wird als grosser Egoist geschildert. Über sein Privatleben wurden folgende Einzelheiten bekannt: Am 22.5.37 wurde er wegen Verunreinigung der Strassen und unanständigen Benehmens gegen die Wache beim Kommissariat Holeschowitz angezeigt. Im Jahre 1937 wurde aufgrund der Anzeige der Maria Rahova, Prag IV, folgende Angelegenheit beim Kreisstrafgericht behandelt: H. hatte nach Angaben der Rahova mit ihr ein Verhältnis, welches sie nicht lösen konnte, da H. ihr drohte, alles ihrem kranken Vater zu verraten. Er habe sie geschlagen und gemein beschimpft. Am 14.10.1937 nahm er von ihr eine Puderdose und ein Kollier im Wert von etwa 400 K. Diese Gegenstände habe er dann versetzt. Der Versatzzettel wurde später bei H. gefunden. Am 30.10.1937 soll H. nach Angaben der R. gegen ihren Willen in die Wohnung ihrer Eltern eingedrungen sein, wobei es zu einer Schlägerei mit dem Zahntechniker Otto Javurek kam. Die R. gab auch an, dass H. das verbotene Abzeichen

135a

- 2 -



der SdP trage und sich geäußert habe, dass die CSR eine deutsche Kolonie sei. H. bestritt damals die Angaben der R. und behauptete, dass es sich hier um einen Racheakt handele. Die R. habe ihn geschlagen und die betreffenden Gegenstände habe er von ihr erhalten, damit er seine Prüfung an der Universität bezahlen könne. Der Ausgang dieses Strafverfahrens ist nicht bekannt.

Von seiten der Partei wird mitgeteilt, dass H. bereits im Jahre 1935 Mitglied der SdP wurde. Vom 16.7.1934 bis zum 11.5.35 hatte er in der tschecho-slowakischen Armee gedient und wurde krankheitshalber entlassen.



i. V. Gombard

44-Sturmabteilungsführer

63580

Sicherheitsdienst R.F.  
SD-Leitabschnitt Prag

B 2 - PA 3828

Prag, den 17.3.40

136  
Büro des Staatssekretärs  
beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren.  
Eing.: 18. MRZ. 1940  
Tgb. Nr.: 1884

An den  
Herrn Staatssekretär beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren  
W-Gruppenführer K.H. Frank  
Prag

Vorgang!

17/3.40

Betr.: P i e s c h, Franz, geb. am 3.7.1907 in Jägerndorf,  
verh., 3 Kinder, röm-kath., wohnh. Leipzig, Eber-  
hardstr.6, fr. Karlsbad.

Vorg.: Dort v. 9.12.1939 - hier v. 25.1.1940.

Die weiteren Ermittlungen über P i e s c h haben keine Bestätigung dafür erbracht, dass er am 2.10.1933 Mitglied der SdP geworden sein soll. Auch in der bei der Kreisleitung Karlsbad der NSDAP geführten Kartei über ehemalige Mitglieder der SdP ist P. nicht erfasst. Sein ehemaliger Ortsleiter schildert ihn als grossen Egoisten und äusserst unkameradschaftlich. P. hatte für politische Angelegenheiten nie Interesse gezeigt und nur stets versucht, für seine Person Vorteile zu erreichen.

119/3  
H. V. Gortard

44-Sturmabteilführer

Sicherheitsdienst-RFSS

SD-Leitabschnitt Prag

B 4

PA. 1807

Prag, den 15.3.1940

Büro des Staatssekretärs  
beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren.

Eing.: 18. MRZ. 1940

Tgb. Nr.: 1885

An den

Herrn Staatssekretär beim  
Reichsprotector in Böhmen u. Mähren  
SS-Gruppenführer K.H. Frank

*Einmalig besand*

*1. 19/3. 40.*

Prag

Czernin-Palais

*Bd.S.*  
*9/19/3.*

Betr.: Jungwirth, Karl, Dr., Oberpolizeikommissar, geb. am 2.9.1902 in Pilsen, z.Zt. Prag.

Vorg.: Hier.- B 4, PA. 1807 - vom 2.2.1940.

Die inzwischen durchgeführten umfangreichen Ermittlungen über Jungwirth erbrachten den einhelligen Beweis, dass es sich bei J. um einen tschechischen Chauvinisten übelster Sorte handelt. Als solcher erwies er sich - wie bereits berichtet - sowohl in seiner Tätigkeit in Böhmisches Krumau, wie auch als Polizeikommissar in Eger und als Polizeioberkommissar in Reichenberg. J. ist ein fanatischer Deutschenhasser und hat in seiner amtlichen Eigenschaft mit allen nur erdenklichen Mitteln das Deutschtum terrorisiert und sein Partei- und Vereinsleben massgeblich geschädigt. Mit besonderer Leidenschaft hat er Versammlungen der DNSAP und später der SdP unmöglich gemacht oder verboten. Verschiedene Bestrafungen von SdP-Amtswaltern, namentlich von SdP-Ordnern, sollen einzig und allein auf das Konto von Jungwirth zu buchen sein. Insbesondere in den letzten Tagen vor dem Umbruch zeichnete er sich in Krumau durch brutalstes Vorgehen gegenüber inhaftierten Deutschen aus. Auf sein Kommando wurden die Gasthäuser durch Polizisten rücksichtslos geräumt und zahlreiche Deutsche auf der Strasse niedergeknüpelt oder als Geiseln verhaftet und menschenunwürdig behandelt.

134a

Auch in seiner späteren Eigenschaft als Leiter der Flüchtlingssammelstelle in Budweis hat er seine negative Einstellung den Deutschen gegenüber nicht geändert.

In sudetendeutschen Kreisen wird vielfach auf Grund des Gesagten einer Verwunderung Ausdruck gegeben, dass Jungwirth nicht schon längst deutscherseits inhaftiert wurde.

H. V. Gontard

Sturmabteilungsleiter



63578

Sicherheitsdienst Rf<sup>1/4</sup>  
SD-Leitabschnitt Prag

B 2  
PA 3785

Prag, den 24.2.1940.

138

Büro Des Staatssekretärs  
beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren.

Eing.: 26.FEB.1940

Tgb. Nr.: 1370

An den  
Herrn Staatssekretär  
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren,  
1/4-Gruppenführer K.H. Frank,

Prag  
Czerninpalais.

Betr.: O b e r n d o r f e r, Franz, geb. 1892 in Teschen  
Geschäftsführer des Kulturverbandes der Deutschen  
in Prag,

Vorg.: Dortiger Vermerk vom 3.1.1940,  
hier B 2 vom 16.1.1940.

Abschließend wird über Franz O b e r n d o r -  
f e r folgendes mitgeteilt:

O. wurde auf Grund seiner Erfahrungen und Erfolge in der völkischen Grenzlandarbeit im Jahre 1909 in der Schulverwaltungsdienst nach Wien berufen. Hier hat er durch Errichtung von privaten Volksschulen und Kindergärten und nicht zuletzt durch den planmäßigen Ausbau und Einsatz dieser Anstalten manche national und völkisch bedrohte Sprachengemeinde vor der Entnationalisierung bewahrt.

Auf Grund seiner Kenntnis von Land und Leuten und durch die Beherrschung der rein gesetzlichen Bestimmungen in der Schulfrage wurde Oberndorfer dem Deutschen Kulturverband für die Organisation der privaten Schulen und Kindergärten zugewiesen. Er erwies sich hierbei als ein besonders zuverlässiger und zielbewußter Mitarbeiter. Im Jahre 1920 leitete er planmäßig die Schulverwaltung des Deutschen Kulturverbandes. 1924 wurde ihm die gesamte Leitung der Geschäfte des Deutschen Kulturverbandes

b.w.

V E

138a

- 2 -

übertragen. In den Jahren der schwersten Bedrängung hielt Oberndorfer mit den völkischen und politischen Stellen im Reich die Verbindung in den schulpolitischen Belangen der sudetendeutschen Volksgruppe aufrecht.

Nach Rückgliederung des Sudetenlandes in das Reich und nach Errichtung des Protektorates hat Oberndorfer aus eigener Initiative den Auf- und Ausbau des deutschen Schulwesens im Gebiet des Protektorates in Angriff genommen. Seiner zielbewußten und planmäßigen Arbeit ist es mit zu verdanken, daß bereits nach wenigen Monaten nahezu 80 neue Volks- und Bürgerschulen errichtet werden konnten.

Oberndorfer war in allen schulpolitischen Angelegenheiten stets ein sehr guter Berater der sudetendeutschen Volksgruppe und stellte seine ganze Kraft in selbstloser Weise in den Dienst für Volk und Heimat. Eigensüchtige Bestrebungen lehnte er kompromißlos ab.

O. hat sich 20 Jahre hindurch im Verwaltungsdienst und in der Aufbauarbeit beim Deutschen Kulturverband ausgezeichnet bewährt und darüberhinaus in allen völkischen Belangen als verlässlich erwiesen.



63577

*J. Müller*

44-Obersturmführer

Sicherheitsdienst RfW  
SD-Leitabschnitt Prag

B 2  
PA 1191

139  
Prag, den 24.2.1940.

**Büro Des Staatssekretärs**  
beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren.  
Eing.: 26. FEB. 1940  
Tgb. Nr.: 1381

1813  
An den  
Herrn Staatssekretär  
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren,  
44-Gruppenführer K.H. F r a n k,

P r a g  
Czerninpalais.

Betr.: Freiherr von der L e y e n, Joachim, Oberlandrat  
von Deutsch-Brod, geb. 28.9.1897 in Büderich/Rhein  
ev., verh., 3 Kinder.

Vorg.: Zuletzt hier B 2 vom 20.2.1940.

Oberlandrat von der L e y e n bemüht sich in  
letzter Zeit in auffälliger Form, bei der deutschen Be-  
völkerung seines Bezirkes irgendwie volkstümlich zu wer-  
den. Weiterhin war er am 10.2.1940 bei Kreisleiter  
S i e g l in Iglau und fragte diesen im Laufe einer Un-  
terhaltung völlig unvermittelt, ob der Kreisleiter ein  
Interesse daran habe, daß er als Oberlandrat von Deutsch-  
Brod wegkomme. Kreisleiter Siegl umging geschickt die  
Antwort auf diese Frage, wies vielmehr auf den ausschließ-  
lichen Verkehr des Oberlandrates mit dem deutschen und  
tschechischen Adel hin und kritisierte weiterhin dessen  
Bemühungen bzw. Einsatz für die halbjüdischen Kinder  
des Dr. S c h m i d t in Květinov.

Oberlandrat von der Leyen erklärte Kreisleiter  
Siegl gegenüber abschließend, daß gegen ihn (v.d.L.) von  
verschiedenen Stellen gearbeitet würde. Es würde mög-  
lich sein, daß der Kreisleiter eine Anfrage über ihn er-

b.w.

139a

- 2 -

halte. Solchenfalls möge er ruhig eine Beurteilung abgeben. Sie hätten ja immer auf das Beste miteinander gearbeitet.

Der Besuch des Oberlandrates von der Leyen bei dem Kreisleiter Siegl kann allgemein als Bemühung des v.d.L. angesehen werden, Kreisleiter Siegl für sich günstig zu stimmen.

*Wolff*

4-Obersturmbannführer



63576

Sicherheitsdienst-RFSS

SD-Leitabschnitt Prag

B 2

PA. 3943

Prag, den 12.2.1940

Büro des Staatssekretärs  
beim Reichsprotektor  
in Böhmen und Mähren.

Eing.: 13.FEB.1940

Tgb. Nr.: 1057

An den

Herrn Staatssekretär beim  
Reichsprotektor in Böhmen u. Mähren  
SS-Gruppenführer K.H. Frank

Prag

Czernin-Palais

*Wang!*

*13/2.40*

Betr.: Paul, Emil, Hauptmann a.D., geb. 10.5.1888  
in Prag, wohnhaft Prag XII., Gregorgasse 22.

Vorg.: Dort. Vermerk vom 12.12.1939,  
Hies. Schrb. - B 2, PA. 3943 - vom 1.2.1940.

Nach Mitteilung des Reichssicherheitshauptamtes wurde Hauptmann a.D. Emil Paul aus staatspolizeilichen Gründen aus den Diensten des Luftkreiskommandos II in Berlin entlassen. Da Paul Geheimnisträger<sup>ist</sup> wurden gegen ihn von der Geheimen Staatspolizei Ueberwachungsmassnahmen angeordnet, die jedoch in politischer, kriminal- und spionagepolizeilicher Hinsicht nichts Nachteiliges über ihn ergeben haben.

Aus welchen Gründen die übrigen Arbeitsverhältnisse des Paul gelöst wurden, konnte nicht festgestellt werden.

*H. V. G. Weber*

*Sturmbannführer*

141

Prag, den 21. November 1939.

22. XI. 1939  
Ur. G. R. mit 9 Anlagen

SS-Obersturmbannführer B ö h m e , P r a g ,

unter Bezugnahme auf den Inhalt der Anlagen zur Kenntnis übersandt.

SS-Gruppenführer Frank ersucht, die Frage prüfen zu lassen, ob Wachtmeister Zaumüller, Prag, für eine Mitarbeit bei der dortigen Dienststelle in Frage kommt. Nach Abschluss der Ermittlungen ist der Vorgang nebst den Anlagen an die hiesige Dienststelle zurückzusenden, damit die Weitergabe der Unterlagen an den Befehlshaber der Ordnungspolizei erfolgen kann.

Heil Hitler !

*h*  
SS-Sturmbannführer.

AF 100

St. G. I. G.

B 10/10  
142

Sicherheitsdienst-RFSS

Prag, den 10.10.1939

SD-Zentralstelle für Böhmen u. Mähren

B 4

PA. 15

*9.10/15*

An den  
Reichsprotector in Böhmen u. Mähren  
z.Hd. v. Herrn Staatssekretär K.H. Frank

P r a g  
Czernin-Palais

Betr.: B o j u n g a , Dr., Ministerialdirektor.

Vorg.: ohne

Anlg.: 1

Als Anlage wird ein Bericht über B o j u n g a mit der  
Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Zu seiner Person wird noch mitgeteilt, dass Bojunga einem  
Beamten der Dienststelle des Reichsprotectors gegenüber  
in verletzender Form Kritik an ihm vorgesetzten führenden  
Persönlichkeiten geübt hat.

*W  
C  
Einn bojunga*

*Wojan*  
SS-Obersturmbannführer

*1. 10/11. 40.*

Betr.: B o j u n g a , Dr., Ministerialdirektor.

Ministerialdirektor B o j u n g a wurde nach dem Einmarsch der deutschen Truppen im Protektorat vom Reichs-~~erziehungs-~~ministerium als kommissarischer Beauftragter für Hochschulangelegenheiten bei der Heeresgruppe III eingesetzt.

Gegen die Person Bojungas werden auf Grund seiner Vergangenheit, sowie auf Grund seines Verhaltens und seiner Tätigkeit im Protektorat schwere Bedenken erhoben:

- 1) Bojunga ist Rotarier. Bis zum Jahre 1933 gehörte er dem Rotary-Klub in Hannover als führendes Mitglied an.
- 2) In seinem Verhalten und in seinen Massnahmen als Beauftragter für Hochschulangelegenheiten im Protektorat erwies sich Bojunga als politisch instinktlos. So hat er in der bekannten Insignienfrage eine Haltung eingenommen, die stärkstes Befremden in Dozenten- wie Studentenkreisen hervorrief. Die Insignien waren seinerzeit im Jahre 1934 den deutschen Hochschulen von den Tschechen widerrechtlich weggenommen worden. Es war für die deutschen Hochschulen eine Ehrenfrage, dass diese Insignien sofort nach der Protektoraterrichtung zurückzugeben seien. Ministerialdirektor Bojunga hingegen nahm zu dieser Frage - wie in einer Reihe anderer Vorgänge - Verhandlungen mit den tschechischen Behörden auf und erklärte sich damit einverstanden, die Insignien in ein Museum zu überführen. Erst in den ersten Septembertagen dieses Jahres erfolgte die Rückgabe der Insignien in unverbindlicher Form.

Auch in der Frage der Hochschullehrerernennungen zeigte Bojunga eine äusserst labile Haltung den tschechischen Behörden gegenüber. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass die Hochschulen bis zur Uebernahme durch das

143a

- 2 -

Reich formell dem tschechischen Schulministerium unterstanden. Bojunga machte nachweisbar diese Formalität zur Richtschnur seines Handelns. Bei Professorenernennungen machte er nicht die geringsten Anstalten, selbst die Initiative zu ergreifen, sondern behielt sich lediglich ein Interventionsrecht vor.

- 3) In weltanschaulicher Hinsicht wird Bojunga der Vorwurf einer unentschiedenen Haltung in der Judenfrage gemacht. Als zu Anfang des Sommersemesters 1939 an der Deutschen Technik eine Jüdin promoviert werden sollte, hat Bojunga seinerseits keine Massnahmen zur Verhinderung getroffen, vielmehr nachträglich sein Einverständnis zu diesem Vorgang erklärt.
- 4) Bojunga wird auch aus sachlichen Gründen für die Stelle, die er bekleidet, als untragbar erachtet. Man macht es in Hochschulkreisen ihm zum Vorwurf, dass nicht sofort Massnahmen zur Behebung der geradezu katastrophalen Lage der deutschen Hochschulen in Böhmen und Mähren ergriffen wurden. Die Initiative zur Behebung wirtschaftlicher wie personeller Misstände lag bisher ausschliesslich bei der Hochschule selbst.
- 5) Auf Grund der angeführten Tatsachen wird Bojunga von den massgeblichen Stellen der Dozenten- und Studentenschaft abgelehnt. Eine Zusammenarbeit war bisher nicht vorhanden und wäre wegen der Person Bojungas auch für die Zukunft ausgeschlossen. <sup>Die</sup> Sachlichen Folgen eines derartigen Zustandes sind offensichtlich.

Es wird zum Schluss darauf hingewiesen, dass die Fragwürdigkeit der Persönlichkeit Bojungas auch den bei seiner Ernennung zuständigen Stellen im Reichserziehungsministerium bekannt war. In der Annahme, dass es sich bei der Tätigkeit des Beauftragten für Hochschulangelegenheiten um eine reine Verwaltungstätigkeit



handeln würde, wurden die Bedenken gegen Bojunga seinerzeit zurückgestellt. Seine Beauftragung erfolgte jedoch ausdrücklich nur kommissarisch und sollte zudem auf die Zeitdauer von drei Monaten befristet sein.